



www.MinisterieVanPropaganda.org

Bish-

Erich Honecker



Mit dem Volk
und für das Volk
realisieren

wir
die Generallinie
unserer Partei
zum Wohle
der Menschen

Aus dem Referat
des Generalsekretärs des ZK der SED
und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR,
Genossen Erich Honecker,
auf der Beratung des Sekretariats
des Zentralkomitees der SED
mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen
am 12. Februar 1988 in Berlin



Aus dem Referat
des Generalsekretärs des ZK der SED
und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR,
Genossen Erich Honecker,
auf der Beratung des Sekretariats
des Zentralkomitees der SED
mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen
am 12. Februar 1988 in Berlin

Erich Honecker
**Mit dem Volk
und für das Volk
realisieren wir
die Generallinie
unserer Partei
zum Wohle
der Menschen**

Aus dem Referat
des Generalsekretärs des ZK der SED
und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR
auf der Beratung des Sekretariats
des Zentralkomitees der SED
mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen
am 12. Februar 1988



Dietz Verlag Berlin 1988

ISBN 3-320-01237-1

© Dietz Verlag Berlin 1988

Lizenznummer 1 · LSV 0296

Printed in the German Democratic Republic

Gesamtherstellung:

(140) Druckerei Neues Deutschland

Best.-Nr.: 738 560 6

00110

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir treffen uns heute, um über die Aufgaben zu beraten, die bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages sowohl auf innen- als auch auf außenpolitischem Gebiet in den Vordergrund der Tätigkeit unserer Partei rücken. Das Jahr 1988 wird unter mehreren Gesichtspunkten ein entscheidendes Jahr sein. In Aussicht stehen ein Abkommen zwischen der UdSSR und den USA über die 50prozentige Reduzierung ihrer strategischen Offensivwaffen bei Einhaltung des ABM-Vertrages durch beide Seiten, wie er 1972 unterzeichnet wurde, und Nichtaustritt aus diesem Vertrag im Verlauf einer vereinbarten Frist sowie Maßnahmen in bezug auf die radikale Verringerung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen. Damit sollen dem Einstieg in die Abrüstung, vollzogen durch die Beseitigung der nuklearen Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite, nächste wesentliche Schritte folgen. Schon jetzt steht fest, daß dies für die Sicherung des Friedens erheblich ins Gewicht fallen würde. Es würde das gesamte Weltklima positiv beeinflussen, eine Wende in den internationalen Beziehungen herbeiführen, den Prozeß des Abbaus der Konfrontation, der Entwicklung einer breiten, sachlichen internationalen Zusammenarbeit fördern.

1988 ist zugleich ein Jahr von entscheidender Bedeutung für die Durchführung der Aufgaben des Fünfjahrplanes 1986 bis 1990 in der DDR. Das verlangt, das Schöpfertum, die Initiative und den Fleiß des ganzen Volkes zu entfalten, um entsprechend unserem Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik das weitere stabile und dynamische Wachstum der Volkswirtschaft zu gewährleisten. Wie die Bilanz des vergangenen Jahres besagt, verfügen wir alles in allem über solide Ausgangspositionen. Der Plananlauf im neuen Jahr und die Resultate einschließ-

lich der ersten Dekade des Monats Februar rechtfertigen unsere Überzeugung, daß es durch gemeinsame Arbeit gelingen wird, den Aufgaben, mit denen wir es zu tun haben, gerecht zu werden und bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR wiederum ein gutes Stück Weges voranzukommen.

Das Unterpfand der bisherigen wie der künftigen Erfolge ist die zielklare, eng mit den Massen verbundene und von ihrem Vertrauen getragene Führung durch die Partei, eine sich täglich bewährende politisch-ideologische und organisatorische Tätigkeit, die mobilisierend wirkt, die entsprechend unseren 70jährigen Erfahrungen als Partei der entscheidende Hebel ist, die hohen und zugleich realen Ziele des Volkswirtschaftsplanes mit Unterstützung der Volksmassen zu verwirklichen, und stets in die Lage versetzt, an Ort und Stelle realistisch die eigenen Reserven auszuschöpfen, eine Tätigkeit, die überall offen, ehrlich und konstruktiv an die Lösung der Probleme herangeht und in einer solchen schöpferischen Atmosphäre alle in die Beratung und die Lösung der Aufgaben aktiv einbezieht.

Alles zu tun für das Wohl und das Glück des Volkes ist und bleibt unser oberstes Anliegen. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht, der Sozialismus auf deutschem Boden sind die Garantie eines Daseins, in dem der Mensch ein Mensch sein kann und ihm die Früchte seiner Arbeit selber zugute kommen. Daraus entspringt der starke Impuls persönlichen Engagements, schöpferischer Beteiligung an unserem gemeinsamen großen Werk, ausgedrückt durch die lebendige Verwirklichung unserer Devise sozialistischer Demokratie »Arbeite mit, plane mit, regiere mit«.

Die Bedingungen für den Kampf um den Frieden gestalten sich günstiger

Genossinnen und Genossen!

Betrachtet man die internationale Lage, so ist festzustellen, daß sich nach Jahren zunehmender Konfrontation, ständig gesteigerten Wettrüstens und wachsender Spannungen eine Wende zum Besseren abzuzeichnen beginnt. Das ermutigt alle, die danach trachten, ein nukleares Inferno von der Menschheit abzuwenden, den Frieden dauerhaft zu stabilisieren und die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zur Norm der Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu machen. Mit einem Wort, die Bedingungen für den Kampf um den Frieden gestalten sich günstiger.

Übersehen dürfen wir jedoch keinen Augenblick, daß Fortschritte im Sinne der Vernunft und des Realismus auch weiterhin nur durch beharrliche Anstrengungen, gegen den Widerstand derjenigen zu erreichen sein werden, welche noch immer von militärischer Überlegenheit träumen und dazu neigen, abenteuerliche Risiken einzugehen, welche die notwendige Abrüstung auf nuklearem und konventionellem Gebiet als Voraussetzung dieser fruchtbaren Zusammenarbeit durch Modernisierung der Bewaffnung ersetzen wollen.

Im nuklear-kosmischen Zeitalter ist eine Philosophie des Selbstmordes, die die Völker in den Abgrund stürzen kann, verantwortungsloser denn je. Wir sind dafür, verantwortungsvoll zu handeln. Die Erkenntnis, daß es in einem Atomkrieg weder Sieger noch Besiegte geben würde und daher ein solcher Krieg niemals geführt werden darf, daß Sicherheit nur noch miteinander, nicht mehr gegeneinander zu gewährleisten ist, muß sich durchsetzen. Unter ihrem Einfluß kam zum erstenmal in der Menschheitsgeschichte ein realer Abrüstungsprozeß in Gang, bei dem die Interessen aller Seiten Berücksichtigung finden. Es erweist sich, daß die Verringerung und Beseitigung der Massenvernichtungsmittel nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist. Gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann die Auswirkung dieses Beweises auf die Lösung der noch anstehenden abrüstungspolitischen Fragen, die Haltung der beteiligten Regierungen, aber auch, und keineswegs zuletzt, die breiteste internationale Öffentlichkeit.

Ins Gewicht fällt dabei die initiativreiche, konstruktive Haltung der Sowjetunion, des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU und der Sowjetregierung, des Genossen Michail Gorbatschow, der sozialistischen Länder, die einen großen Beitrag zu einem sicheren Weltfrieden leisten. Mit tiefer Befriedigung stellen wir fest, daß die von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vereinbarten Vorschläge und Aktivitäten, ihr gemeinsames Friedensprogramm Ergebnisse zeitigen, wodurch einer von Atomwaffen und Kriegsgefahr befreiten Welt Schritt für Schritt der Weg bereitet wird. Zu alledem erbringt unsere Deutsche Demokratische Republik mit ihrer Politik des koordinierten, abgestimmten Vorgehens mit der Sowjetunion und den anderen Ländern des Sozialismus sowie mit nichtpaktgebundenen Staaten einen beträchtlichen Beitrag.

Der von Michail Gorbatschow und Ronald Reagan in Washington unterzeichnete Vertrag über die Beseitigung der sowjetischen und amerikanischen Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite ist ganz in diesem Sinne auch unser Erfolg, ein Erfolg all jener, die unter der Losung »Mein Arbeitsplatz ist mein Kampfplatz für den Frieden« große Leistungen zur

Stärkung der DDR und damit zur Sicherung des Friedens vollbrachten und täglich vollbringen. Der Vertrag über die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen setzt einen Meilenstein von historischer Bedeutung. Zwar erfaßt er zunächst nur einen bestimmten Teil der Kernwaffenarsenale, die heute in der Welt übervoll angehäuft sind, aber er öffnet den Zugang zu weiterreichenden Abmachungen.

Die doppelte Null-Lösung, die nun realisiert wird, bestärkt uns in der Entschlossenheit, eine Null-Lösung nach der anderen zu erwirken, damit das nukleare Teufelszeug jedweder Reichweite verschwindet und die Völker aufatmen können. Abgebaut werden müssen auch die konventionellen Streitkräfte und Rüstungen, verboten werden muß die Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Anwendung der chemischen Waffen. Dadurch kommt es nicht, wie manche im Westen behaupten, zu weniger Sicherheit für die Welt, sondern mehr Sicherheit ist die Folge. Gewaltige Mittel werden frei, die es erleichtern können, die Lebensprobleme der Völker zu bewältigen, Rückständigkeit, Analphabetentum, Hunger und andere Plagen zu überwinden.

Erinnern wir uns einen Moment. Als die NATO im Jahr 1983 begann, Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa zu stationieren, und nicht wenige befürchteten, für lange Zeit werde jede Aussicht auf Abrüstung zunichte gemacht, antworteten wir auf der 7. Tagung des Zentralkomitees unserer Partei mit dem Ruf, jetzt erst recht für den Frieden zu kämpfen.

Das hat die einmütige Zustimmung unseres Volkes gefunden, ausgedrückt durch tägliche Taten zur Stärkung der DDR. Wenn es gelang zu verhindern, daß die Dinge in der internationalen Arena auf die abschüssige Bahn gerieten, wenn in der Weltpolitik sogar das Streben nach tatsächlicher Abrüstung mehr und mehr dominiert, dann trug jeder auf seine Weise dazu bei.

Die DDR hat bekanntlich, ebenso wie die ČSSR, mit der Sowjetunion vereinbart, daß die auf ihrem Territorium stationierten Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite in nächster Zeit, früher als ursprünglich vorgesehen, abgebaut werden. Das wurde beim kürzlichen Treffen zwischen den Außenministern Oskar Fischer und Eduard Schewardnadse gewürdigt. Wir sind für die volle Verwirklichung des Vertrages über die Mittelstreckenraketen. Dazu wurde auch beim letzten Berliner Gipfel des Warschauer Vertrages das entsprechende Abkommen mit der UdSSR unterzeichnet. Auch haben wir mit den USA durch Notenaustausch Inspektionen vereinbart, die innerhalb von wenigen Stunden realisierbar sind. Militärische Inspektionsrechte der USA auf dem Territorium der DDR für die nächsten 13 Jahre stellen uns natürlich vor neue, nicht un-

komplizierte Aufgaben. Im Interesse von Frieden und Sicherheit wollen und werden wir die Verpflichtungen unter Wahrung der Souveränitätsrechte unserer Republik korrekt erfüllen.

Unterdessen bereiten die Vertreter der Sowjetunion und der USA am Verhandlungstisch in Genf ein Abkommen über die Halbierung der strategischen Offensivwaffen bei Einhaltung des ABM-Vertrages vor. Wir begrüßen, daß es bei einem erneuten Treffen zwischen Michail Gorbatschow und Ronald Reagan, das möglicherweise im Juni dieses Jahres stattfindet, abgeschlossen werden soll. Die Unterzeichnung eines solchen Abkommens würde die Atmosphäre in der Welt zugunsten weiterer Abrüstungsschritte in einem Ausmaß verändern, das es ermöglicht, auf dem Gebiet der Abrüstung alle Tabus zu Fall zu bringen.

Nukleare Abrüstung in Europa ohne Verzug auf weitere Bereiche ausdehnen

Aber schon jetzt treten wir, das konntet Ihr anlässlich meiner Besuche in den Niederlanden, in Belgien, in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich sowie im Ergebnis meiner Gespräche mit dem griechischen Ministerpräsidenten Papandreu feststellen, dafür ein, die nukleare Abrüstung in Europa ohne Verzug auf weitere Bereiche auszudehnen. Von den nuklearen Waffensystemen mit Reichweiten unter 500 km werden die DDR und die BRD in besonderem Maße betroffen. Der im Westen häufig gebrauchte Satz »Je kürzer die Reichweiten, um so deutscher die Toten« hat insofern durchaus seine Berechtigung. Als zweckmäßig sehen wir an, die taktischen Atomwaffen im Zusammenhang mit den Streitkräften und konventionellen Rüstungen auf unserem Kontinent zu verringern, auf die Modernisierung von Waffensystemen zu verzichten.

Wie Ihr aus den Veröffentlichungen in unseren Medien wißt, habe ich mich wegen all dessen mit einem Brief an Bundeskanzler Kohl gewandt und hoffe auf eine positive Antwort. Wir schätzen hoch den Beitrag der Bundesrepublik zum Zustandekommen des Vertrages über die Beseitigung der Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite. Jetzt würden beide deutsche Staaten ihre Friedensverantwortung und Friedenspflicht am besten erfüllen, wenn sie sich für weitere Fortschritte im Abrüstungsprozeß auf den bereits genannten Gebieten einsetzen, die im Gemeinsamen Kommuniqué über meinen Besuch in der BRD enthalten sind, einschließlich der Herbeiführung der Nichtangriffsfähigkeit der Armeen der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages und der NATO.

Es liegt auf der Hand, daß auch der Vorschlag der DDR und der ČSSR für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa an Aktualität gewinnt. Umfaßt er doch die Kurzstreckenraketen und die atomaren Gefechtsfeldwaffen, die sich an der Berührungslinie beider Bündnisse, des Warschauer Vertrages und der NATO, befinden. Damit würde, wie Ministerpräsident Papandreou erklärte, von Skandinavien bis zum Balkan, vom Norden bis zum Süden eine durchgehende atomwaffenfreie Zone in Europa geschaffen. Dies wäre eine bedeutende vertrauensbildende Maßnahme, zumal man, wie Franz Josef Strauß nach seiner Moskau-Reise feststellte, davon sprechen kann, daß vom Osten keine Gefahr droht.

Beim fehlerhaften Kreislauf des Wettrüstens, daß einer vorrüstet und der andere nachrüstet, darf es nicht bleiben. Asymmetrien, zum Beispiel bei Panzern und Kampfflugzeugen, sollen nicht dadurch kompensiert werden, daß aufrüstet, wer weniger hat, sondern dadurch, daß abrüstet, wer mehr hat. Das ist die ebenso einfache wie zwingende Logik. Ihr versagen sich allenfalls diejenigen, die weiterhin die Völker mit Hochrüstung und Überrüstung in Schrecken halten möchten. Ihre Sorge, die Abrüstung könnte zu weit gehen, äußern sie unüberhörbar. Unser Standpunkt lautet, im Interesse des Überlebens der Menschheit, des Vertrauens in den internationalen Beziehungen, der Entspannung und Zusammenarbeit zum Nutzen einer friedlichen Welt muß dem Rüstungswahn für immer ein Ende bereitet werden.

Auf zwei Gipfeltreffen voriges Jahr in Berlin haben die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages diese Position bekräftigt und ihr Friedensprogramm durch konkrete Vorschläge nach dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit ergänzt. Kern der von ihnen ausgearbeiteten Militärdoktrin ist die Friedenserhaltung und dazu die Reduzierung der Rüstungen und Streitkräfte beider Seiten auf einen Stand, der die Verteidigungsfähigkeit gewährleistet und die Angriffsfähigkeit ausschließt. Das wäre ein Akt von größter Bedeutung, um zu erreichen, daß sowohl die heutigen als auch die kommenden Generationen ohne Furcht leben können.

Frieden und Sicherheit sind heute die vorrangigste Aufgabe der Weltpolitik, und es versteht sich, daß Europa dabei einen wichtigen Platz einnimmt. Sozialistische und kapitalistische Staaten leben auf diesem Kontinent nebeneinander, und unser Ziel ist, zu erreichen, daß sie im gemeinsamen Haus, das sie nun einmal bewohnen, auch gut miteinander auskommen. Für die Ausarbeitung einer Hausordnung bildet die Schlußakte von Helsinki unseres Erachtens eine solide Grundlage. Wird danach

verfahren, braucht niemand irgendwelche Übervorteilung zu befürchten, vielmehr können alle gewinnen.

Für außerordentlich bedeutungsvoll halten wir, daß Kommunisten und Sozialdemokraten in der Frage Krieg oder Frieden eine gemeinsame Sprache finden. Politisch und ideologisch bestehen grundlegende Unterschiede und Gegensätze fort. Aber beide erkennen ihre Verantwortung, im Interesse des Friedens zusammenzuwirken. Das Dokument der SED und der SPD »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit« wirkt sehr positiv. Davon zeugt das internationale Echo, und ich fand es auch in verschiedensten Gesprächen während meiner Staatsbesuche in jüngster Zeit bestätigt. Weist dieses Dokument doch gangbare Wege, wie gemeinsame Interessen wahrgenommen und Gegensätze in einer Weise ausgetragen werden können, die dem Zusammenwirken dienen und ihm nicht schaden.

Die krisenhafte Entwicklung in den Ländern des Kapitals und ihre Hintergründe

Genossinnen und Genossen!

In der Welt des Kapitals haben gerade die Vorgänge der letzten Monate unsere vor einem Jahr getroffene Einschätzung bestätigt, daß sich dort die wirtschaftliche Entwicklung zunehmend widersprüchlich und labil gestaltet. Dies kam am deutlichsten in dem Börsenkrach vom Oktober 1987 zum Ausdruck. Der »schwarze Montag«, wie sich westliche Medien ausdrücken, begann an der Wallstreet, erfaßte wie ein Buschfeuer auch die anderen Börsen und löste in allen Ländern des Kapitals große Unsicherheit über die ökonomischen Perspektiven aus.

Die Kurse an den Aktienbörsen sind seit dem Höchststand von 1987 in den USA um 30 Prozent gesunken, in der BRD um 36 Prozent, in Japan um 14 Prozent. Der Wechselkurs des Dollars erreichte mit einer Bewertung von 1,58 DM Ende 1987 historische Tiefstwerte. Der »schwarze Montag« ist eine direkte Folge der schweren Erschütterungen der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die enormen Kurseinbrüche erweisen sich als Symptom weiter wachsender Schwierigkeiten und sich verschärfender Widersprüche.

Die wirtschaftliche Entwicklung war seit der Krise von 1980/82 ohnehin nur durch ein verhältnismäßig schwaches Wachstum in den kapitalistischen Industrieländern gekennzeichnet. Wie die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« an der Jahreswende schrieb, haben sich »die

Erwartungen verdüstert«. Der Dollarkurs wird auch 1988 Sorge machen, der Kurssturz der Aktien bremst das Wachstum, und in der Bundesrepublik gehen mehr Branchen mit negativen Gefühlen in das neue Jahr als mit positiven, anders als vor zwölf Monaten. Soweit diese Zeitung.

Die ursprünglichen Wachstumsprognosen für 1988 wurden infolge der zunehmenden Unsicherheit mehrfach nach unten korrigiert. Für die BRD liegen die Erwartungen für die wirtschaftliche Entwicklung inzwischen unter einem Prozent. Die Folge davon ist, daß die Massenarbeitslosigkeit bei verschärfter Ausbeutung und Rationalisierung krisenhafte Ausmaße behält. Gegenwärtig gibt es in den entwickelten kapitalistischen Ländern (OECD) rund 31 Millionen Arbeitslose, davon allein in der Bundesrepublik, nach Berechnungen der Gewerkschaften, über 4 Millionen.

In den meisten dieser Länder bestimmen tiefgreifende Strukturkrisen das Bild der wirtschaftlichen Entwicklung. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Krise ganzer Branchen, wie Stahl, Kohle, Schiffbau, die gegenwärtig in der BRD besonders ausgeprägt ist. Wir alle sind Zeugen der von den großen Monopolen im Profitinteresse gewollten Agonie eines ganzen Wirtschaftsraumes an Rhein und Ruhr, aber auch des Massenwiderstandes für Leben, Arbeit und Zukunft der Menschen. Wer denkt da nicht an die schweren Kämpfe der Arbeiter in der Weimarer Zeit, an die »Brennende Ruhr«, wer denkt nicht an solche Aktionen in der Gegenwart wie vor zwei Wochen die Demonstration von 14 000 Schülern in Duisburg-Rheinhausen. Zugleich treten die Grenzen des imperialistischen Systems bei der Lösung sozialer Probleme angesichts der wissenschaftlich-technischen Revolution noch krasser hervor. Unter der Decke, die oft künstlich geglättet wird, entwickeln sich aus den Krisenerscheinungen geradezu eruptiv Konflikte, die sich in Klassen- und Massenkämpfen entladen, um vom System Zugeständnisse zu erzwingen.

Am stärksten beeinflußt wurde die wirtschaftliche Entwicklung im Kapitalismus während dieses Jahrzehnts durch das zeitliche Zusammenfallen des verlangsamten Wachstums mit der Hochrüstung, was vor allem in den USA zu der bekannten Entwicklung an den Börsen führte. Wegen der davon ausgehenden internationalen Folgen wurde die Hochrüstung zu einem zentralen Problem der gesamten kapitalistischen Weltwirtschaft, zur Hauptquelle und zum Kulminationspunkt der krisenhaften Entwicklung. Diese Hochrüstung ist die Hauptursache für das »doppelte Defizit« von Staatshaushalt und Außenhandel in den USA. Von 1980 bis 1986 sind die USA-Rüstungsausgaben von 162,4 auf 291,7 Milliarden Dollar angestiegen, in der gleichen Zeit hat sich das Defizit des USA-Bundeshaushalts von 50,7 auf 220,7 Milliarden Dollar vergrößert. Der Zusammen-

hang zwischen beiden Entwicklungen ist unverkennbar. Um ihre Defizite in Staatshaushalt und Außenhandel »finanzieren« zu können, wurden die USA immer abhängiger vom Kapitalzufluß aus anderen Ländern. Dadurch hat sich das Hauptland des Imperialismus aus einem Land, das jahrzehntelang mehr Kapital exportierte als es importierte, zum Nettokapitalimportland und inzwischen sogar zum größten Schuldnerland der Welt gewandelt.

Zu den Folgen des Börsenkrachs gehört auch, daß die Interessengegensätze zwischen den USA und anderen Ländern, insbesondere Japan und BRD, schärfer aufgebrochen sind. Die herrschenden Kräfte in den USA haben durchaus begriffen, daß es dringend notwendig geworden ist, die Disproportionen in der kapitalistischen Weltwirtschaft zu verringern, aber sie wollen die Lasten ihren »Partnern« aufbürden. So wollen die USA das Zinsgefälle zu ihren Gunsten beibehalten und den Dollarkurs weiter sinken lassen, während sie zugleich von Japan und der BRD fordern, ihre wirtschaftliche Entwicklung durch »Konjunkturprogramme« anzukurbeln. Mit dem fallenden Dollarkurs wird gegenwärtig eine Art Strafaktion gegen die unbotmäßigen Rivalen betrieben, vor allem gegen Japan und die BRD. Die Auseinandersetzungen über all diese Fragen haben an Heftigkeit zugenommen. Dabei zeigt sich auch das widersprüchliche Verhältnis zwischen unterschiedlichen und gemeinsamen Interessen der imperialistischen Zentren und Staaten.

Alles in allem erweist sich die gegenwärtige wirtschaftliche Situation im Kapitalismus nicht nur als Ergebnis des »normalen« Wirkens der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten dieser Produktionsweise, wo Krise, Depression, Belebung und Aufschwung einander mehr oder weniger regelmäßig ablösen. Sie ist auch eine Folge der Verflechtung von Politik und Ökonomie, insbesondere von Hochrüstung und Konfrontationspolitik. Diese Entwicklung wird maßgeblich durch das Streben der herrschenden Kräfte in den USA nach Hegemonie im imperialistischen System und nach Überlegenheit über den Sozialismus hervorgerufen.

Daher ist dort vor allem eine politische »Weichenstellung« erforderlich, um mit der Korrektur bisheriger Fehlentwicklungen zu beginnen. Hier finden wir auch die Erklärung dafür, warum gerade in vielen Geschäftskreisen westlicher Länder, selbst der USA, die ersten echten Abrüstungsvereinbarungen über die Mittelstreckenraketen ein weitgehend positives Echo gefunden haben. Auch für die Wirtschaftsinteressen dieser Kreise werden Schritte in Richtung auf Verringerung und Beendigung des Wettrüstens, zivile Entwicklung von Wirtschaft und Technik, Entlastung der Finanzen und ein System internationaler ökonomischer Sicherheit

immer notwendiger. Den Hintergrund bilden nicht zuletzt die an Bedeutung gewinnenden globalen Probleme und die zunehmende Verflechtung aller Teile der Welt miteinander, ungeachtet ihrer gesellschaftlichen Ordnung.

An den kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten wird sich dadurch nichts ändern. Der Imperialismus bleibt in der Systemauseinandersetzung ein gefährlicher Gegner, der über beträchtliche ökonomische und wissenschaftlich-technische Potenzen verfügt. In der Ökonomie seiner entwickelten Länder gehen bedeutende qualitative Wandlungen vor sich. Die Anpassungspolitik widerspiegelt sich auch in hohen Monopolprofiten trotz niedrigen Produktionswachstums, in einer Steigerung der Arbeitsproduktivität mit Raten zwischen 3 und 5 Prozent, in Japan 6 Prozent, begleitet von Massenarbeitslosigkeit.

Die internationalen Monopole haben in ihren Anstrengungen zur Intensivierung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses und zur Nutzung der Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nicht nachgelassen. Im Gegenteil. Angesichts der gegenwärtigen Situation können sie weniger denn je darauf verzichten, das Allerneueste mit dem höchsten Gebrauchswert, zu den niedrigsten Kosten und in der besten Qualität auf den Markt zu bringen, wenn sie in dem immer schärfer werdenden Konkurrenzkampf nicht auf der Strecke bleiben wollen.

Es kommt also darauf an, die Krisenerscheinungen im Kapitalismus als Folgen des Wirkens der diesem System eigenen Gesetzmäßigkeiten, des ihm innewohnenden Grundwiderspruchs und als Folgen imperialistischer Politik zu begreifen. Zugleich darf man die diesem System auch weiterhin gegebenen Möglichkeiten nicht aus dem Auge verlieren, sich an veränderte Existenz- und Entwicklungsbedingungen anzupassen, ohne dabei sein Wesen als Ausbeutergesellschaft im geringsten zu verändern.

Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft – ein Prozeß tiefgreifender politischer, sozialer und geistig-kultureller Wandlungen

Liebe Genossinnen und Genossen!

Im November haben wir den 70. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begangen, die eine neue Epoche in der Geschichte der Menschheit einleitete. In diesen Jahrzehnten entwickelte sich die Sowjetunion in Verwirklichung des Leninschen Kurses der sozialistischen Industrialisierung, der Kollektivierung, der Kulturrevolution und der nationa-

len Befreiung von einem rückständigen Land zur sozialistischen Weltmacht, deren Stärke und internationaler Einfluß immer gewichtiger in die Waagschale der Geschichte fallen. Ohne oder gegen das Sowjetland kann kein grundlegendes Problem der Welt entschieden werden.

Es entstand das System der sozialistischen Staaten. Heute wird die neue Gesellschaftsordnung, der Sozialismus, unter unterschiedlichen Bedingungen in mehreren Ländern Europas, Asiens, Afrikas sowie in Kuba aufgebaut. Der historisch noch junge Sozialismus hat Errungenschaften hervorgebracht, die bereits seine Vorzüge gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft unter Beweis stellen. Hervorgehoben seien hier nur die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Überwindung von Massenelend, Rückständigkeit, Analphabetentum, die Freisetzung großer schöpferischer Kräfte für den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg der Völker, die Realisierung der Gleichberechtigung der Frau, die Verwirklichung der Grundrechte der jungen Generation, die Gewährleistung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, gleicher Möglichkeiten der Bürger, in sozialistischer Demokratie an den gesellschaftlichen Belangen aktiv mitzuwirken, die hohen moralischen Prinzipien und Werte.

Selbstverständlich verfolgen wir die Entwicklungen in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern mit großer Aufmerksamkeit. Sie sind gegenwärtig gekennzeichnet durch eine Vielfalt von Überprüfungen und Veränderungen, die sich in den verschiedensten Formen äußern. Dabei geht es um die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung, die weitere Erhöhung des Lebensniveaus und somit zugleich um die Frage, den Sozialismus im friedlichen Wettstreit mit dem kapitalistischen System anziehender und attraktiver zu gestalten. Seit Jahrzehnten arbeiten wir gemeinsam mit den anderen sozialistischen Ländern daran, die dem Sozialismus innewohnenden Potenzen noch wirksamer zu erschließen. Wir tauschen unsere Erfahrungen aus und lernen voneinander. Die in Angriff genommenen Entwicklungsprozesse in den sozialistischen Staaten werden die Bedingungen für die effektivere Zusammenarbeit untereinander verbessern. Die DDR unterstützt die Anstrengungen der Bruderstaaten zur Steigerung ihrer volkswirtschaftlichen Leistungskraft, die weitere Vertiefung und ein höheres Niveau des Zusammenwirkens. Die gleiche Unterstützung erhalten auch wir bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR.

Alle bisherigen Erfahrungen der sozialistischen Staaten haben gezeigt, daß der Aufbau des Sozialismus ein ständiger Prozeß der schöpferischen Suche nach den jeweils besseren Wegen zur Lösung neuer Aufgaben und

Probleme ist. Natürlich kommt es darauf an, daß jedes Land auf die neuen Herausforderungen entsprechend den konkreten nationalen und internationalen Bedingungen rechtzeitig und flexibel reagiert. Was die DDR betrifft, so wurde die Ausarbeitung unseres strategischen Konzepts für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zu keiner Zeit als abgeschlossen betrachtet. Vielmehr gehen wir davon aus, daß dies, wie es im Programm der SED heißt, ein Prozeß tiefgreifender politischer, sozialer und geistig-kultureller Wandlungen ist. Das erfordert, entsprechend unseren nationalen Bedingungen immer wieder neue Antworten auf die Fragen zu finden, die das Leben stellt, um unseren gesellschaftspolitischen Kurs, dessen Herzstück die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik ist, kontinuierlich weiterzuführen. Daß wir dabei die Erfahrungen der anderen sozialistischen Länder bei ihrem sozialistischen Aufbau in Betracht ziehen und mitverwerten, ist selbstverständlich. Das bedeutet aber noch lange nicht, sie einfach zu kopieren. Das wäre schädlich.

Bewährt bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR hat sich, daß wir seit Jahren den Weg der umfassenden Intensivierung der Produktion beschritten haben sowie auf die beschleunigte Anwendung der Schlüsseltechnologien in der Volkswirtschaft orientieren, wie wir es in den Beschlüssen des 5. Plenums wieder getan haben. Als bedeutender Schritt erwies sich die Entwicklung der Kombinate als Rückgrat unserer Volkswirtschaft, als unter unseren Bedingungen effektivste Organisationsstruktur. Die guten Erfahrungen, die wir inzwischen bei der Erhöhung der eigenen Verantwortung der Kombinate und Betriebe gesammelt haben, unterstreichen diese Feststellung. So soll es auch in Zukunft sein, wobei wir, liebe Genossinnen und Genossen, sehr auf die Selbständigkeit der Betriebe im Rahmen der Kombinate achten müssen.

Wir haben praktisch seit den 70er Jahren konsequent ein System der Planung und Leitung geschaffen, das den Erfordernissen der intensivsten Reproduktion und wissenschaftlich-technischen Revolution entspricht. Produktion und Wissenschaft bilden bei uns immer mehr eine Einheit. Ich habe schon gesagt, daß wir dieses System in jeder Beziehung fördern und die wissenschaftlich-technische Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus verbinden. Heute stehen wir vor der Aufgabe, es ständig weiterzuentwickeln und zu vervollkommen.

Also, auch in unserem Lande gibt es, wie Ihr seht, eine Reihe von Fragen, die unsere Partei stets gründlich analysiert und überprüft, und wir werden immer wieder Entscheidungen zu treffen haben, werden Verände-

rungen vornehmen, um den Anforderungen, die die Menschen an den Sozialismus stellen, zu entsprechen. Wichtigster Maßstab bleibt der Mensch mit seinen Bedürfnissen. Bei der Verwirklichung dieser Aufgaben ist es notwendig, die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse ebenso zu festigen wie das Bündnis mit den in der Nationalen Front vereinigten Parteien und Massenorganisationen.

Durch ihre aktive Arbeit trägt die DDR im Warschauer Vertrag und im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zur Festigung unserer Kampfgemeinschaft, unseres Bündnisses mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern bei. Die politische Zusammenarbeit unserer Parteien und Staaten ist während der letzten Jahre dynamischer, operativer und effektiver geworden. Vorangekommen sind wir auch in der Zusammenarbeit auf ökonomischem, vor allem auf wissenschaftlich-technischem Gebiet. Nicht selten treffen wir dabei auf neue Probleme, für die gemeinsame Lösungen gesucht werden müssen. Unsere Partei, die DDR sind dafür, voranzugehen und Neues zu gestalten, sich von dem zu trennen, was sich nicht bewährt hat, Bewährtes jedoch beizubehalten, denn wir Kommunisten sind, wie sich Lenin treffend ausdrückte, die Partei der Neuerer.

Wirtschafts- und Sozialpolitik ist und bleibt das entscheidende Feld

Liebe Genossinnen und Genossen!

1988 sind wir in das dritte Jahr des gegenwärtigen Fünfjahrplans eingetreten. Nach zwei Jahren können wir gut überblicken, wie wir vorankommen und was noch vor uns liegt. Es erweist sich erneut, daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik das entscheidende Feld der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft der DDR ist und bleibt.

Zusammenfassend kann man sagen, daß unsere Partei diesen historischen Prozeß erfolgreich führt, daß unsere Gesellschaftspolitik, unsere ökonomische Strategie durch die Praxis bestätigt werden. Auf schöpferische Weise realisieren wir mit dem Volk und für das Volk die Generallinie unserer Politik zum Wohle der Menschen, die von Parteitag zu Parteitag weiterentwickelt wurde.

1986 und 1987 zusammengenommen, wurde ein Nationaleinkommen von 513,4 Milliarden Mark erwirtschaftet. Das sind bereits 102 Milliarden Mark mehr als in den ersten beiden Jahren des vorhergehenden Fünfjahr-

planes. Hervorzuheben ist, daß der gesamte Leistungsanstieg vollständig auf der Steigerung der Arbeitsproduktivität beruht und das Produktionswachstum mit einer Senkung des spezifischen Produktionsverbrauchs einhergeht. Gemäß der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik wurden diese Fortschritte in der Produktion genutzt, um das Leben der Werktätigen weiter zu verbessern. So sind in den beiden genannten Jahren 429 876 Wohnungen neugebaut beziehungsweise modernisiert worden. Damit haben sich allein in diesen zwei Jahren die Wohnbedingungen für 1 290 000 Menschen spürbar verbessert. All dies ging einher mit dem Entstehen von 19 952 Kinderkrippenplätzen und 43 662 Kindergartenplätzen, von 4101 Unterrichtsräumen sowie 284 Schulsporthallen, der Einrichtung von 11 Polikliniken und der Schaffung von 47 018 Quadratmeter Verkaufsfläche für den Handel im Rahmen des komplexen Wohnungsbaus.

Mit der Erhöhung des Kindergeldes ab 1. Mai 1987 wurde eine weitere bedeutende Maßnahme zur Förderung der Familie wirksam. Damit konnte der Abstand in den Pro-Kopf-Einkommen der Familien mit Kindern gegenüber solchen ohne Kinder spürbar verringert werden. In diesem Jahr können die älteren Werktätigen fünf Jahre vor dem Rentenalter einen um eine Woche verlängerten Urlaub in Anspruch nehmen. Mit Genugtuung wurde der Vorschlag aufgenommen, 1989 die Renten weiter zu erhöhen.

Bereits auf dem VIII. Parteitag habe ich im Bericht des Zentralkomitees dargelegt, daß unsere weitgesteckten sozialpolitischen Ziele nur auf der Grundlage wachsender wirtschaftlicher Leistungen zu verwirklichen sind. Diese Wechselwirkung bestimmte in den vergangenen Jahrzehnten unsere gesellschaftliche Entwicklung. Heute kann man sagen, daß es ohne diese Politik nicht möglich gewesen wäre, unser Land so stabil und kontinuierlich zu entwickeln und dabei so große Probleme zu bewältigen wie das Ansteigen der Rohstoffpreise auf ein Vielfaches in den 70er Jahren. Unsere Antwort bestand im wesentlichen darin, die Intensivierung der Produktion zu verstärken und durch die Erhöhung der eigenen Leistung jene Mittel frei zu machen, die es erlaubten, die vielseitigen sozialen Fortschritte der vergangenen Jahre dennoch zu realisieren.

In diesem Lichte hat das Politbüro den Planverlauf des vergangenen Jahres ständig analysiert und Konsequenzen gezogen, die vor allem dazu dienten, Kontinuität und Effektivität der Produktion zu verbessern. Darauf werde ich im einzelnen noch eingehen. Als wesentliches Ergebnis des Jahres 1987 verzeichnen wir, daß unser Wirtschaftswachstum in steigendem Maße durch die ökonomische Verwertung der Schlüsseltechnologien

getragen wurde. Die Anforderungen, die das an Bildung und Fortbildung, an die Qualität und das ganze Regime von Leitung und Arbeit stellt, erfassen immer mehr Betriebskollektive.

Die neue Qualität des Wachstums unserer Wirtschaft prägt sich weiter aus. Das ist kein einfacher Prozeß. Während die Hochtechnologien in vielen Kombinatn den Alltag mehr und mehr beherrschen, finden sie in andere gerade erst Eingang, und in wieder anderen hat sich an den Produktionsbedingungen bisher wenig geändert. Solide Ausgangspositionen sind geschaffen. Nun gilt es, mit jedem Jahre schneller in die volkswirtschaftliche Breite zu gelangen und die ökonomischen Möglichkeiten auszuschöpfen.

Angesichts der Anforderungen des Jahres 1988 kann niemand mehr daran zweifeln, wie richtig, ja lebenswichtig die konsequente Entscheidung unserer Partei für die Mikroelektronik war. Ohne die eigene Basis, die mittlerweile geschaffen wurde, hätte unser Land keine Chance, im Wettlauf mit der Zeit Schritt zu halten. Ja, heute müssen wir Tempo zulegen, weil die internationale Entwicklung der Produktivkräfte sich weiter beschleunigt. Das Weltniveau befindet sich in ständiger, rascher Bewegung. Als entwickeltes sozialistisches Industrieland mit einem beträchtlichen Lebensstandard bleibt der DDR keine Wahl, als sich dabei im Vordergrund zu halten, will sie ihren sozialen und gesellschaftspolitischen Handlungsraum behaupten und ihre Position auf den Weltmärkten ausbauen.

Die politisch-ideologische Arbeit muß diese neuen Anforderungen verdeutlichen und die guten Erfahrungen, die bei ihrer Bewältigung gesammelt wurden, rasch zum Allgemeingut machen. Ebenso sollte sie zeigen, wo es noch unzureichend vorwärtsgeht, welche Wege eingeschlagen werden, um Rückstand wettzumachen und nach vorn aufzuschließen. Nur wer die Härte der technologischen Auseinandersetzung, die Dialektik dieses Prozesses, seine riesigen Möglichkeiten, aber auch seine Schwierigkeiten versteht, wird den Wert des schon Erreichten voll ermessen und die ganze Kühnheit und Zukunftsbedeutung der ökonomischen Strategie unserer Partei begreifen. Ein solches öffentliches Bewußtsein mobilisiert die schöpferischen Kräfte unseres Volkes.

Mit dem Plan 1988 gehen wir einen weiteren entscheidenden Schritt auf dem Wege der neuen Qualität wirtschaftlichen Wachstums, die von den Schlüsseltechnologien bestimmt ist. Geprägt wird der Plan von unserem Prinzip, hohe Aufgaben zu stellen und dabei unsere Mittel und Möglichkeiten realistisch einzuschätzen. 1987 wurden bekanntlich für einige Gebiete die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes in bestimmtem Maße

reduziert. Dafür gab es Gründe. Die Abstriche an der geplanten Produktion haben die volkswirtschaftlichen Erfordernisse nicht aus der Welt geschafft. Was beim Leistungswachstum zurückgenommen wurde, fehlte bei der Verteilung, und das machte sich in manchen Abläufen der Produktion, des Außenhandels und auch in der Versorgung der Bevölkerung mitunter störend bemerkbar. Nicht geringe NSW-Importe wurden getätigt, um diese Folgen zu mindern.

1988 werden wir die Autorität des staatlichen Volkswirtschaftsplanes weiter stärken, wobei wir uns darüber im klaren sind, daß die Erfüllung seiner Ziele keine glatte Straße ist. Aber »Präzisierung« ist kein Ausweg. Wo Probleme auftreten, müssen sie nüchtern analysiert und gemeinsam bewältigt werden, auf dem Hauptweg der Intensivierung, durch die Kraft der Kombinate, die Verbindung von Wissenschaft und Produktion, durch die zunehmend bessere Ausschöpfung des Potentials der Schlüsseltechnologien.

Von diesem Geist sind auch die Wettbewerbsverpflichtungen geprägt, die zu Beginn des Jahres von wichtigen Kombinaten und Betrieben eingegangen wurden. Ich denke an die beispielhaften Vorhaben im Werk für Fernsehelektronik Berlin, im Stammbetrieb des Werkzeugmaschinenkombinates »Fritz Heckert« Karl-Marx-Stadt, im Bau- und Montagekombinat Chemie Halle, im VEB Kindermoden Aschersleben und in vielen anderen.

Alle Zielstellungen gehen davon aus, mit hohen arbeitstäglichen Leistungen die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes kontinuierlich, ergebnis-, sortiments- und vertragsgerecht zu erfüllen und zu überbieten. Dabei wissen wir, daß die exakte Verwirklichung des Planes schon von hohem Wert für alle Partner ist. Hervorgehoben sei die zuverlässige Realisierung der Staatsplanpositionen, die Fertigstellung der Investitionsvorhaben zu den geplanten Terminen und mit dem vorgesehenen Leistungszuwachs. Ein hohes verteilbares Endprodukt wird angestrebt, verbunden mit anspruchsvollen Zielen für die Arbeitsproduktivität, die Effektivität und Qualität der Erzeugnisse, der Sicherung im Absatz, das heißt, daß die Waren, die man produziert, sich sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht mit den Auftragsbüchern in voller Übereinstimmung befinden.

Wie wir wissen, fanden in Vorbereitung des Planes 1988 über 341 000 Betriebsversammlungen statt, in denen die entsprechenden Vorschläge für den Plan 1988 gemacht wurden. Dabei wurden Fragen der Leistungsentwicklung, der Rationalisierung ebenso angesprochen wie die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Das ist Demokratie

in Aktion. Nun kommt es darauf an, alles für die Plandurchführung nutzbar zu machen. Jedes Zuliefererzeugnis ist für den zuständigen Betrieb bereits Endprodukt und kann in der nächsten Produktionsstufe schon zum volkswirtschaftlichen Endprodukt werden. Deshalb ist es erforderlich, in jedem Fall eine hohe Qualität herzustellen, damit im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Prozesses eine hohe Effektivität erreicht wird.

Mit der Meisterung der Hochtechnologien bestimmen wir das Wachstum der Arbeitsproduktivität

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus zu verbinden rückt 1988 weiter ins Zentrum der Verwirklichung unseres Planes. Es wird hart daran gearbeitet, unsere eigene Produktion im Bereich der Schlüsseltechnologien rasch auszubauen, und zwar quantitativ wie qualitativ. Das wird bereits täglich durch die Massenmedien propagiert. Es kommt nun darauf an, überall die Erzeugnisse entsprechend den konkreten Bedingungen zu entwickeln. Mit der Meisterung der Hochtechnologien bestimmen wir entscheidend das Wachstum der Arbeitsproduktivität. Schon deshalb ist als Maßstab kein durchschnittliches Niveau akzeptabel, sondern nur eine führende Position in Wissenschaft und Technik und bei ihrer ökonomischen Verwertung.

Was es bedeutet, mit dem internationalen Tempo Schritt aufzunehmen und zu halten, läßt sich wiederum am klarsten an der Mikroelektronik veranschaulichen. Die beginnende Produktion von 256-Kilobit-Speicherschaltkreisen im Zeiss-Kombinat setzt da einen neuen Ausgangspunkt. Nun folgt darauf zwingend, dieses neue technologische Niveau zu nutzen und zügig größere Stückzahlen zu erreichen. Zur gleichen Zeit steht auf der Tagesordnung, die entsprechenden Mikroprozessoren herzustellen. Das betrifft die Anstrengungen, das Sortiment mikroelektronischer Schaltkreise aus eigener Produktion, von Speicherschaltkreisen mit Kapazitäten von 64 und 256 Kilobit, von anwenderspezifischen Schaltkreisen und Mikroprozessorsystemen bereitzustellen. Vor allem eine bessere Ausbeute soll die Produktion steil ansteigen lassen. Das erfordert die Entwicklung und Produktion präziser technologischer Spezialausrüstungen, verlangt spezifische Zulieferungen von hohem Niveau aus anderen Bereichen. Einen wiederum neuen Anspruch bringen die 1-Megabit-Speicher-

schaltkreise mit sich, deren Produktionsvorbereitung im Kombinat Carl Zeiss Jena 1988 in eine entscheidende Phase tritt.

Wollte man das, was schon ein 64-Kilobit-Speicherschaltkreis leistet, in konventioneller Bauweise realisieren, so wären Transistoren, Kondensatoren, Dioden, Widerstände, Leiterplatten und Steckverbinder mit einem Gesamtgewicht von fast 250 Kilogramm notwendig. Demgegenüber wiegt der 64-Kilobit-Speicherschaltkreis nur 1,5 Gramm. Der 256-Kilobit-Speicherschaltkreis ist auch nicht schwerer, aber ersetzt bereits nahezu 1 Tonne konventionelle Bauelemente. Wir sollten hier nicht allein die Materialökonomie in Rechnung stellen. Im Grunde bedeutet das nicht mehr und nicht weniger, als daß die Leistungen, die mit der modernen Mikroelektronik realisiert werden, auf althergebrachte Art überhaupt nicht mehr zu erzielen wären.

Bei den Anwendern der Mikroelektronik setzt sich diese Dynamik fort. So haben die Sömmerdaer Büromaschinenwerker eine neue Generation von Druckern in die Produktion übergeführt und verringerten damit allein das Gewicht der Erzeugnisse von 40 Kilogramm auf 7 Kilogramm und den Arbeitsaufwand von 111 auf 21 Stunden. Zu Recht orientiert sich das Kollektiv nun schon wieder auf die nächste Generation seiner Produkte.

Die Erzeugung mikroelektronischer Bauelemente hat sich in der DDR von 1976 bis 1987 mehr als versiebenfacht. Völlig neue Generationen von hochintegrierten Schaltkreisen wurden in die Produktion aufgenommen. Zur gleichen Zeit gelang es, bei der Steuerung von Werkzeugmaschinen, bei Fernsprechvermittlungstechnik und in der Rechentechnik selbst diesen Fortschritt zu nutzen, die Gebrauchswerte und die Ökonomie zu erhöhen. In dieser Wechselwirkung, im hohen Tempo dieses Prozesses, der praktisch die ganze Wirtschaft durchdringen muß, erschließt sich die wahre Größenordnung der Möglichkeiten, welche die Schlüsseltechnologien in sich bergen. Hier heißt es, Reibungsverluste auszuschalten und im kameradschaftlichen Zusammenwirken der Kombinate und Zweige mit Hilfe der vorliegenden Erfahrungen die Entwicklung zu beschleunigen.

Noch ein Beispiel soll diese Zusammenhänge verdeutlichen: Gestützt auf die Fortschritte der Mikroelektronik, wird die Rechentechnik entwickelt, um mit ihrer Hilfe die Produktion in der metallverarbeitenden Industrie und in anderen Bereichen noch wirksamer zu erhöhen. Dazu ist im Kombinat Robotron die serienmäßige Erzeugung von Ingenieur-Arbeitsstationen mit 32-Bit-Verarbeitungsbreite, von Arbeitsplatzcomputern für das einheitliche System der elektronischen Rechentechnik und von einer

neuen Generation an Großrechnern aufzunehmen und die Großproduktion von neuen peripheren Arbeitsspeichern vorzubereiten.

In ähnlicher Weise vollziehen sich diese Dinge bei anderen Schlüsseltechnologien. So sind in unserer Volkswirtschaft rund 79 000 Industrieroboter eingesetzt. Diese Basis wird rasch weiter gestärkt. Auch hier geht es nicht allein um die Menge. Vor allem durch die Anwendung der Sensortechnik, die Herstellung von Robotern höherer Flexibilität wird zugleich das wissenschaftlich-technische Niveau erhöht. Dieser Prozeß muß ebenfalls von den Anwendern genutzt werden, um jene Arbeitskräfte freizusetzen, die dringend für andere Aufgaben benötigt werden. Oder betrachten wir die flexiblen automatisierten Fertigungsabschnitte. Der XI. Parteitag stellte das anspruchsvolle Ziel, insgesamt 95 solcher hocheffektiven Objekte zu realisieren. Die Ergebnisse sind bekannt, wir müssen aber noch schneller vorankommen.

Ob bei der Rechentechnik oder bei der flexiblen Automatisierung, stets geht es um die modernste Technologie und die Wirtschaftlichkeit ihrer Anwendung. Ebenso exakt wie das technologische Projekt muß das »ökonomische Projekt« erarbeitet werden – mit den besten Kräften aller beteiligten Bereiche. Rationalisierung und Automatisierung kosten nicht wenig Geld. Sollen sie sich auszahlen, muß die Arbeitsproduktivität beim Anwender bedeutend steigen, müssen Qualität und Effektivität seiner Produktion sich sprunghaft erhöhen. Diese Veränderungen greifen in gewohnte betriebliche Abläufe ein. Sollen Mikroelektronik und Rechentechnik leisten, was sie leisten können, heißt es, die Arbeitsorganisation auf ihre Möglichkeiten einzustellen.

Automatisierungsvorhaben reichen bis in die technologische Vorbereitung, bis in die Leitungsprozesse von Produktion und Absatz hinein und verändern sie von Grund auf. Das führt Schritt für Schritt von Teillösungen zu geschlossenen Lösungen, was die ökonomischen Ergebnisse beträchtlich ansteigen läßt. Diesen Prozeß, der bisher für die Fortgeschrittenen charakteristisch ist, gilt es in weiteren Kombinatn konsequent nachzuvollziehen.

Mit der modernen Technik, die auf der Mikroelektronik beruht, wurden von einzelnen Kombinatn 20 Prozent des Produktionszuwachses realisiert. Früher stand uns vieles, was wir heute haben, noch gar nicht oder nur in geringen Stückzahlen zur Verfügung. Jetzt können wir mehr Rechentechnik und Automatisierungsmittel einsetzen, nachdem wir ihre Eigenproduktion entwickelt haben.

Bekanntlich gab und gibt es Leute im Westen, die verhindern wollten, daß unsere Volkswirtschaft jemals über diese progressive Technologie ver-

fügt. Deshalb praktizieren sie Embargopolitik, die letztlich die Produktivität unserer Industrie auf einem niedrigen Niveau halten sollte. Wir haben ihnen überzeugend geantwortet. Nun sind die Voraussetzungen gegeben, mit Hilfe der Schlüsseltechnologien einen umfassenden Rationalisierungsschub zu organisieren. Das erfordert das Engagement der klügsten Köpfe, der besten Wissenschaftler, Konstrukteure, Ingenieure und Technologen, der Facharbeiter, der Erfinder und Neuerer. Dieses Anliegen wird erneut die Initiativen der Jugendforscherkollektive der FDJ herausfordern, geht es doch um einen entscheidenden Durchbruch in der technologischen Schlacht.

Wir haben keinen Grund, das Wort Erfolg aus unserem Sprachschatz zu streichen

Das, liebe Genossen, sind die entscheidenden Schritte zur beschleunigten Entwicklung der Produktivkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik, und kein Gesundheitsbeter unserer Zeit, der auf Kosten des Fleißes der Arbeiter und Bauern lebt, kann dies aus der Welt schaffen. Wir haben keinen Grund, die Leistungen der Werktätigen der DDR geringzuschätzen. Wir haben keinen Grund, uns für die Leistungen der Werktätigen der DDR zu entschuldigen. Wir haben keinen Grund, das Wort Erfolg aus unserem Sprachschatz zu streichen. All das, worüber wir verfügen und was immerhin doch für einen hohen Lebensstandard spricht, ist ja undenkbar ohne den Fleiß unseres Volkes, ohne seine aktive Mitwirkung bei der Lösung der Angelegenheiten der Gesellschaft.

Unser Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik führen wir durch. Seine Grundsätze für die Entwicklung des Sozialismus sind im 1976 angenommenen Programm der Partei enthalten. Es kommt darauf an, auf einem hohen Niveau der Produktion in Industrie und Landwirtschaft den hohen Lebensstandard in der DDR zu stabilisieren, ihn weiter auszubauen und stets zu sichern, daß bei uns Geld einen Wert hat, daß man sich dafür auch etwas kaufen kann.

Für die nötige hohe Steigerung der Arbeitsproduktivität ist die weitere Verstärkung der Einheit von Maschinenbau und Elektronik besonders wesentlich. Im Maschinenbau sehen wir einen starken Motor des Wachstums der Arbeitsproduktivität. Er muß in Gestalt neuer Technik den Vorlauf für die Rationalisierung in vielen anderen Zweigen schaffen. Angesichts der industriellen Struktur der DDR und ihrer außenwirtschaftlichen Ziele hat der Maschinenbau zugleich einen rasch wachsenden An-

teil des Exports zu tragen. Die staatlichen Planaufgaben 1988 sehen vor, den Beitrag der metallverarbeitenden Industrie mitsamt der Elektronik an den Ausfuhren zu steigern. Diese Entwicklung gilt es durchzusetzen und noch zu beschleunigen. Vor allem durch die Verbindung von Maschinenbau und Mikroelektronik wird über das Niveau der Erzeugnisse entschieden, wird ihnen der Weg auf die Weltmärkte gebahnt. Wie es gelingt, diese Aufgabe zu lösen, damit steht und fällt die Zukunft unserer traditionsreichen Produktionsstätten.

Die Konkurrenz läßt uns dafür wenig Zeit. In der BRD verwendeten schon 1986 75,5 Prozent der Maschinenbauunternehmen Mikroelektronik in ihren Produkten, und 60 Prozent verfügten über eigene mikroelektronische Abteilungen. Auch unsere Kombinate haben erfolgreich begonnen, völlig neue Typen von Werkzeugmaschinen, automatisierten Fertigungsstraßen und flexiblen automatisierten Fertigungssystemen zu entwickeln und zu produzieren. Mit einigen dieser Erzeugnisse erreichten sie Weltruf. Das gilt auch für die Produkte des Textilmaschinenbaus und der polygraphischen Industrie. Zwei Drittel unserer Erzeugnisse im Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau verkörpern gegenwärtig die Verbindung von hochwertiger Mechanik und Mikroelektronik, die das neue Maschinenbauzeitalter charakterisiert. Sie bestimmen mit das Weltniveau. Wir haben durchaus Chancen, diese Positionen auszubauen.

Mit den Spitzenprodukten müssen größere Stückzahlen erreicht werden, um auf den Weltmärkten voranzukommen und zugleich unsere eigene Industrie besser auszustatten. Die Maschinenbaukombinate, vor allem die Werkzeugmaschinenbauer, sollten alle eigenen Kräfte konzentrieren, um die Produktion zu modernisieren, und es sollte auch darüber nachgedacht werden, wie sie die notwendige volkswirtschaftliche Unterstützung erhalten. Modernste Technologien und Produkte werden jedoch nur dann den vollen Ertrag erzielen, wenn sie kompromißlos auf die Anforderungen der Märkte ausgerichtet sind. Dazu gehören ein weitaus höheres Niveau des Kundendienstes und eine jederzeit zuverlässige Ersatzteilversorgung.

Nachdem neue Schaltkreise in größerer Breite und in größerem Umfang produziert werden und die Rationalisierung voranschreitet, ist der Zeitpunkt herangereift, die mit der Mikroelektronik geschaffenen Möglichkeiten stärker zu nutzen, um die Produktion gefragter Konsumgüter zu steigern. Das gilt insbesondere für die Elektrotechnik/Elektronik, wo die Herstellung entsprechender neuer Erzeugnisarten in Angriff genommen werden sollte. Dazu werden die verantwortlichen Minister volkswirtschaftlich begründete Vorschläge ausarbeiten.

Sie sollen davon ausgehen, daß sich die Konsumgüterproduktion im Bereich der Elektrotechnik/Elektronik schneller entwickelt als die Gesamtproduktion. Bei wichtigen Erzeugnissen, wie bei Farbfernsehempfängern, Kassettenrecordern, Audio-Anlagen, wird die Produktion wesentlich erhöht. In die richtige Richtung weist die Arbeit in zwei Berliner Betrieben, wo 1988 bereits 400 000 Radio-Kassettenrecorder produziert werden und für 1989 500 000 Stück vorgesehen sind. Es geht also nicht um kosmetische Veränderungen, sondern darum, daß der Bedarf, der sich weiter entwickelt, spürbar besser gedeckt wird. Das Ausmaß dieser Vorhaben wird an der Aufgabe deutlich, die Produktion von Video-Recordern, Digital-Plattenspielern, Kleincomputern wie elektronischen Kleinschreibmaschinen, Diskettenspeichern, Druckern, Monitoren neu aufzunehmen. Auch in der Kamera-Industrie gilt es, eine neue Generation von Erzeugnissen vorzubereiten.

Natürlich sind zur Erhöhung der Leistungen der Kombinate der Elektrotechnik/Elektronik wie ihrer Zulieferbetriebe bedeutende Mittel erforderlich. Sie müssen vor allem aus der Rationalisierung kommen. Damit verbundene Investitionsvorhaben sind unter dem Gesichtspunkt der höchstmöglichen Effektivität weiter durchzurechnen, zu entscheiden und vorzubereiten. Die Erhöhung der Produktion und die Einführung der neuen Erzeugnisse gilt es zu beschleunigen. Wesentliche Aufgaben müssen innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre zu Ende geführt werden.

Moderne Wissenschaft und Technik müssen auch die Material- und Werkstoffbasis prägen. Deshalb wird die Metallurgie den Anteil veredelter Produkte weiter steigern. Es wurde begonnen, die Erzeugung von Walzstahl noch besser mit den Erfordernissen der Anwender zu verbinden, für einen bestimmten Zweck also die richtige Stahlmarke bereitzustellen. So können bis 1990 200 000 Tonnen Walzstahl eingespart werden. An den Verbrauchern ist es nun, das günstigere Werkstoffsortiment zu nutzen, um die Prinzipien des Leichtbaus voll durchzusetzen, nicht zuletzt im Interesse eines guten Masse-Leistungs-Verhältnisses. Gleichzeitig verlangen keramische und andere neue Werkstoffe unsere ganze Aufmerksamkeit und Förderung.

Die Veredlungsschemie überführte in den letzten Jahren neue Plastwerkstoffe und Harze in die Produktion, welche helfen, die Qualität der Zulieferungen für elektronische Bauelemente zu erhöhen. Nun sind neue Konstruktionsplaste und Verbundwerkstoffe zu entwickeln und zu produzieren. Viel Gewicht legen wir auf die Produktion hochveredelter Chemiefasern und ihre modische Verarbeitung in der Textilindustrie. Das

Chemiefaserkombinat hat dabei durchaus schon Ergebnisse erreicht und sollte sie ausbauen.

Die Biotechnologie steht vor der Aufgabe, die großtechnische Erzeugung von Antibiotika aufzunehmen. Hinzu kommt die Erweiterung des Sortiments von Enzymen, die Anwendung biotechnologischer Verfahren in der Lebensmittelindustrie, was alles in allem eine Produktionssteigerung von einer halben Milliarde Mark gewährleisten wird. Zugleich ist Vorlauf für die breitere Nutzung der Biotechnologie in der pharmazeutischen Industrie zu schaffen. Das Kombinat Chemieanlagenbau trägt eine beträchtliche Verantwortung für die Bereitstellung entsprechender Anlagen und die verlässliche Inbetriebnahme der Investitionen.

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse erarbeiten und ökonomisch besser nutzen, das kann man mit Recht als Schlüssel zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1988 bezeichnen. So wird es gelingen, mit weniger Arbeitskräften und einer im wesentlichen gleichen Menge materieller Ressourcen das vorgesehene Wirtschaftswachstum zu sichern. In diesem Jahr ist vorgesehen, durch wissenschaftlich-technische Resultate über 612 Millionen Stunden Arbeitszeit einzusparen, den spezifischen Walzstahlverbrauch um 502 000 Tonnen zu senken und eine Energiemenge einzusparen, die 17,5 Millionen Tonnen Rohbraunkohle entspricht.

Das Hauptfeld, auf dem sich so beträchtliche Ergebnisse realisieren lassen, ist die Produktion neuer Erzeugnisse, die in diesem Jahr einen Umfang von 120 Milliarden Mark erreichen soll. Der springende Punkt ist die entschiedene Erhöhung des Qualitätsniveaus der Erzeugnisse. Deshalb soll die Produktion mit dem Gütezeichen »Q« auch schneller steigen als die Warenproduktion überhaupt. Damit setzen wir eine Tendenz des vergangenen Jahres fort, wo die Herstellung neuer Erzeugnisse um 8,6 Prozent wuchs und sie bereits die Hälfte der Produktion mit dem Gütezeichen »Q« ausmachten. Wir stimmen der Meinung zu, daß unter unseren Bedingungen, bei unserem großen Potential an Fachkräften eigentlich alle Erzeugnisse, mit Ausnahme einiger Dinge, die schon seit Jahrzehnten zum täglichen Leben gehören, das Gütezeichen »Q« tragen sollten. Auf den Außenmärkten gilt dafür ein unbestechlicher Maßstab: die realen Valutaerlöse in Mark. Dank den Leistungen unserer fleißigen Arbeiter und Bauern muß es möglich sein, daß im Welthandel eine Mark der DDR auch eine Mark ist.

Letzten Endes bestätigen die neuen Produkte natürlich mit den ökonomischen Ergebnissen, die sie erbringen, ob sie einem hohen Qualitätsanspruch gerecht werden. Auch da gibt es Ergebnisse, die in die richtige Richtung weisen. 32 Prozent des Nettogewinns der Industrie – immerhin

12,5 Milliarden Mark – wurden mit neuen Erzeugnissen erzielt. Ihr Anteil am NSW-Export stieg im letzten Jahr von 36 auf 42 Prozent. All das sollte niemand darüber hinwegtäuschen, daß der entscheidende Durchbruch auf dem Gebiet der Qualität noch bevorsteht. Der XI. Parteitag stellte das Ziel, bis 1990 mit 60 Prozent der Neuproduktion das internationale Spitzenniveau zu erreichen.

Eine hohe Qualität der Produktion gehört zu den unverzichtbaren Bedingungen der weiteren Intensivierung. Einbrüche kommen dabei um so teurer zu stehen, je höher das technologische Niveau der Produktion ist. Dann kann der Ausfall eines einzigen Teils kostspielige Produktionssysteme zum Stehen bringen. Roboter und andere Automaten können mit unzuverlässigen Vorprodukten nichts anfangen. Hochtechnologie führt zu höherer Qualität, aber sie verlangt sie auch in Gestalt von Zulieferungen und Material. Wenn sich neue Konsumgüter als unzuverlässig erweisen, erregt das zu Recht den Unmut der Menschen, die sie kaufen, und ist geeignet, ihr Vertrauen in den technischen Standard unseres Landes zu beeinträchtigen. Andererseits gilt, wer Qualität kaufen will, muß Qualität produzieren.

Die Qualität zu erhöhen wird immer mehr zu einem entscheidenden Weg der Leistungssteigerung. Wo die Arbeit diesem Anspruch nicht standhält, muß das Blatt gewendet werden. Doch es heißt generell, mit wesentlich größerer Konsequenz Qualitätsproduktion zu organisieren.

Diese Fragen, die über das ökonomische Ergebnis von heute ebenso entscheiden wie über die Perspektive eines Kombines, dürfen nicht ressortmäßig entschieden werden. Deshalb gehört die Erneuerung der Produktion, gehören hohe wissenschaftlich-technische und ökonomische Aufgaben in den Pflichtenheften und Erneuerungspässen ganz oben auf die Tagesordnung der Generaldirektoren und Betriebsleiter. Auch in den Vertrauensleutenvollversammlungen sollte die Produktion in bezug auf Qualität und Absatz behandelt werden.

Nun gibt es Spitzenerzeugnisse und Technologien, welche unsere Volkswirtschaft braucht, die aber nicht in genügendem Umfang produziert werden. Das bedeutet, man kann es nicht anders ausdrücken, Chancen zu verschenken. Es hilft auch wenig, sich auf spätere Zeiten zu vertrösten, denn was heute neu und gut ist, wird schon morgen von der Entwicklung eingeholt und fällt ins Mittelmaß zurück. Wenn es in einem solchen Fall an Investitionen fehlt, dann ist das kein Naturereignis, sondern im Grunde genommen eine Kritik an mangelnder Weitsicht und Flexibilität der Verantwortlichen.

Manchmal treffen wir noch eine gewisse Zweigleisigkeit von Forschung

und Entwicklung auf der einen Seite und Rationalisierungsmittelbau und Investitionstätigkeit auf der anderen Seite. Das kann man nicht länger hinnehmen. Die Priorität für die Herstellung von Spitzenerzeugnissen, die hohen Nutzen bringen, muß die volkswirtschaftliche Bilanzierung ebenso bestimmen wie die entsprechenden Entscheidungen in den Kombinat und den Territorien, wo es vor allem um die nötigen Bauvorhaben geht.

In einer Entwicklungsphase, in der sich die Struktur unserer Volkswirtschaft zunehmend verändert, gewinnen die Investitionen noch mehr Gewicht als schon ohnehin. Mit ihrer Hilfe werden Richtung, Tempo und Effizienz dieses Prozesses gesteuert, fließen doch in diesem Jahr mehr als 80 Prozent des Produktionszuwachses aus Investitionsobjekten. Nach einer gründlichen Analyse haben wir uns entschieden, die verfügbaren Mittel in höherem Maße für die Stärkung der materiell-technischen Basis einzusetzen. Dabei hatten wir zu berücksichtigen, daß in der DDR ein Drittel aller Industrieinvestitionen für die Rohstoff- und Energieversorgung gebunden ist. Wir stehen auch vor der Notwendigkeit, in verschiedenen Bereichen veraltete Anlagen schneller durch neue Ausrüstungen zu ersetzen, soll die Stabilität der Produktion gesichert und ihre Effektivität gesteigert werden. Mit Investitionen geht zugleich jeder reale wissenschaftlich-technische Fortschritt in der Produktion einher, vor allem die Realisierung der Schlüsseltechnologien in Produkten von höchster Qualität und in bedarfsdeckender Anzahl.

In diesem Sinne sieht der Plan 1988 vor, einen größeren Teil unseres Nationaleinkommens für diese Aufgabe einzusetzen. Das ist die eine Seite der Sache. Die andere betrifft die Haltung der Verantwortlichen zu dieser volkswirtschaftlichen Schlüsselfrage. In der Vergangenheit wurden oft gerade Investitionen im produzierenden Bereich ungenügend vorbereitet und realisiert.

Die Vorbereitung und Durchführung solcher Investitionen ist ein hoher Anspruch an die Fähigkeit und das verantwortliche Handeln der Leiter. Man kann zu Recht von einer besonderen Bewährungsprobe sprechen. Der Generaldirektor des Kombinates hat dabei an der Spitze zu stehen, wobei ich unterstreichen möchte, daß die Staatliche Plankommission und die Ministerien die Generaldirektoren der Kombinate bei der Leitung und Bilanzierung großer Vorhaben besser unterstützen müssen.

Insgesamt konnte 1987 die Situation nicht befriedigen. Nicht selten kam es vor, daß Baukapazitäten von industriellen Objekten abgezogen wurden. Teilweise hatten sich die verantwortlichen Minister an Terminverzügen beinahe gewöhnt. Der Ausbau der Industrieroboterproduktion in

der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik Marzahn, Kapazitäten im Mineralwollewerk Lübz und die Erweiterung der Motorengußproduktion im Metallgußwerk Leipzig sind Zeugnisse dafür. Einige Bezirke führten Industriebauobjekte zugunsten anderer Arbeiten nicht vollständig durch. So wurden die geplanten Bauleistungen für industrielle Vorhaben im Jahre 1987 in Berlin nur mit 75,7 Prozent erfüllt. Im Bezirk Rostock betrug die Planerfüllung 78,4 Prozent, im Bezirk Suhl 82,5 Prozent, im Bezirk Karl-Marx-Stadt 88,4 Prozent und im Bezirk Dresden 92,8 Prozent.

Aus alledem wurden grundsätzlich Schlußfolgerungen gezogen, die sich vor allem im Beschluß des Politbüros über den Industriebau niederschlagen. Einige seiner wesentlichen Festlegungen möchte ich noch einmal unterstreichen. Es gilt, jedes geplante Objekt termingemäß in Betrieb zu nehmen und in kurzer Frist die volle Leistungsfähigkeit zu erreichen. Die Kader rechtzeitig qualifizieren, die Schichtarbeit vorbereiten, den technologischen Prozeß beherrschen lernen, all das gehört dazu. Es wurden Vorschläge erarbeitet, im Zusammenhang mit den staatlichen Aufgaben des künftigen Planjahres frühzeitig und konkret über Investitionsobjekte zu entscheiden. Das soll helfen, sie rechtzeitig vorzubereiten und insbesondere die notwendigen Ausrüstungen vertraglich zu binden.

Die Rang- und Reihenfolge der Investitionen wird stärker von der volkswirtschaftlichen Verflechtung her bestimmt. So wurden besonders Vorhaben berücksichtigt, von denen die Zulieferproduktion, die Versorgung der Bevölkerung, die Produktion neuer hochwertiger Erzeugnisse für die eigene Industrie, für den Export und die Einsparung von Importen abhängen. Immer haben wir dabei die große Bedeutung von Rationalisierungsvorhaben im Auge, die dazu beitragen, Arbeitskräfte freizusetzen, die für andere produktive Tätigkeiten dringend benötigt werden. Objekte mit langer Laufzeit, die über Jahre hinweg Fonds binden, ohne produktionswirksam zu werden, sind nochmals zu prüfen und gründlich durcharbeiten. Natürlich kann man auf sie nicht verzichten, denken wir nur an die Vorbereitung der Braunkohlentagebaue oder an die Kernkraftwerke. Es geht um ein Verhältnis, das den Erfordernissen unserer volkswirtschaftlichen Effektivität entspricht. So muß die Modernisierung des Vorhandenen der Hauptweg zu höherer Leistung sein.

Eng verbunden mit der volkswirtschaftlichen Entwicklung sind die Aufgaben des Umweltschutzes. Zusammen mit den Fortschritten der Technologie, der Rationalisierung und Modernisierung werden sie verwirklicht. Im Prinzip kommt alles, was der Intensivierung dient, auch dem Umweltschutz zugute. Dieses bedeutsame Anliegen muß also im Einklang mit unserer Wirtschaftsstrategie realisiert werden.

Beziehungen zwischen DDR und Sowjetunion erreichen ein qualitativ neues Niveau

Liebe Genössinnen und Genossen!

Einen zentralen Platz bei den Schritten zur weiteren Verwirklichung unserer ökonomischen Strategie nimmt die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der UdSSR ein. Während meiner Begegnung mit Genossen Michail Gorbatschow anlässlich der Oktoberfeierlichkeiten im vergangenen Jahr haben wir übereinstimmend festgestellt, daß die Beziehungen zwischen der DDR und der Sowjetunion ein qualitativ neues Niveau erreichen. Unsere Zusammenarbeit gründet sich auf langfristige Vereinbarungen für gegenseitige Warenlieferungen und Leistungen.

Als wichtigste Grundlage für die planmäßige Entwicklung unserer Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR wie auch mit den anderen Mitgliedsländern des RGW bewährt sich die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne. Dabei werden Wissenschaft, Produktion und gegenseitiger Warenaustausch als untrennbare Einheit behandelt. Das erhöht wesentlich die ökonomische Wirksamkeit. Von Bedeutung für die Stabilität unserer Pläne sind die seit langem bewährten RGW-Preisbildungsgrundsätze, die beibehalten werden. Sie gelten auch für Baugruppen. Das trägt dazu bei, unsere gemeinsame Orientierung auf höchste Effektivität und Qualität wirksam zu unterstützen.

Auf der Grundlage der Pläne werden die Direktbeziehungen zwischen Kombinat, Vereinigungen und Betrieben erweitert. Das darüber im November 1986 abgeschlossene Regierungsabkommen sah 104 Direktbeziehungen vor. Gegenwärtig gibt es bereits über 120 Vereinbarungen für die direkte Zusammenarbeit. Auf ihrer Grundlage werden rund 48 Prozent der im Volkswirtschaftsplan vorgesehenen Exporte der DDR in die UdSSR realisiert. Das ist ein überzeugender Ausdruck der gegenwärtig schon erreichten Dimensionen.

Auch die Direktbeziehungen der Kombinate und Betriebe der DDR mit den Partnern in der ČSSR, der Volksrepublik Polen, der Ungarischen Volksrepublik, der Volksrepublik Bulgarien und der Sozialistischen Republik Rumänien bewähren sich und entwickeln sich gut. Vor allem bestehen sie in den Zweigen der metallverarbeitenden Industrie, aber auch in der Grundstoff- und chemischen Industrie. Sie tragen dazu bei, die in den Abkommen und Verträgen vereinbarte Zusammenarbeit in Wissenschaft und Produktion effektiv zu realisieren.

Ein wesentlicher Bestandteil der Zusammenarbeit ist der Beitrag der DDR zur Erschließung von Rohstoffen und Energieträgern auf dem Terri-

torium der UdSSR. Damit schaffen wir wichtige Voraussetzungen für die kontinuierliche Versorgung unserer Volkswirtschaft. Erst kürzlich wurde das Regierungsabkommen über die Beteiligung der DDR an der Errichtung des Bergbau- und Aufbereitungskombinates Kriwoi Rog unterzeichnet. Die DDR wird dafür vor allem hochproduktive Ausrüstungen liefern. Bis zu 3000 Werktätige unseres Landes werden unmittelbar auf dieser Großbaustelle arbeiten. Einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung unseres Landes leisten die rund 14 000 Werktätigen der DDR, die an der Errichtung der Erdgasleitungen »Progreß« und »Jamburg – Tula I« in der UdSSR beteiligt sind. Im vergangenen Jahr haben sie unter schwierigen klimatischen und geologischen Bedingungen rund 206 Kilometer Erdgasleitung verlegt und gleichzeitig Wohnungen, Kindertagesstätten und -krippen, Schulen und Kaufhallen gebaut, zum Beispiel aus dem WBK Cottbus.

Die Lieferung von Rohstoffen und Energieträgern durch die UdSSR erfolgt jederzeit entsprechend unseren Vereinbarungen. Das erlegt auch jedem Kombinat und jedem Betrieb unseres Landes die Verpflichtung auf, pünktlich und vertragsgerecht die Exportaufgaben gegenüber der Sowjetunion zu erfüllen. Darin sehen wir mehr als eine ökonomische Aufgabe. Es ist zugleich Ausdruck unserer brüderlichen Verbundenheit mit der Partei und dem Lande Lenins.

Liebe Genossinnen und Genossen!

In den Anfangsmonaten des neuen Planjahres ist es von Nutzen, sich etwas eingehender mit den Erfahrungen zu befassen, die der Planverlauf 1987 vermittelt hat. Ich habe schon davon gesprochen, daß sich die Konzentration auf die Schlüsseltechnologien und ihre breite ökonomische Verwertung voll und ganz bewährt haben. Damit wurden die entscheidenden Ausgangspunkte für das weitere wirtschaftliche Wachstum geschaffen. Kennzeichnend für 1987 waren gerade die starken Initiativen, welche die Werktätigen gerade auf diesem Feld entwickelten. In ihnen äußerte sich auch das gewonnene Selbstvertrauen beim Umgang mit modernsten Produktivkräften. Diese positiven Prozesse sind um so mehr Anlaß, alles aus dem Getriebe der Volkswirtschaft zu entfernen, was das Ergebnis solcher Aktivität schmälern könnte.

Die DDR hat 1987 gute ökonomische Fortschritte gemacht, doch in bestimmten Bereichen gab es Reibungen, die oft mit erheblichem Aufwand überwunden werden mußten. Geht man den Ursachen nach, so stößt man nicht selten auf einzelne Kombinate, ja Betriebe, die ihre Planaufgaben nicht erfüllt haben. Die Störungen, die sich daraus herleiten, sind eben viel größer als das Produktionsvolumen, das ein Kombinat schuldig

bleibt. Seine roten Zahlen wirken vielmehr über Stufen hinweg bis weit in die volkswirtschaftlichen Verflechtungen hinein.

Eine wichtige Konsequenz aus alledem besteht darin, den entscheidenden materiellen Positionen des Planes weit größere Aufmerksamkeit zu schenken. Im Plan werden bekanntlich für 400 konkrete Erzeugnisse die Produktionsmenge und Verwendung zentral geplant und bilanziert, weil sie von besonderer gesamtwirtschaftlicher Tragweite sind. Wenn bei über einem Drittel dieser Staatsplanpositionen die Ziele nicht voll realisiert wurden, so behindert das in jedem einzelnen Falle andere bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. 1987 betraf das Positionen wie NKW L 60, Mähdreher, kaltumformende Werkzeugmaschinen, Gefrierschränke, Möbel und Polsterwaren und vieles andere. Dies bringt jene Diskontinuität hervor, welche nicht zuletzt auch die Kosten in die Höhe treibt. Mit einem »allgemeinen Ausgleich« ist wenig geholfen. Es geht um ein konkretes Produkt, das der Abnehmer zu einem bestimmten Zeitpunkt in vertrags-gerechter Qualität benötigt.

Zwingend leitet sich aus alledem her, zurückgebliebene Kombinate und Betriebe so schnell wie irgend möglich wieder zu zuverlässigen Partnern der Volkswirtschaft zu machen. Dieser Begriff sagt sehr deutlich aus, welche weiten Ausstrahlungen heute von einem Planschuldner ausgehen. Mängel in der Leitung, Planung und Organisation des einheitlichen Reproduktionsprozesses müssen durch die Verantwortlichen überwunden werden. Das betrifft die jeweiligen Betriebe und Kombinate, aber auch weitergreifende Zusammenhänge.

Bestimmte Zulieferungen wurden nicht ausreichend entwickelt. Natürlich ist das Verhältnis von Finalproduktion und Zulieferung nicht ein für allemal gegeben. Die vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt geprägten Veränderungen in der Struktur der Endprodukte ziehen quantitativ und qualitativ neue Anforderungen an die Zulieferer nach sich. Eben-diesen komplexen Prozeß gilt es besser zu beherrschen.

Bei wichtigen Positionen wie elektrische Groß- und Mittelmaschinen, Verdichter, Wälzlager, Kabel und Leitungen wurden 1987 die Planziele nicht voll realisiert, aus Ursachen, die von den Kombinat mehr oder weniger leicht zu beeinflussen waren. Es kommt aber hinzu, daß einige dieser volkswirtschaftlichen Zusammenhänge bereits im Plan 1987 durch die Staatliche Plankommission und die Ministerien in dieser Hinsicht ungenügend berücksichtigt wurden. Sowohl die Leiter der staatlichen Organe als auch die Generaldirektoren der Kombinate müssen ihrer Verantwortung für eine bilanzierte, ausgewogene Entwicklung besser gerecht

werden, soll die Produktion kontinuierlich und mit hoher Effektivität bis zu den Finalstufen geführt werden.

Die Folgerungen aus wichtigen Aspekten des Planverlaufs kommen umfassend in den Beschlüssen des Politbüros zum Investitionsgeschehen und zur Entwicklung des Industriebaus zum Ausdruck. In ihnen äußert sich, wie gesagt, die Notwendigkeit, der materiellen Basis, den Produktionsfonds unseres Landes eine hohe Priorität einzuräumen.

Erschwerend wirken auch einige außenwirtschaftliche Faktoren. Wir haben diese Bedingungen in Rechnung zu stellen. Sie können nur Anlaß sein, die Intensivierung der Produktion, unsere ökonomische Strategie mit aller Konsequenz zu realisieren. Erforderlich ist eine noch stärkere Konzentration auf jene Schlüsseltechnologien, die für die künftige Gestaltung des Produktions- und Exportprofils der DDR von grundlegender Bedeutung sind.

Die außenwirtschaftliche Bilanz verweist uns noch auf einen weiteren Aspekt, auf die Senkung des Aufwandes für unsere Erzeugnisse. 1981 bis 1985 stammten 40 Prozent des Zuwachses an Nationaleinkommen aus der Senkung des spezifischen Produktionsverbrauchs. 1987 waren es nur mehr 29 Prozent. Diese abnehmende Tendenz gilt es zu stoppen, wobei wir uns bewußt sind, daß hinter jedem Prozent besserer Material- und Energieökonomie heute mehr wissenschaftlich-technische Leistung steht als noch vor Jahren. Vor allem mit der betrieblichen Forschung gilt es hier voranzukommen. Wir brauchen technologische Verfahren, die im Rahmen der vorhandenen materiellen Basis der DDR einen rationelleren Einsatz des Materials und eine höhere Veredlung der Produktion ermöglichen. Die zentralen Staatsorgane, angefangen von der Staatlichen Plankommission, über das Ministerium für Wissenschaft und Technik bis zu den Industrieministerien, müssen den Kombinatn dabei stärker helfen, neue Ideen in der ganzen volkswirtschaftlichen Tiefe durchzusetzen.

Wenn von außergewöhnlichen Ereignissen die Rede ist, die uns 1987 betroffen haben, kommt man zumeist zuerst auf den strengen Winter zu sprechen. Ich möchte die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß unsere volkswirtschaftlichen Ergebnisse in erheblichem Maße durch Havarien beeinträchtigt wurden, die bei durchaus normalen Temperaturen eintraten, und zwar betrafen sie sowohl ältere als auch hochmoderne Produktionsanlagen. Ihre teilweise erheblichen Auswirkungen gaben Anlaß zu einer umfassenden Analyse der Gründe. So unterschiedlich die Bedingungen im einzelnen auch waren, das Wesentliche läßt sich auf einen knappen gemeinsamen Nenner bringen. In jedem einzelnen Fall wurden die betriebliche Ordnung und die technologische Disziplin gröblich ver-

letzt. Als Punkt eins aller Ursachen ergab sich subjektives Fehlverhalten.

An einem Fall sei das verdeutlicht. Anfang Dezember gab es in der Großversuchsanlage Staubdruckvergasung im Kombinat Schwarze Pumpe einen Brand, der die Anlage erheblich beschädigte. Eine Untersuchung erbrachte, daß dieser Brand hätte vermieden werden können. Er entwickelte sich infolge einer ganzen Kette von subjektiven Fehlhandlungen. Bei Reparaturarbeiten trat Braunkohlenstaub aus, der sich an einer schlecht isolierten Heißdampfleitung entzünden konnte. Von den Reparaturwerkern wurde der Schaden provisorisch behoben. Der Glimmbrand wurde selbst gelöscht, ohne die Feuerwehr zu alarmieren. Doch er schwelte weiter. Neue Fehler ließen wieder Staub austreten, der sich abermals entzündete. Nun konnte sich ein Großbrand entwickeln, der an der Anlage einen Schaden von 8 bis 10 Millionen Mark anrichtete. Tag für Tag waren danach 700 Werktätige des Gaskombinates und seiner Kooperationspartner in 12-Stunden-Schichten rund um die Uhr tätig, um die Trümmer zu beseitigen und alles wieder aufzubauen.

Es war teuer, diese vom Feuer verwüstete Anlage wieder zu errichten. Doch der Schaden, der unserer Wirtschaft durch den Ausfall von Rohstoffen, von Energie und Fertigprodukten entsteht, ist zehn- bis zwanzigmal höher. Teilweise wirken diese Belastungen noch heute nach.

Es mangelte weder an Festlegungen noch an Vorschriften für den komplizierten technologischen Betrieb, wohl aber an der Qualifikation und der technologischen Disziplin, einen solchen Prozeß auch unter ungewöhnlichen Umständen zu leiten und zu beherrschen. Vor allem die Kaderauswahl für so hochsensible und komplexe Anlagen verlangt wesentlich mehr Aufmerksamkeit.

Leistungsvergleich – Methode, um die Ergebnisse der Besten schneller zu verallgemeinern

Liebe Genossinnen und Genossen!

Immer wieder erweist sich, daß die Chancen des wirtschaftlichen Wachstums in den einzelnen Kombinat und Territorien in unterschiedlicher Weise genutzt werden. Mit dem Leistungsvergleich besitzen wir eine zuverlässige Methode, um die Ergebnisse der Besten schneller zu verallgemeinern und alle voranzubringen. Er soll also im eigenen Verantwortungsbereich zu Folgerungen führen, die Fortschritte beschleunigen. Beginnen wir mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität. In 54 Kreisen

ist es gelungen, die Arbeitsproduktivität in den Industriebetrieben um 10 Prozent und mehr zu steigern. Dazu gehören wichtige Industriekreise wie Sömmerda, Erfurt-Stadt, Eisenhüttenstadt, Gera und Weimar sowie die Kreise Geithain und Torgau, die schon im Vorjahr unter den Besten zu nennen waren. Insgesamt haben im vergangenen Jahr 188 der 262 Kreise eine weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt. 124 davon, unter ihnen Schwedt, Roßlau, Wismar-Stadt und Wittstock, verzeichneten ein schnelleres Wachstum der Arbeitsproduktivität im Vergleich zur Nettoproduktion.

Allerdings hat sich die Zahl der Kreise, in denen die Arbeitsproduktivität zurückging, gegenüber 1986 von 17 auf 34 erhöht und damit verdoppelt. Zu den Kreisen, die 1987 eine negative Bilanz aufweisen, gehören Eisleben, Rügen, Borna, Stralsund-Stadt und Templin. Ein geringes Wachstum der Arbeitsproduktivität erreichten Magdeburg, Zittau, Suhl-Stadt, Glauchau und Plauen-Stadt, also einige bedeutende Industriekreise. Gewiß mögen die Bedingungen hier und dort unterschiedlich sein, aber die Steigerung von Produktivität, Effektivität und Qualität bestimmt den Beitrag eines Kreises zur Stärkung der DDR entscheidend.

Von der Steigerung der Arbeitsproduktivität führt uns die Analyse logisch zu der Frage, wieviel Arbeitskräfte durch sozialistische Rationalisierung für neue Aufgaben gewonnen werden konnten. Bezieht man sich auf jeweils 1000 Arbeiter und Angestellte im Kreisgebiet, so haben 1987 56 Kreise 20 und mehr Arbeitskräfte auf diesem Gebiet gewonnen. Interessanterweise zeichnen sich diese Kreise zugleich durch ein überdurchschnittliches Wachstum der Eigenproduktion von Rationalisierungsmitteln aus. Dort werden auch die volkswirtschaftlichen Normen eingehalten, die beim Einsatz von Schlüsseltechnologien für die Gewinnung von Arbeitskräften gesetzt wurden. In diesem positiven Sinne wären beispielsweise Potsdam-Land, Gera-Stadt, Sebnitz, Greifswald-Stadt und Karl-Marx-Stadt zu nennen. In anderen Kreisen, wo diese wichtigen Aufgaben der Intensivierung noch nicht so erfolgreich gelöst werden, ist auch die Zahl der freigesetzten Arbeitskräfte geringer.

Ein wesentlicher Teil dieser Werktätigen wurde für die Schichtarbeit gewonnen, im Interesse der besseren Auslastung unserer wertvollen Grundfonds. Schichtarbeit bedeutet viele Veränderungen und auch manche Belastung für den einzelnen und seine Familie. Um so mehr sind die verantwortlichen Leiter in den Betrieben und Kombinatn verpflichtet, gemeinsam mit den territorialen Organen sich der Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Werktätigen besonders anzunehmen. Dabei kommt dem Berufsverkehr ein wichtiger Platz zu, der ohne unnötige Wartezeiten

verlaufen sollte. Auch während der Nachtschicht erwartet der Arbeiter eine vollwertige Mahlzeit.

Jeder von uns weiß, in welchem Maße die Kontinuität der Arbeit, aber auch Ordnung und Disziplin die Stimmung der Werktätigen und ihre Leistungsbereitschaft beeinflussen. Würden die Maschinen und Anlagen in den Kombinatn der Industrie täglich 10 Minuten länger genutzt, erbrächte das im Jahr rund 6 Milliarden Mark zusätzliche Produktion. Im vergangenen Jahr gingen jedoch in der Industrie durch Ausfallzeiten infolge unentschuldigtem Fehlens und durch Warte- und Stillstandszeiten im Durchschnitt 8,0 Stunden je Berufstätigen verloren. Das bedeutet pro Jahr einen Verlust von etwa 23,0 Millionen Stunden, was dem Arbeitsvermögen von ca. 10 600 Berufstätigen entspricht. Auf das Konto »Unentschuldigtes Fehlen« kommen immerhin 15,9 Millionen Arbeitsstunden.

Bei alledem muß man sagen, daß das vergangene Jahr wieder unzählige Beweise für die hohe Einsatzbereitschaft der Werktätigen gebracht hat, welche die Arbeitsatmosphäre in unserem Lande bestimmt. Um so weniger sollten es die Partei- und Arbeitskollektive hinnehmen, wenn einzelne dieses gute Klima trüben. Schludern und Bummeln bedeutet doch nichts anderes, als auf Kosten des Fleißes seiner Kollegen zu leben.

In ihrer ideologischen Tätigkeit dürfen Partei und Gewerkschaft nirgendwo zulassen, daß der Unterschied zwischen guter und schlechter Arbeit verwischt wird und man über Mißstände hinwegsieht. Gerade im Interesse aller, die diszipliniert und verantwortungsbewußt handeln, muß auch über das gesprochen werden, was gegen diese Normen unseres Lebens verstößt, in den Versammlungen und ebenso in den Spalten der Betriebszeitung. Wirksam können Presse, Rundfunk und Fernsehen dazu beitragen, die öffentliche Meinung zu stärken, die sich gegen Nachlässigkeit wendet und persönliches Engagement für eine hohe Qualität um so höher achtet. Übrigens dient auch unser Arbeitsgesetzbuch den Interessen der fleißigen und ordentlichen Werktätigen, und so soll es genutzt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Der Primärenergieverbrauch stieg im vergangenen Jahr um 2,3 Prozent. Interessanterweise sind nur etwa die Hälfte des Anstiegs der ungünstigen Witterung des vergangenen Jahres zuzuschreiben. Immer wieder zeigen Kontrollen, daß Kontingente überschritten, Rationalisierungsmaßnahmen oder Investitionen zur Einsparung von Energie nicht planmäßig realisiert werden. Solche Verluste können wir uns nicht leisten.

Keine geringen Reserven liegen dabei im Bereich der örtlichen Staatsorgane in den Kreisen, Städten und Gemeinden. Deshalb sollten die Er-

fahrungen von Eisenhüttenstadt wesentlich schneller verallgemeinert werden. Dort wird im Rahmen der territorialen Rationalisierung die Instandhaltung, Wartung und Ausrüstung der Heizungsanlagen im Maßstab des Kreises organisiert. Die entsprechenden Kapazitäten im Territorium werden gemeinsam genutzt und vor allem kleinere Betriebe und Einrichtungen besonders unterstützt.

Was rationeller Energieeinsatz heute bedeutet, zeigen die Initiativen der Zeiss-Werker unter der Losung »Volle Produktion mit weniger Energie«. 1987 erbrachten sie eine Senkung des spezifischen Elektroenergieverbrauchs von 10,2 Prozent. Mit Scheck der Staatsbank wurden 40 080 Megawattstunden zurückgegeben, etwa der jährliche Verbrauch von 11 000 3-Personen-Haushalten. Die Leunawerker haben diese Aktivität im Jahre 1988 aufgenommen, und so sollte überall gehandelt werden. Im Sinne der Energieökonomie gilt es, die modernste Wissenschaft und Technik zu nutzen, aber darüber sollte man nicht vergessen, daß wir es oft einfach noch mit Verschwendung zu tun haben. Jeder hat doch wohl schon erlebt, daß auf Baustellen am Tage die Beleuchtung nicht abgeschaltet wurde. Der Sonne brauchen wir nicht Konkurrenz zu machen, das kommt uns zu teuer.

Was die Senkung des Transportaufwandes angeht, so können uns die Ergebnisse noch nicht überall zufriedenstellen. Beispielhaft arbeitet auf diesem Gebiet der Kreis Neuruppin. Er nutzte die während der vergangenen Jahre in den Kreisen Glauchau, Aue, Sondershausen und Haldensleben gewonnenen Erfahrungen und schuf effektive und umfassende Lösungen im Sinne der Transportoptimierung. Dadurch konnten 1987 etwa 1 Million Tonnenkilometer Gütertransportleistungen und über 80 000 Tonnen Dieselkraftstoff gespart werden. In vielen Kreisen und Städten aller Bezirke wurden außerdem mit Hilfe von Dispatcherzentralen, durch Be- und Entladegemeinschaften die Überschreitungen der Ladefristen verringert und der Wagenumlauf der Eisenbahn beschleunigt.

Vor allem gilt: Was an Ort und Stelle produziert wird, braucht man nicht weit zu fahren. Gerade deshalb ist es wichtig, in den Territorien das eigene Aufkommen an Massenbaustoffen zu erhöhen. Wo es die geologischen Bedingungen zulassen, sollten vor allem Zuschlagstoffe wie Splitt, Kies und Sand mehr und mehr aus dem örtlichen Aufkommen gewonnen werden. Ziegel und andere kleine Wandbaustoffe, aber auch Betonwaren binden ebenfalls viel Transportraum. Er kann gespart werden, wenn vorhandene Anlagen erhalten und modernisiert werden und die Produktion im Kreis einen Umfang erreicht, der ausreicht, das Bauwesen und die Bevölkerung weitgehend selbst zu versorgen. Auch die Kooperation mit

den Nachbarkreisen kann dazu beitragen. Generell ist dem Ansteigen des Transportbedarfs entschieden entgegenzuwirken. Wenn die Transportaufwendungen in den betrieblichen Rechnungen noch zu wenig zu Buche schlagen, sollte man das ändern.

Die Verringerung des Produktionsverbrauchs hat viele Seiten. So sind die Bestände in zahlreichen Betrieben zu hoch, und zwar an Material ebenso wie an unvollendeten Erzeugnissen und Fertigprodukten. Was zuviel ist, muß wieder in den volkswirtschaftlichen Kreislauf zurückgeführt werden. Letzten Endes schlagen sich all diese Faktoren in den Kosten nieder. Ihre planmäßige Senkung bildet eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß in unserer Volkswirtschaft Soll und Haben im richtigen Verhältnis stehen und der Gewinn erwirtschaftet wird, den unsere sozialistische Gesellschaft braucht.

Seit 1971 Wohnbedingungen jedes zweiten Bürgers in der Republik spürbar verbessert

Liebe Genossinnen und Genossen!

Mit dem im Plangesetz 1988 vorgezeichneten dynamischen Leistungswachstum verbindet sich die weitere Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen. Das entspricht der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, die wir kontinuierlich fortführen. Ich möchte hier nur auf einige besonders wichtige Fragen eingehen.

Die Erfüllung des Wohnungsbauprogramms bleibt das Kernstück der Sozialpolitik unserer Partei. Bedeutendes wurde erreicht. Seit 1971 sind mehr als 2,8 Millionen Wohnungen neugebaut beziehungsweise modernisiert und die dazugehörigen Gemeinschaftseinrichtungen geschaffen worden. Die Wohnbedingungen jedes zweiten Bürgers in unserem Lande wurden so spürbar verbessert. Nicht minder wertvoll sind die Fortschritte bei der Erhaltung der Wohnbausubstanz in vielen Städten und Gemeinden. Möglich wurde das durch den beträchtlichen Leistungsanstieg bei Baureparaturen im kreisgeleiteten Bauwesen.

Bei alledem übersehen wir nicht, daß noch viel zu tun bleibt, um die Wohnungsfrage als soziales Problem bis 1990 in der DDR zu lösen. In allen Bezirken, Kreisen und Städten gilt es, in diesem Sinne mit den planmäßigen Mitteln das Bestmögliche für die Schaffung guter Wohnbedingungen zu leisten. 1988 werden über 211 000 Wohnungen neugebaut bzw. modernisiert.

Im Zusammenhang damit entstehen in den Wohnungsneubaugebieten

875 Unterrichtsräume und 40 Schulsporthallen. 13 750 Kindergartenplätze und 6700 Plätze in Kinderkrippen werden neugeschaffen. Der Bau von Verkaufsstellen mit einer Fläche von über 27 000 Quadratmetern und von 251 Arbeitsplätzen für die gesundheitliche Betreuung ist geplant. Zum festen Bestandteil des komplexen Wohnungsbaus gehören auch 27 Jugendklubs. Bedeutende Mittel sind für stadttechnische Versorgung der neuen Wohngebiete mit Energie und Wasser, für den Verkehr und das Post- und Fernmeldewesen sowie für Grünanlagen vorgesehen.

Viele Zweige der Volkswirtschaft haben zu diesem bedeutenden Programm ihren Beitrag zu leisten. Das reicht vom Bauwesen bis hin zur Produktion von Möbeln, Dekorationsstoffen und Gardinen, von Küchenherden, Badewannen und Spülen, Handwaschbecken, Kühlschränken, Lampen, Fußbodenbelägen, Tapeten und vielem anderen. Wenn es einer der verantwortlichen Betriebe an Qualitätsarbeit oder Termintreue in der Produktion fehlen läßt, wenn er nicht vertragsgerecht liefert, dann mindert das die Freude der Menschen und beeinträchtigt die sozialen Wirkungen.

Vielorts beeinflußt das innerstädtische Bauen wohlthuend das Bild und die Lebensfunktionen der Städte. Wir meinen, daß es sich mit Vernunft und Augenmaß noch effektiver gestalten läßt. Ehe man neue Handels- und Dienstleistungseinrichtungen baut, sollte überlegt werden, ob sich die Erdgeschoßzonen vorhandener Gebäude nicht besser nutzen lassen. Stets ist Aufwand und Nutzen klug gegeneinander abzuwägen. Die Rekonstruktion einer alten Wohnung darf uns doch nicht teurer zu stehen kommen als eine Neubauwohnung. Beides muß auch ökonomisch gegeneinander aufgewogen werden. Gültig bleiben die staatlichen Aufwandsnormative und nicht etwa das Motto: »Koste es, was es wolle«. Unsere große Aufmerksamkeit für die Belange des Denkmalschutzes ist bekannt, aber weder ökonomisch noch kulturhistorisch läßt es sich vertreten, aus jedem alten Gebäude ein Museum zu machen.

Letzten Endes ist im Territorium das günstigste Verhältnis von Neubau, Modernisierung und Erhaltung zu bestimmen, um die soziale Wirksamkeit des Wohnungsbaus weiter zu steigern. Dabei kommt der Instandsetzung und Modernisierung der vorhandenen Wohnbausubstanz ein immer höherer Rang zu. Gerade angesichts der vielen neuen Wohnungen wachsen die Bedürfnisse der Bewohner auch in dieser Hinsicht. Besonders Augenmerk verlangen die Altbauwohnungen in städtischen Mehrfamilienhäusern. Einige Kreise haben Rückstände bei den Dachinstandsetzungsprogrammen zugelassen, was zu Verärgerungen und zu Verlusten an Wohnbausubstanz führt. Es hängt also viel davon ab, die Leistungen

des: kreisgeleiteten Bauwesens einschließlich der Gebäudewirtschaftsbetriebe und des Bauhandwerks energisch zu entwickeln.

▮ Dabei verbietet es sich von selbst, geplante Fonds des komplexen Wohnungsbaus in andere Kanäle umzuleiten. Grundsätzlich ist das zu unterbinden, und die im Plan vorgesehenen Objekte sind termingerecht zu übergeben. Wieviel Aufmerksamkeit das erfordert, unterstreicht allein die Tatsache, daß 1987 2786 Neubauwohnungen am Plan fehlen. Während die Mehrzahl der Bezirke und Kreise ihre Aufgaben erfüllte, wurden in der Hauptstadt 2471 geplante Neubauwohnungen nicht fertiggestellt. 580 sind es im Kreis Freital, 324 in Dresden-Stadt, 322 in Roßlau, 285 in Eisleben, 231 in Borna, 219 in Jena-Stadt und 219 in Schwerin-Stadt. Hinzu kommt eine nicht unerhebliche Anzahl Gemeinschaftseinrichtungen, vor allem Kinderkrippen- und -gartenplätze sowie Unterrichtsräume.

Letzten Endes entscheidet der Leistungsanstieg des Bauwesens über die Fortschritte beim Wohnungsbauprogramm. Wie die politische Führung dieses ökonomischen Prozesses wirksam erfolgt, wurde in der Stellungnahme des Politbüros zum Bericht der Bezirksleitung Magdeburg gründlich dargelegt. Diese Schwerpunkte sind aus einem reichen Erfahrungsschatz abgeleitet und erfordern überall eigene, den örtlichen Gegebenheiten Rechnung tragende Schlußfolgerungen. So erweist es sich für die örtlichen Räte als unerlässlich, durch städtebaulichen Vorlauf und eine gute Standortvorbereitung die Bedingungen für ein produktives und kontinuierliches Bauen zu schaffen, das den Prinzipien der Takt- und Fließfertigung entspricht. Das ist ein Hauptweg zur Senkung des Bauaufwandes.

Immer wichtiger wird es für die Wohnungsbaukombinate und Tiefbaukombinate, mit neuen Erzeugnissen die DDR-Bestwerte zu erreichen und zu unterbieten – ob es nun um den Arbeitszeitaufwand, den Stahl- und Zementeinsatz oder den Energieaufwand für die Raumheizung geht. In noch viel größerer Breite sollte genutzt werden, was 1987 auf der Bauausstellung an Spitzenleistungen und Einsatzmöglichkeiten der Schlüsseltechnologien gezeigt wurde. Das A und O bleibt solide Qualitätsarbeit von der Architektur bis zur fachgerechten Bauausführung. Hohe Qualität und sinkende Kosten müssen dabei Hand in Hand gehen. Noch viel zu oft wird die Effektivität durch umfangreiche Nacharbeiten beeinträchtigt. Insgesamt wurde 1987 im kreisgeleiteten Bauwesen ein Wachstum der Bauproduktion von 3,2 Prozent, eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 5,1 Prozent und eine Senkung der Selbstkosten um 1,0 Prozent erreicht.

Weiterhin setzen wir unsere Politik fort, das genossenschaftliche und

private Bauhandwerk zu fördern. Immer wichtiger wird dabei die Rationalisierungshilfe. Um die Bauarbeiten noch schneller zu entwickeln, sollten beträchtliche Kapazitäten des genossenschaftlichen und privaten Handwerks in dieser Richtung profiliert werden.

Schlüsseltechnologien in größerem Umfang für Konsumgüterfertigung nutzen

Liebe Genossinnen und Genossen!

Einen wesentlichen Einfluß auf das tägliche Leben haben Handel und Versorgung mit ihrem Angebot. Seit 1980 wuchs der Einzelhandelsumsatz um fast 22 Milliarden Mark auf 121,8 Milliarden Mark 1987. Die DDR gehört nach wie vor zu den Ländern mit wachsendem Realeinkommen, und der Verbrauch an Konsumgütern steigt bei uns weiter an.

Gerade auf diesem Gebiet tragen sowohl die verschiedensten Bereiche der Volkswirtschaft als auch alle territorialen Organe bis hin zu den Gemeinden eine wesentliche Verantwortung. In vielen Kombinatn werden große Anstrengungen unternommen, gefragte Konsumgüter in hoher Stückzahl zu entwickeln und zu produzieren. So wurde beispielsweise bei Kühlschränken, Waschmaschinen, Rundfunk- und Fernsehgeräten ein Ausstattungsgrad der Haushalte erreicht, der sich auch international sehen lassen kann. Neue, teilweise bedeutende Kapazitäten wurden aufgebaut, um mehr Heimwerkermaschinen, Wohnraumleuchten und Haushaltporzellan herzustellen. Ein beständiges Angebot an Grundnahrungsmitteln und weiteren Erzeugnissen des täglichen Bedarfs gilt als ein selbstverständlicher Bestandteil des Lebens, und so soll es bleiben.

Noch gibt es andererseits manches, was in bezug auf die Produktion von Konsumgütern und ihr Angebot nicht zufriedenstellt. Bei dem einen oder anderen Artikel entstehen mitunter unverständliche Versorgungslücken, was die Kunden verärgert. Mit Recht erwarten sie, daß Produktion wie Handel in solchen Fragen rechtzeitig entscheiden, um Störungen zu vermeiden, beziehungsweise wenn sich Lücken abzeichnen, zügig reagieren. Mit den beträchtlich gewachsenen Geldeinnahmen entwickelt und verändert sich natürlich auch die kaufkräftige Nachfrage. Wissenschaft und Technik erweitern die Möglichkeiten und wecken neue Ansprüche an das Sortiment hochwertiger technischer Konsumgüter. Versprechungen und Absichtserklärungen helfen hier wenig. Die wichtigste Antwort bleibt: größere Leistungen, bedarfsgerechte Produktion und kundengerechtes Angebot. Manchmal eilen die Wünsche den Produktionsmöglich-

keiten voraus. Das muß offen gesagt werden, auch das gebietet der Realismus.

Zweierlei steht jetzt im Vordergrund. Zum einen müssen überall die im Volkswirtschaftsplan festgelegten Aufgaben der Konsumgüterproduktion und des Handels, die entsprechenden Zulieferungen in Umfang, Struktur und allen Positionen materiell vollständig gesichert, vertraglich vereinbart und termingerecht realisiert werden. Die kontinuierliche Produktion und der für die Versorgung notwendige Rhythmus der Belieferung des Handels ist also zu gewährleisten. Zum anderen gilt es, zugleich mit dem Blick auf die 90er Jahre weitere Grundlagen dafür zu schaffen, daß die sich stürmisch entwickelnden Schlüsseltechnologien in bedeutend größerem Umfang für die Produktion von Konsumgütern genutzt werden.

Die wichtigste Grundlage eines attraktiven Angebots bildet die steigende Produktion, und das erfordert immer häufiger, modernste Technik zu beherrschen. So haben wir im Einklang mit dem Wohnungsbauprogramm erhebliche Mittel bereitgestellt, um die Möbelindustrie zu rationalisieren. Eine Anzahl von Betrieben erzielte damit beträchtliche Steigerungsraten. Andere blieben jedoch unter den angestrebten Zielen. Dort wurden die Rationalisierungsvorhaben ungenügend geplant und geleitet. Man verzettelte die Ressourcen. Einige Aggregate arbeiten mit höchster Produktivität, aber die vor- und nachgelagerten Abschnitte halten nicht Schritt. Es kommt keine Gesamtlösung und damit kein Gesamtfortschritt zustande.

Daraus wurden generelle Schlußfolgerungen für die Leitung umfassender Rationalisierungsobjekte gezogen, bis hin zur Vorbereitung der Kader auf die neueste Technik. Von den betreffenden Möbelbetrieben erwarten wir, daß sie die Sache zu Ende führen, daß Aufwand und Ergebnis in ein vernünftiges Verhältnis kommen und vor allem eine spürbare Mehrproduktion von Wohnraummöbeln gewährleistet wird. Die Betriebsdirektoren sind hier ebenso angesprochen wie die Generaldirektoren der Kombinate und die Verantwortung des zuständigen Ministers.

1988 sind für die Entwicklung der Konsumgüterproduktion hohe und anspruchsvolle Ziele gestellt. Um so bedeutsamer sind Vorhaben zur zusätzlichen Produktion bei gefragten Sortimenten. Nach gründlicher Prüfung der Möglichkeiten hat die Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der SED eine Initiative ausgelöst, um in den Betrieben des Bezirkes 1988 insgesamt für 300 Millionen Mark Konsumgüter über den Plan hinaus zu produzieren. Die Palette dieser Erzeugnisse reicht von Kühlschränken und Waschmaschinen über Stereoempfänger, Wohnraumleuchten, Trikotä-

gen, Strumpfwaren, Gardinen, Gitarren bis zu einem breiten Sortiment von Spielzeug und Kulturwaren.

Große Aufmerksamkeit wird der Jugendmode geschenkt. Wir sind dafür, das bewährte Prinzip spezieller Betriebe für die Jugendmode beizubehalten und auszubauen, die Initiative und Verantwortung der jungen Menschen bei der Gestaltung und Produktion ihrer Mode zu erhöhen und die Zusammenarbeit der verantwortlichen Leiter mit der Freien Deutschen Jugend noch wirksamer zu gestalten. Uns geht es um mehr Erzeugnisse, die den Vorstellungen der Jugend entsprechen, um ein breites und differenziertes Angebot auf diesem wichtigen Gebiet.

Wie sich zeigt, wurde die Initiative von Karl-Marx-Stadt von vielen in der Republik als ein Anstoß verstanden, selbst über weitere Möglichkeiten nachzudenken. So hat sich die Bezirksparteiorganisation Erfurt die Aufgabe gestellt, für 250 Millionen Mark Konsumgüter über den Plan zu erreichen. Unterdessen fand eine Initiativberatung Berliner Bestarbeiter statt, deren Motto lautete: »Kurs DDR 40: Mehr Konsumgüter aus Berlin«. Im Ergebnis sollen für 140 Millionen Mark Konsumgüter zusätzlich für die Bevölkerung produziert werden. Das entspricht der Verantwortung der Hauptstadt. Generell muß man feststellen, daß der Weg zu mehr Konsumgütern nur über höhere Leistungen durch Rationalisierung führt.

Insgesamt erwachsen aus den Versorgungsaufgaben weitergehende Anforderungen an die ökonomischen Beziehungen zwischen Industrie, Landwirtschaft und Handel. In letzter Zeit wurden der Direktbezug bedeutend erweitert und neue Formen der Kooperation wirksam. Das betrifft sowohl die Beziehungen zwischen den CENTRUM-Warenhäusern und Industriekombinaten als auch zwischen den Handelseinrichtungen und den im Einzugsbereich der Städte und Gemeinden liegenden Betrieben der Produktion, von Handwerk und Gewerbe.

Als immer wesentlicher erweist sich die Vertragsdisziplin in der Zusammenarbeit von Großhandel und Einzelhandel. Auch einige Vorgänge der letzten Zeit zeigen doch, daß der Lieferbereitschaft und Vertragstreue entschieden mehr Aufmerksamkeit gelten muß. Vertragsverletzungen wirken gegen den Plan, verschulden Lücken im Angebot, bringen zusätzliche Mühe für den Kunden. Für die Volkswirtschaft wird es letzten Endes teurer und aufwendiger, meist werden sogar mehr Waren gebraucht. Die Nagelprobe für die Erfüllung des Versorgungsplanes kann doch nur sein, wie konsequent die Lieferverpflichtungen eingehalten und die Waren den Käufern rechtzeitig im Handel angeboten werden. Diesem Ziele sowie der weiteren Verbesserung der ökonomischen Ergebnisse dient der Euch übermittelte Beschluß des Politbüros zur Vervollkommnung der Leitung,

Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung im Zusammenwirken von Produktion und Handel. In Beratungen wie der heutigen haben wir uns wiederholt mit Aufgaben und der wachsenden Rolle der territorialen Versorgung beschäftigt. Die Torgauer Initiative hat uns ein Stück vorangebracht. Inzwischen gibt es in allen Kreisen entsprechende Beschlüsse und Maßnahmen. Die spürbare Verstärkung der Eigenversorgung mit Frischwaren, überhaupt die Entwicklung und stärkere Förderung der verbrauchernahen Produktion, die ansprechendere Gestaltung Tausender von Handelseinrichtungen in Stadt und Land, Hunderte wiedererstandene Märkte, all das findet den Zuspruch der Bürger.

Wie aus örtlichen Initiativen zusätzliche Reserven fließen können, zeigt das Beispiel der Backwarenkombinate Karl-Marx-Stadt und Dresden, die zusätzlich zu ihrer Frischproduktion jetzt auch Dauerbackwaren herstellen. Hier wurde der richtige Weg beschritten. Als nämlich Bedarf und Produktion in dieser wichtigen Position der Grundversorgung nicht voll übereinstimmen, haben diese Bezirke und Kreise ihre Verantwortung wahrgenommen. Anstatt nach Importen zu rufen, wurde das Eigenaufkommen erhöht.

Die Torgauer Maßstäbe sind allerdings noch nicht in allen Kreisen zur bestimmenden Norm geworden. Zugleich wird deutlich, daß wir künftig noch ein Stück weitergehen müssen. Das betrifft die gezielte Rationalisierung und leistungsfördernde Rekonstruktion in der Obst- und Gemüsewirtschaft, von Fleischwaren- und Backwarenbetrieben sowie die rationellere Gestaltung des Transports und der Lagerwirtschaft auch beim Industriewaren Großhandel. Dazu gehört selbstverständlich auch künftig, das Verkaufstellennetz den örtlichen Bedingungen entsprechend zu gestalten, ebenso die Öffnungszeiten und die Urlauberversorgung. Intensiv muß auf die weitere Verbesserung der Arbeiterversorgung und der Schulspeisung hingewirkt werden.

Die beste Absicht geht nur dann auf, wenn jeder an seinem Platz die eigene Verantwortung wahrnimmt. So wurden Maßnahmen getroffen, um zusätzlich 3,5 Millionen Paar Kinderstraßenschuhe aus der Eigenproduktion bereitzustellen. In den Betrieben des Schuhkombinates wird alles dafür getan, um dieser wichtigen Aufgabe für die Volkswirtschaft wie für die Versorgung Rechnung zu tragen. Doch die vorgesehenen Investitionsvorhaben werden durch die festgelegten Baukombinate, die bezirklichen und kreislichen Kapazitäten nicht fristgemäß fertiggestellt. So teilte Ende des Jahres der Generaldirektor des Kombimates mit, daß die für 1987 geplanten 13 Bauobjekte bis auf eine Traglufthalle nicht fertiggestellt werden. Mit 3 Leichtbauhallen wurde begonnen. Alle übrigen Objekte beginnen

erst 1988 und werden teilweise erst 1989 fertig. Zum Teil gibt es Verzögerungen von einem halben Jahr und mehr.

Das bedeutet für die Werktätigen in den Schuhbetrieben, daß das Verpacken der Schuhe unter erschwerten Bedingungen, auf Fluchtwegen, in Gängen, in Treppenhäusern und in Sozialgebäuden stattfindet. Fertigwaren werden unter freiem Himmel gelagert und gegen Witterungsunbilden nur provisorisch geschützt. Ähnliches gibt es übrigens auch anderswo. Im VEB IFA-Vertrieb Potsdam zum Beispiel standen, wie mir eine Parteisekretärin in einem Brief schrieb, neue Fahrräder im Freien. Bei den Produktionskollektiven stößt das auf Unverständnis, und ich möchte sagen, bei uns auch.

In der Zwischenzeit wurden in bezug auf das Schuhkombinat die notwendigen Maßnahmen zur Veränderung der Situation geschaffen, doch uns geht es um die Einstellung. Diese Objekte wurden im Zusammenhang mit der zusätzlichen Produktion zentral entschieden und bilanziert, und niemand hat das Recht, die Entscheidungen nicht durchzuführen. Wir erwarten, daß jede Kreisleitung ihre Parteikontrollpflicht in diesem Punkt gewissenhaft wahrnimmt.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Es ist an der Zeit, zu überlegen, wie das große Potential unserer Konsumgenossenschaften mit ihren mehr als 4,6 Millionen Mitgliedern und 191 000 ehrenamtlichen Funktionären noch besser genutzt werden kann. Wir sind daran interessiert, daß vor allem die Möglichkeiten systematisch entwickelt werden, die sich aus der engen Verbindung von genossenschaftlicher Produktion und genossenschaftlichem Handel ergeben. Immerhin sind in den Konsumgenossenschaften ein Drittel der Brot- und Backwarenproduktion und mehr als ein Viertel der Produktion von Fleisch- und Wurstwaren, insgesamt 5,7 Milliarden Mark industrieller Warenproduktion, konzentriert. Deshalb sollte jetzt in jedem Kreis vor Kreisdelegiertenkonferenzen und dem Genossenschaftstag beraten werden, wie die Konsumgenossenschaften einen größeren eigenen Beitrag zur besseren Versorgung in Stadt und Land leisten können. Jedes Mitglied wird entsprechend den Beschlüssen der gewählten Genossenschaftsorgane am Gewinn beteiligt.

Von prinzipieller Bedeutung gerade für die Versorgung sind, das möchte ich noch einmal unterstreichen, die volle Integration und die noch stärkere Förderung der entsprechenden genossenschaftlichen Einrichtungen und handwerklichen Betriebe. Das ist nach unserer Erfahrung wichtig für die Erhöhung der Lebensqualität, die Geborgenheit in unserem Staat, die Heimatliebe. Manche Engstirnigkeit und auch einige an-

dere Hemmnisse sind noch zu überwinden. Konsequenterweise fortgesetzt wird unsere Politik zur Förderung und Unterstützung privater Gastwirte und Einzelhändler, vor allem der sogenannten Familienbetriebe. Das ist nicht nur von Bedeutung für Urlaubergebiete, den Ausflugsverkehr und den ambulanten Handel. Großzügiger gefördert werden sollten auch solche beliebten Einrichtungen wie zum Beispiel Bäckereien mit kleinem Café, Gaststätten mit Fleischerei, Eisdielen.

In jedem Kreis sollte die Lage auf diesem Gebiet geprüft und sollte überlegt werden, wie das Leistungsvermögen der genossenschaftlichen und privaten Handwerksbetriebe, Einzelhändler und Gastwirte noch wirksamer gefördert werden kann, um die Versorgung der Bevölkerung weiter zu verbessern und Reparaturen und Dienstleistungen im notwendigen Umfang zu gewährleisten. Hier mehr Raum zu geben liegt im Interesse der Bürger und ist nicht zuletzt für die Volkswirtschaft vorteilhaft. Die Genossenschaften und Handwerksbetriebe sollten als Anreiz für hohe Leistungen steuerliche Begünstigungen erhalten. Das gilt auch für alle anderen privaten Betriebe, Geschäfte und Gaststätten, die einer guten Versorgung dienen.

Industriekombinate sind auf die Zukunft gut vorbereitet

Liebe Genossinnen und Genossen!

Mit den volkseigenen Kombinatensystemen beschritten wir den Weg, die moderne sozialistische Industrieproduktion zu organisieren und sie eng mit Wissenschaft und Forschung zu verbinden. Gestützt auf diese Kombinate, die ständig weiterentwickelt wurden, gelang es Anfang der 80er Jahre, die Intensivierung der Produktion zur entscheidenden Grundlage unseres Wirtschaftswachstums zu machen. Gegenwärtig bilden diese starken Wirtschaftseinheiten die Hauptkraft, um die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Schlüsseltechnologien voll auszuschöpfen. In diesem Prozeß vervollkommen wir wiederum ihre Struktur.

Naturngemäß spielen dabei die Erfahrungen der fortgeschrittensten Kombinate eine besondere Rolle, deshalb möchte ich etwas näher auf sie eingehen. Nehmen wir das Beispiel des Kombinates Robotron, das mit über 68 000 Beschäftigten zu den größten und leistungsstärksten gehört. Seit mehreren Jahren nimmt es bei den Kennziffern der Nettoproduktion, der Arbeitsproduktivität und der industriellen Warenproduktion in unserer Volkswirtschaft eine Spitzenposition ein. Erwähnt sei nur, daß in die-

sem Kombinat der elektronischen Rechentechnik die Nettoproduktion von 1983 bis 1987 jährlich im Durchschnitt um jeweils 20 Prozent stieg.

Wichtig ist, daß der Generaldirektor, gestützt auf sein Kollektiv, den Erneuerungsprozeß umfassend organisiert, das materielle und geistige Potential des Kombinates auf hohe wissenschaftlich-technische Ergebnisse richtet, und zwar bei den Erzeugnissen ebenso wie bei den Technologien. Zuallererst erwächst die ökonomische Kraft von Robotron aus der Konsequenz, mit der hier darauf orientiert wird, neue und neueste Erzeugnisse in die Produktion zu überführen und dabei hohe Stückzahlen zu erreichen. 1987 wurde ein Erneuerungsgrad der Produktion von 41,6 Prozent verzeichnet, solide fundiert, durch bessere Gebrauchswerte der entwickelten Produkte und sinkende Herstellungskosten.

Bewährt hat sich, daß mit dem VEB Robotron Dresden im Kombinat ein Stammbetrieb geschaffen wurde, der sich durch Leistungen bestätigt und zum Vorbild des ganzen Kombinates heranwächst. Von ihm aus werden das Zusammenspiel und die dynamische Entwicklung der 20 Betriebe organisiert, die ökonomisch und juristisch selbständig sind und ihren eigenen Namen tragen. Die volkseigenen Betriebe Robotron »Ernst Thälmann« Sömmerda, Buchungsmaschinenwerke Karl-Marx-Stadt, Rechenelektronik Meiningen und viele andere kennt man in unserem Lande und weit darüber hinaus. Zu Recht sieht der Generaldirektor von Robotron im hohen Standard jedes einzelnen Betriebes eine Grundvoraussetzung für das Entwicklungstempo und die wissenschaftlich-technische und ökonomische Position des ganzen Kombinates. Wir wissen die Arbeit der Kreisleitungen zu schätzen, die durch ihre ideologische Tätigkeit die Bereitschaft der Betriebskollektive stärken, so progressive Anforderungen zu erfüllen. Fest verwurzelt in den Territorien, bestimmen diese Betriebe oftmals das soziale Gesicht von Städten und Gemeinden, ja ganzer Gebiete. Das politische Klima in ihren Kollektiven wirkt sich also auf viele Prozesse im Kreis aus.

Bei Robotron gelten anspruchsvolle Maßstäbe. Der Generaldirektor orientiert darauf, mit neuen Erzeugnissen der Rechentechnik gegenüber den vergleichbaren Vorgängern die Zuverlässigkeit um den Faktor 1,5 zu erhöhen, das Leistungs-Kosten-Verhältnis auf zwei zu steigern, den spezifischen Materialeinsatz um 50 Prozent und den Energieverbrauch um 30 bis 60 Prozent zu senken. Diese Zielstellungen nehmen vor allem in den Betrieben ihre konkrete Gestalt an.

Das Leistungswachstum im Kombinat wird durch rasche Steigerung der Arbeitsproduktivität gewährleistet. Arbeitskräfte, die für Neuproduktionen gebraucht werden, gewinnt man durch Rationalisierung im eige-

nen Betrieb. Auf diese Weise werden auch Werktätige für die Stärkung der Zulieferbasis, die Konsumgüterproduktion und die bessere Auslastung hochwertiger Produktionsanlagen freigesetzt. Allein im Büromaschinenwerk »Ernst Thälmann« Sömmerda wurden durch CAD/CAM-Lösungen 160 Arbeitskräfte für andere Aufgaben gewonnen. Im gesamten Kombinat sparte man 1986 mit Hilfe der sozialistischen Rationalisierung und der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation 2500 Arbeitskräfte, die an anderer Stelle dringend gebraucht wurden. Das sind immerhin 3,7 Prozent der gesamten Belegschaft. Alle diese Werktätigen wurden in Produktionsbereichen eingesetzt.

Die gleiche hohe Aufmerksamkeit für den effektiven Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens widerspiegelt sich in einem ständigen Qualifizierungsprozeß. In den Betrieben von Robotron haben in einem Jahr 31 Prozent der Belegschaft, also etwa 21 000 Werktätige, an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen. Wer so vorsorgt, wird von neuen technischen Anforderungen nicht überrascht.

Mit der Planerfüllung von heute heißt es zugleich, die Voraussetzungen für den Leistungsanstieg von morgen und übermorgen zu schaffen. Diese vorausschauende Arbeitsweise gehört überhaupt zur erfolgreichen Kombinatpraxis. Sie wurde unterstützt, als Robotron begann, nach dem Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel zu arbeiten. Aufwand und Ergebnis in der Produktion nahmen sich nun immer weniger als bloße Rechengröße aus, bestimmen sie doch zunehmend die realen ökonomischen Bedingungen der erweiterten Reproduktion des Kombinats und seiner Betriebe. Bei Robotron prägte das schon den Charakter der Plandiskussion 1988, in deren Ergebnis die vorgegebene Nettoproduktion mit dem Planentwurf um 210 Millionen Mark überboten wurde. Angesichts der Eigenerwirtschaftung bringt das gewissermaßen an Ort und Stelle mehr Handlungsspielraum für die Modernisierung der Produktion wie für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen.

Dieser weitreichende Schritt zur Vervollkommnung der wirtschaftlichen Rechnungsführung lenkt alle Verantwortlichen darauf, noch tiefer in die ökonomischen Prozesse einzudringen und nach deren Erfordernissen zu handeln. Zunächst ist damit die Leitungstätigkeit in Kombinat und Betrieb angesprochen, aber ebenso das Wirken der Parteiorganisationen, der Gewerkschaft, der FDJ und der Kammer der Technik. Parteiarbeit muß in diesen großen Wirtschaftseinheiten den Willen der Kollektive stärken, Spitzenerzeugnisse zu erzielen, sie schnell in die Produktion einzuführen, bedarfsgerechte Stückzahlen zu erreichen und das bei niedrigen Herstellungskosten. Interessante Formen haben sich herausgebildet

und bewährt, jährliche Parteiaktivtagungen, ehrenamtliche Kommissionen für Wissenschaft und Technik, Parteiaktive für die Bewältigung größerer Rationalisierungsmaßnahmen, die Tätigkeit der Vertrauensleute der Gewerkschaften und vieles andere mehr.

Eine weitsichtige Arbeit, wie sie für die große Mehrzahl der Kombinate charakteristisch ist, sichert den planmäßigen Verlauf der Produktion und vermeidet Rückstände. Treten dennoch Störungen auf, heißt es, sie mit der ganzen Kraft des Kombinates zu überwinden. Das kann auch erfordern, zeitweilig Kräfte aus anderen Bereichen einzusetzen. Bei aller gebotenen Eile dürfen das persönliche Gespräch mit den Menschen, die Überzeugungsarbeit zur Mobilisierung der Leistung jedes einzelnen nicht zu kurz kommen.

So differenziert sich die Industriekombinate entwickeln, insgesamt zeigt sich, daß sie auf die Anforderungen der Zukunft gut vorbereitet sind. Ihr wissenschaftlich-technisches und ökonomisches Potential versetzt sie in die Lage, eine zunehmend größere volkswirtschaftliche Verantwortung wahrzunehmen. Viele stehen in dieser Hinsicht dem Robotron-Kombinat in keiner Weise nach. Für ihre Leistungsfähigkeit bekannt sind Kombinate wie Carl Zeiss Jena, Mikroelektronik Erfurt, Elektronische Bauelemente Teltow, das Bandstahlkombinat »Hermann Matern« Eisenhüttenstadt mit dem Konverterstahlwerk »Ernst Thälmann«, das Mansfeld Kombinat »Wilhelm Pieck« Eisleben, das Rohrkombinat Riesa, das Metalleichtbaukombinat, das Flachglaskombinat Torgau und das Kombinat für Haushaltgeräte Karl-Marx-Stadt und andere.

Die weiteren Anforderungen werden von der raschen Entwicklung der modernen Produktivkräfte bestimmt, die sich weltweit vollzieht. In diesen Kombinaten gilt es, den Kreislauf des einheitlichen Reproduktionsprozesses immer qualifizierter zu leiten. Schon jetzt entsteht der größte Teil der materiell-technischen Voraussetzungen für neue Erzeugnisse und Verfahren im eigenen Rationalisierungsmittelbau der Kombinate. Nun erreicht er ein höheres Niveau, vor allem bestimmt durch das Einfließen moderner Mikroelektronik. Dabei wird die spezifische Software immer mehr im eigenen Hause entwickelt, werden unkonventionelle, tragfähige Lösungen gefunden und an Ort und Stelle realisiert. Die eigene Außenhandelstätigkeit der Kombinate, der kurze Draht zu den internationalen Märkten tragen entscheidend dazu bei, solche Erzeugnisse zu entwickeln und herzustellen, die den Kundenwünschen entsprechen, die Auftragsbücher füllen und gute Erlöse bringen.

Weiter gestärkt wird die wissenschaftlich-technische Basis der Kombinate. Hohe eigene Leistungen bilden die Grundlage dafür, die Koopera-

tion mit den Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften und des Hochschulwesens noch fruchtbringender zu gestalten. Das Netz der vertraglichen ökonomischen Beziehungen, das die Kombinate untereinander und mit vielen anderen Partnern verbindet, bringt jene Konzentration von wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Kraft, jene Flexibilität und Effizienz hervor, die es uns gestattet, in den Bereich der modernen Hochtechnologie vorzustoßen, sich dort erfolgreich zu bewegen und an wichtigen Abschnitten vordere Positionen einzunehmen.

Die Verantwortung des Kombinatdirektors ist mit diesen Entwicklungen erheblich gewachsen, die des Ministers hat sich aber dabei nicht verringert. Im Gegenteil. Es hängt sehr viel davon ab, wie er seine Aufgabe wahrnimmt, die Kombinate bei ihren Bemühungen um höchste Leistungen zu unterstützen und dafür klare strategische Ziele zu stellen. Zeichnen sich Störungen ab, etwa in den Zulieferbeziehungen, hat er diese Fragen unverzüglich im Ministerrat zur Sprache zu bringen, um die notwendigen Entscheidungen herbeizuführen. Der kontinuierliche Leistungsanstieg erfordert ein solches Ineinandergreifen der verschiedenen Leitungsebenen, wobei jeder seine Verantwortung voll erfüllt und vorausschauend eine dynamische Entwicklung gewährleistet.

Das gilt für die Durchführung der Planaufgaben des Jahres 1988 wie für die Vorbereitung des Volkswirtschaftsplanes 1989. Bereits jetzt müssen die bestimmenden ökonomischen Prozesse festgelegt werden, um die entscheidenden Voraussetzungen für das weitere Leistungswachstum zu sichern. Deshalb wurde festgelegt, in Wissenschaft und Technik jene Aufgaben zu fixieren, die über neue Erzeugnisse und Technologien das wirtschaftliche Wachstum und die Effektivität 1989 und darüber hinaus tragen. Zugleich sind die ausschlaggebenden Industrieinvestitionen nach Objekten zu bestimmen, damit rechtzeitig die notwendigen Verträge mit den Anlagelieferanten und den Baubetrieben abgeschlossen werden können und kein Tempoverlust eintritt.

Diese Entscheidungen sollten bereits im März, spätestens im April des Jahres 1988 getroffen werden, damit von Jahresbeginn an voll mit der projektierten Leistung produziert werden kann. Bereits für die Durchführung des Planes 1988 liegt kontrollfähig für jeden Minister, für jedes Kombinat vor, welche ökonomischen Ergebnisse durch die Realisierung wissenschaftlich-technischer Maßnahmen zu erzielen sind, und zwar sowohl bei der Erneuerung der Erzeugnisse als auch bei der Einführung neuer Technologien. Auf diesen Aufgaben beruht der Plan, sie sind in die Bilanzen eingegangen. Die Realisierung der ökonomischen Ergebnisse, die aus den Aufgaben in Wissenschaft und Technik hervorgehen, gilt es genauso

straff und regelmäßig zu kontrollieren wie die laufende Produktion. So entstehen Voraussetzungen, die geplanten Leistungen nicht nur zu erreichen, sondern gezielt zu überbieten.

Die ökonomische und soziale Stabilität unseres Landes ist mit der sozialistischen Planwirtschaft gewachsen

Liebe Genossinnen und Genossen!

Um die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik weiter erfolgreich zu verwirklichen, vervollkommen wir unsere sozialistische Planwirtschaft. In den Erfahrungen unseres Volkes verbindet sie sich mit Werten wie wirtschaftliche Dynamik, soziale Sicherheit, Vollbeschäftigung, unentgeltliche Bildung und Gesundheitsfürsorge, mit Vorhaben von der Dimension unseres Wohnungsbauprogramms. Die ökonomische und soziale Stabilität unseres Landes ist mit der sozialistischen Planwirtschaft gewachsen.

Wir sind Zeuge, wie der Zeigerausschlag an den Börsen westlicher Länder ganze Vermögen vernichtet und letzten Endes über das Schicksal von Millionen Menschen entscheidet. Der kapitalistische Markt mit seinem angeblich freien Spiel der Kräfte erweist sich erneut vor aller Augen als Synonym für Ausbeutung, Existenzangst und Massenarbeitslosigkeit. Neue Armut als Preis für die Bereicherung der Besitzenden, das widerspricht unserem Wertgefühl. So können Ratschläge aus jener Richtung niemanden überzeugen. In der sozialistischen Planwirtschaft steht wissenschaftlich-technischer und ökonomischer Fortschritt mit dem Recht auf Arbeit in Einklang. Die Werktätigen brauchen die Perspektiven nicht zu fürchten, sondern verwirklichen sie als ihre eigene Sache.

Die Praxis der Deutschen Demokratischen Republik besagt, daß mit der zentralen staatlichen Leitung und Planung, verbunden mit der Eigenverantwortung der Kombinate und Betriebe, gesamtgesellschaftliche Erfordernisse am wirksamsten zu realisieren sind. Das ist ein deutlicher Vorzug des Sozialismus. Darum ist der Plan mit seinen Kennziffern für Kombinate und Betriebe verbindlich. Was sie mehr erwirtschaften, kommt ihnen entsprechend unseren Regelungen auch zugute.

Unser Bilanzsystem, das man als tragendes Gerüst des Planes bezeichnen könnte, wird voll und ganz auf die moderne Rechentechnik umgestellt, um die Verflechtungen einer hochentwickelten Volkswirtschaft noch besser zu beherrschen. Andererseits wird damit auch das Terrain noch verlässlicher und übersichtlicher, auf dem die Kombinate als juri-

stisch und ökonomisch selbständige Einheiten ihre Wirtschaft schließen. Ihre Eigenverantwortung erhöht sich also gleichmäßig.

Wie das Leben zeigt, schafft das Zusammenspiel von Plan und Vertrag optimale Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte Produktion, die den Erfordernissen der planmäßigen proportionalen Entwicklung Rechnung trägt. Auch die notwendige Beweglichkeit ist damit gut gewährleistet, wenn es um die konkreten Sortimente geht. Dabei hat niemand das Recht, einen Betrieb, der auf Knabenhosen, also einen sehr gefragten Artikel, spezialisiert ist, auf Nachthemden umzuprofilieren.

Von Anfang an hat unsere Partei in Rechnung gestellt, daß in den Betrieben nicht schlechthin Produkte hergestellt werden, sondern Waren, die auch in der sozialistischen Planwirtschaft einen Wert repräsentieren. Es vollzieht sich ein materieller und ein finanzieller Kreislauf, und was der Plan festlegt, wird über ökonomische Beziehungen realisiert. In großen Zügen umreißt das unsere Haltung zum Wirtschaften im Sozialismus.

Unser Ausgangspunkt ist, daß die ökonomische Eigenverantwortung der Kombinate und Betriebe zutiefst in der sozialistischen Planwirtschaft wurzelt. Die Planwirtschaft vervollkommen, heißt deshalb immer auch, die wirtschaftliche Rechnungsführung weiterzuentwickeln. Aus dieser Sicht hat der XI. Parteitag gefordert, das ökonomische Interesse der Kombinate und Betriebe immer zwingender auf eine bedarfsgerechte Produktion in hoher Qualität und mit niedrigen Kosten zu lenken. Das verlangt geradezu, Wertkategorien wie Preis, Gewinn, Kosten, Geld und Zins planmäßig zu nutzen. Plan und wirtschaftliche Rechnungsführung, Plan und Eigenverantwortung bilden also eine Einheit.

Der wirtschaftlichen Rechnungsführung kommt dabei eine durchaus aktive Rolle zu, soll sie doch ökonomisches Interesse stimulieren und Kräfte mobilisieren, die nur auf diese Weise wirksam zu machen sind. Das erfolgt, ohne die Existenz von Betrieben oder die Vollbeschäftigung zu beeinträchtigen, und es läßt sich nicht zuletzt mit dem Schutz vor spontanen Wirkungen äußerer ökonomischer Einflüsse verbinden. Auch in dieser Hinsicht ordnet sich die wirtschaftliche Rechnungsführung in den Gesamtzusammenhang unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik ein.

Für wesentlich halten wir, bis hin zu den Betrieben und Kollektiven ökonomisch spürbar zu machen, welches Ergebnis erreicht und welcher Aufwand dafür betrieben wurde. Besonderes Gewicht haben wir deshalb darauf gelegt, die realen volkswirtschaftlichen Kosten in den Industrie-, Agrar- und Baupreisen sowie in den Transporttarifen zum Ausdruck zu bringen. So werden sie dort sichtbar, wo die Werktätigen sie am besten

straff und regelmäßig zu kontrollieren wie die laufende Produktion. So entstehen Voraussetzungen, die geplanten Leistungen nicht nur zu erreichen, sondern gezielt zu überbieten.

Die ökonomische und soziale Stabilität unseres Landes ist mit der sozialistischen Planwirtschaft gewachsen

Liebe Genossinnen und Genossen!

Um die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik weiter erfolgreich zu verwirklichen, vervollkommen wir unsere sozialistische Planwirtschaft. In den Erfahrungen unseres Volkes verbindet sie sich mit Werten wie wirtschaftliche Dynamik, soziale Sicherheit, Vollbeschäftigung, unentgeltliche Bildung und Gesundheitsfürsorge, mit Vorhaben von der Dimension unseres Wohnungsbauprogramms. Die ökonomische und soziale Stabilität unseres Landes ist mit der sozialistischen Planwirtschaft gewachsen.

Wir sind Zeuge, wie der Zeigerausschlag an den Börsen westlicher Länder ganze Vermögen vernichtet und letzten Endes über das Schicksal von Millionen Menschen entscheidet. Der kapitalistische Markt mit seinem angeblich freien Spiel der Kräfte erweist sich erneut vor aller Augen als Synonym für Ausbeutung, Existenzangst und Massenarbeitslosigkeit. Neue Armut als Preis für die Bereicherung der Besitzenden, das widerspricht unserem Wertgefühl. So können Ratschläge aus jener Richtung niemanden überzeugen. In der sozialistischen Planwirtschaft steht wissenschaftlich-technischer und ökonomischer Fortschritt mit dem Recht auf Arbeit in Einklang. Die Werktätigen brauchen die Perspektiven nicht zu fürchten, sondern verwirklichen sie als ihre eigene Sache.

Die Praxis der Deutschen Demokratischen Republik besagt, daß mit der zentralen staatlichen Leitung und Planung, verbunden mit der Eigenverantwortung der Kombinate und Betriebe, gesamtgesellschaftliche Erfordernisse am wirksamsten zu realisieren sind. Das ist ein deutlicher Vorzug des Sozialismus. Darum ist der Plan mit seinen Kennziffern für Kombinate und Betriebe verbindlich. Was sie mehr erwirtschaften, kommt ihnen entsprechend unseren Regelungen auch zugute.

Unser Bilanzsystem, das man als tragendes Gerüst des Planes bezeichnen könnte, wird voll und ganz auf die moderne Rechentechnik umgestellt, um die Verflechtungen einer hochentwickelten Volkswirtschaft noch besser zu beherrschen. Andererseits wird damit auch das Terrain noch verlässlicher und übersichtlicher, auf dem die Kombinate als juri-

stisch und ökonomisch selbständige Einheiten ihre Wirtschaftsverträge schließen. Ihre Eigenverantwortung erhöht sich also gleichfalls.

Wie das Leben zeigt, schafft das Zusammenspiel von Plan, Bilanz und Vertrag optimale Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte Produktion, die den Erfordernissen der planmäßigen proportionalen Entwicklung Rechnung trägt. Auch die notwendige Beweglichkeit ist damit gut zu gewährleisten, wenn es um die konkreten Sortimente geht. Dabei hat niemand das Recht, einen Betrieb, der auf Knabenhosen, also einen sehr gefragten Artikel, spezialisiert ist, auf Nachthemden umzuprofilieren.

Von Anfang an hat unsere Partei in Rechnung gestellt, daß in den Betrieben nicht schlechthin Produkte hergestellt werden, sondern Waren, die auch in der sozialistischen Planwirtschaft einen Wert repräsentieren. Es vollzieht sich ein materieller und ein finanzieller Kreislauf, und was der Plan festlegt, wird über ökonomische Beziehungen realisiert. In großen Zügen umreißt das unsere Haltung zum Wirtschaften im Sozialismus.

Unser Ausgangspunkt ist, daß die ökonomische Eigenverantwortung der Kombinate und Betriebe zutiefst in der sozialistischen Planwirtschaft wurzelt. Die Planwirtschaft vervollkommen, heißt deshalb immer auch, die wirtschaftliche Rechnungsführung weiterzuentwickeln. Aus dieser Sicht hat der XI. Parteitag gefordert, das ökonomische Interesse der Kombinate und Betriebe immer zwingender auf eine bedarfsgerechte Produktion in hoher Qualität und mit niedrigen Kosten zu lenken. Das verlangt geradezu, Wertkategorien wie Preis, Gewinn, Kosten, Geld und Zins planmäßig zu nutzen. Plan und wirtschaftliche Rechnungsführung, Plan und Eigenerwirtschaftung bilden also eine Einheit.

Der wirtschaftlichen Rechnungsführung kommt dabei eine durchaus aktive Rolle zu, soll sie doch ökonomisches Interesse stimulieren und Kräfte mobilisieren, die nur auf diese Weise wirksam zu machen sind. Das erfolgt, ohne die Existenz von Betrieben oder die Vollbeschäftigung zu beeinträchtigen, und es läßt sich nicht zuletzt mit dem Schutz vor spontanen Wirkungen äußerer ökonomischer Einflüsse verbinden. Auch in dieser Hinsicht ordnet sich die wirtschaftliche Rechnungsführung in den Gesamtzusammenhang unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik ein.

Für wesentlich halten wir, bis hin zu den Betrieben und Kollektiven ökonomisch spürbar zu machen, welches Ergebnis erreicht und welcher Aufwand dafür betrieben wurde. Besonderes Gewicht haben wir deshalb darauf gelegt, die realen volkswirtschaftlichen Kosten in den Industrie-, Agrar- und Baupreisen sowie in den Transporttarifen zum Ausdruck zu bringen. So werden sie dort sichtbar, wo die Werktätigen sie am besten

mit pflanzlichen Erzeugnissen, die Belieferung der Tierproduktion mit ausreichend Futter und der Industrie mit agrarischen Rohstoffen. Dabei erhält die Anwendung neuester Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in Verbindung mit einer hohen Qualität der acker- und pflanzenbaulichen Maßnahmen immer größeres Gewicht.

Die Arbeit mit Höchstertragskonzeptionen und Höchstertragsschlägen zeigt, daß durch aufeinander abgestimmte Intensivierungsmaßnahmen unter den unterschiedlichsten Bedingungen hohe Erträge erreicht werden. Zunehmend verlangt die Vielzahl der wirkenden Faktoren den Einsatz moderner Rechentechnik für eine wissenschaftlich begründete Boden- und Bestandsführung. So werden die zur Verfügung stehenden Fonds, wie Fungizide, Halmstabilisatoren, Mineraldüngemittel und die Technik noch effektiver eingesetzt und die biologischen Wachstumsfaktoren besser zur Wirkung gebracht. Als richtig hat sich erwiesen, alle Getreidearten, auch den Roggen, als Intensivkultur zu bewirtschaften.

Hohe Getreideerträge wurden dadurch auf unseren besten Standorten ebenso wie auf märkischem Sand erreicht. 30 LPG und VEG ernteten 1987 mehr als 70 Dezitonnen Winterweizen je Hektar, bei Wintergerste kamen 33 Betriebe auf über 65 Dezitonnen. Anerkennung verdienen insbesondere auch die Leistungen der 35 LPG und VEG, die auf leichtesten Böden über 40 Dezitonnen je Hektar Winterroggen einbrachten. Hektarerträge von über 60 Dezitonnen Getreide wurden im vergangenen Jahr von 103 Genossenschaften und Betrieben erzielt. In der politischen Arbeit ist überall die Bereitschaft weiter auszuprägen, Ertragsreserven auszuschöpfen.

Die Wiederbestellung ist gut erfolgt. Es stehen leistungsfähige Pflanzenbestände im Feld, und es gilt, sie mit dem Wissen und Können der Pflanzenbauer, gemeinsam mit der Agrarwissenschaft, zu hohen Erträgen zu führen. Bei der Frühjahrsbestellung stehen die Einhaltung der agrotechnischen Zeitspannen und eine hohe Qualität der Arbeit im Vordergrund. Die Ergebnisse in der Pflanzenproduktion sind auszubauen, wobei es vor allem darauf ankommt, die Hackfrucht- und Grobfuttererträge zu stabilisieren und weiter zu steigern.

Die effektive Nutzung des Bodens als unversiegbare Rohstoffquelle stellt die Grundlage der Leistungsentwicklung dar. Jeder Quadratmeter ist also rationell zu nutzen und seine Fruchtbarkeit zu steigern. Es bewährt sich, alle Möglichkeiten zur Reproduktion der organischen Substanz in Einheit mit einem wirksamen Bodenschutz auszuschöpfen. Wachsende Bedeutung erhält der erweiterte Anbau von Leguminosen. So kann zugleich die Eiweißversorgung der Tierbestände aus der eigenen

Produktion unterstützt werden. Bergbauliche Maßnahmen sowie der Industrie- und Wohnungsbau haben unter geringster Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzfläche zu erfolgen. Die Intensivierung der Pflanzenproduktion soll auch zum Erhalt der natürlichen Umwelt beitragen. Bodenschonende Bearbeitungsverfahren, der rationelle Einsatz von Agrochemikalien und die Anpflanzung von Flurgehölzen liegen im Interesse von Landwirtschaft und Umweltschutz.

Für die gesunde Ernährung der Bevölkerung ist eine überdurchschnittlich wachsende Produktion von Gemüse und Obst in einem breiten Sortiment notwendig. Das erfordert eine maximale Frischgemüseproduktion im 1. Halbjahr, die Ausnutzung der Vielfalt unserer Gemüsearten und nicht zuletzt den gestaffelten Anbau und die Erhöhung der Produktion solcher Arten, bei denen die Versorgung aus dem eigenen Aufkommen noch nicht voll gewährleistet ist. In den Territorien gilt es, dafür die günstigen natürlichen und ökonomischen Standortbedingungen voll auszunutzen und die effektiven Möglichkeiten der Eigenversorgung überlegt wahrzunehmen. Für die weitere Erhöhung und Stabilität der Obstversorgung ist die planmäßige Reproduktion und Erweiterung der Obstanlagen unerlässlich. Keineswegs dürfen Rückstände bei der Obstneupflanzung geduldet werden. Von der konsequenten Erfüllung der Beschlüsse zur Entwicklung der Verarbeitung von Gemüse und Obst hängt es ab, die Proportionalität zwischen Aufkommen und Verwertung herzustellen.

Der Plan 1988 in der Tierproduktion baut darauf, den Produktionszuwachs über die Steigerung der Leistung je Tier bei gleichbleibenden Beständen zu erreichen. Bei unserer Struktur des Futteraufkommens wäre ein Tierbestandsabbau nicht vertretbar. Gleichbleibend hohe Bestände sind also die Gewähr für eine stabile Versorgung unter allen Bedingungen. Wie Ihr dem vorliegenden Kennziffernvergleich entnehmen könnt, wird in einer Reihe von Kreisen zugelassen, daß die Kuh- und Sauenbestände zurückgegangen sind. Entgegen der Aufgabe, die Schafbestände zu erweitern, verzeichnen 91 Kreise einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Eine solche Entwicklung muß überwunden werden, was eine straffe Führung durch die Bezirks- und Kreisleitungen erfordert. Dabei ist von Bedeutung, wie die Arbeits- und Lebensbedingungen der Tierpfleger verbessert und Arbeitszeit eingespart werden.

Um dafür die Rationalisierung und Rekonstruktion noch mehr zu beschleunigen, sollten die Landtechnik-, Bau- und Ausrüstungsbetriebe im Territorium gut genutzt werden. Durch eine verbesserte Jungtieraufzucht, höhere Tageszunahmen in der Mast und eine effektivere Bestandsreproduktion sind weitere Fortschritte zu erreichen. Das gilt besonders für die

Rinderwirtschaft. Wenn wir die großen Unterschiede in der Milchleistung je Kuh betrachten, dann werden die bedeutenden Leistungsreserven sichtbar. Die Tiergesundheit ist ein Intensivierungsfaktor, der in gemeinsamer Verantwortung von Tierpflegern und Veterinären noch wirksamer erschlossen werden kann. Durchgängig verlangt die Futterökonomie größere Aufmerksamkeit.

Die Anforderungen an die Nahrungsgüterwirtschaft steigen. Um ihnen gerecht zu werden, sind alle Möglichkeiten der Rationalisierung und Rekonstruktion zu erschließen. Mit der Verwirklichung der Maßnahmen zur Erweiterung der Lager- und Verarbeitungskapazitäten müssen gleichzeitig Voraussetzungen zur höheren Veredlung der Rohstoffe geschaffen werden. Das betrifft die Leistungen der Industrie und des eigenen Rationalisierungsmittelbaus der Landwirtschaft genauso wie die umfassende territoriale Rationalisierung.

Vor der Forstwirtschaft steht die Aufgabe, die Produktion von Rohholz und Harz zu intensivieren und die Volkswirtschaft planmäßig damit zu versorgen. Zur spürbaren Minderung der Waldschäden hat das Politbüro Maßnahmen beschlossen. Insbesondere gilt es, die Aufforstung mit leistungs- und widerstandsfähigen Forstpflanzen zu gewährleisten und die Forstdüngung zur Sanierung von Waldgebieten im vorgesehenen Umfang und in bester Qualität zu realisieren. Die allgemeine Ordnung in den Wäldern ist mit Hilfe der Bevölkerung weiter zu erhöhen.

Die Entwicklung der Landwirtschaft zu einem Zweig angewandter Wissenschaft stellt höhere Anforderungen an die Führungstätigkeit der Partei. Neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Technik ökonomisch zu verwerten ist ein entscheidender Weg, die Erträge und Leistungen schneller zu steigern als den Aufwand. Die schlagbezogenen Höchsttragskonzeptionen und stallbezogenen Höchstleistungskonzeptionen helfen, die Ertrags- und Leistungspotentiale von Boden, Pflanze und Tier wirksam auszuschöpfen. Die Höchsttragsschläge verbinden die letzte Stufe der Forschung mit der ersten Stufe praktischer Anwendung ihrer Ergebnisse. An den hohen Erträgen auf diesen Schlägen wird auch der wissenschaftliche Vorlauf anschaulich. So erzielten 1987 die Genossenschaftsbauern der LPG Albersroda 96,3 Dezitonnen Winterweizen. Bei Wintergerste realisierten das VEG Großobringen 84,5 Dezitonnen, bei Winterroggen die LPG Lüssow und Saal 58,9 Dezitonnen. Mit 517 Dezitonnen Kartoffeln in der LPG Rothenschirmbach und 616 Dezitonnen Zuckerrüben in der LPG Vippachedelhausen wurden ebenfalls beispielgebende Hektarerträge auf Höchstleistungsschlägen erreicht.

Mit der zunehmenden Verwertung wissenschaftlich-technischer Ergeb-

nisse in der Praxis wachsen die Erwartungen an die Agrarwissenschaftler. Was zu tun ist, wurde im langfristigen Programm der Forschung und Entwicklung für die Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft bis zum Jahr 2000 festgelegt. Das enge Zusammenwirken der Institute der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften und der anderen Institute und Einrichtungen mit den Bezirken, Kreisen und Genossenschaften ist weiter auszubauen. Dabei ist zu gewährleisten, daß die territorialen Bedingungen für die Stärkung des Forschungspotentials geschaffen werden. Durch die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften wird die Wissenschaftskooperation mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR, der Sowjetunion und weiteren Ländern des RGW vertieft, um vor allem international beachtliche Ergebnisse auf dem Gebiet der Biotechnologie und Mikroelektronik, bei der Züchtung neuer Sorten und Rassen zu erreichen.

Bei der Überleitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts hat sich bewährt, die Arbeit mit langfristigen komplexen Programmen zu organisieren. Die Ergebnisse sind besser, wenn mit den Plänen Wissenschaft und Technik, den Wettbewerbsprogrammen und den Kampfprogrammen der Grundorganisationen anspruchsvolle Ziele gestellt und erfüllt werden. Die Arbeit mit Parteikommissionen Wissenschaft und Technik bei Bezirks- und Kreisleitungen, die Durchführung von Parteiberatungen zu neuen Aufgaben bewähren sich.

Die Erfahrungen zeigen, daß jene LPG, VEG und ihre Kooperationen am besten vorankommen, wo den Kadern konkrete Aufgaben bei der Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts übertragen wurden und ihre gute Erfüllung moralische und materielle Anerkennung findet. Abteilungen oder Arbeitsgruppen Wissenschaft und Technik in den Genossenschaften und Betrieben beziehungsweise im Rahmen ihrer Kooperationen beschleunigen die Überführung neuer Resultate. Zusammen mit den ehrenamtlichen Kommissionen, den Leitern und Spezialisten leisten sie viel für die wissenschaftliche Vorbereitung und Organisation der Produktion. Dabei ist stets der ökonomische Nutzen zugrunde zu legen. Wesentliche Impulse zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gehen von den Agrar-Industrie-Vereinigungen aus. Ihre Erfahrungen bei der Verbindung von Wissenschaft und Produktion gilt es noch besser zu verallgemeinern. Bei der Produktion von Saat- und Pflanzgut sowie Zucht- und Nutzvieh tragen die VEG eine zunehmende Verantwortung für den Zuchtfortschritt. Alle Anstrengungen sind darauf zu richten, daß sie noch überzeugender als Schrittmacher des Neuen hervortreten.

Die Schlüsseltechnologien ermöglichen es, die natürlichen Faktoren wesentlich wirksamer zu nutzen und das Niveau der Agrarproduktion zu erhöhen. Zusammen mit bewährten wissenschaftlich-technischen Lösungen und praktischen Erfahrungen angewandt, bestimmen sie mehr und mehr die Leistungsdynamik der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft. Die moderne Rechentechnik ersetzt keineswegs den schöpferischen Menschen, sondern vervielfacht die Möglichkeiten seiner Arbeit. Sie setzt Potenzen für die wissenschaftliche Durchdringung aller Prozesse frei. Das ist ein wichtiges Feld für den Tatendrang der Jugend. Noch besser sollte es gelingen, sie in Jugendbrigaden, Jugendforscherkollektiven und der MMM-Bewegung für die Lösung interessanter wissenschaftlicher Aufgaben zu begeistern.

Die Entwicklung der Wissenschaft und ihre ökonomische Verwertung sind ohne weitere Qualifizierung der Genossenschaftsbauern und Arbeiter, ohne die Nutzung ihres reichen Erfahrungsschatzes undenkbar. Daraus erwachsen höhere Anforderungen an die Bildungseinrichtungen und wissenschaftlich-technischen Zentren, an ihr enges Zusammenwirken mit den wissenschaftlichen Gesellschaften.

In den LPG und VEG, in jeder Kooperation und jedem Kreis arbeiten heute viele qualifizierte und erfahrene Kader. Mit Hilfe von Wissenschaft und Technik gelingt es ihnen oft, LPG und VEG in relativ kurzer Zeit auf ein höheres Leistungs- und Effektivitätsniveau zu führen. Darum ist es ein wichtiges Anliegen der Leitungstätigkeit, gerade diese aktiven Menschen für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu gewinnen.

Eine unabdingbare Voraussetzung für die dynamische Entwicklung der Landwirtschaft besteht im stabilen Wachstum der Arbeitsproduktivität. Die demographische Entwicklung in unserem Land stellt auch die Landwirtschaft vor eine neue Situation. Das weitere Produktions- und Effektivitätswachstum muß bei schrittweiser Reduzierung des Arbeitsaufwandes erfolgen.

Zwangsläufig wächst der Druck auf die Ökonomie der lebendigen Arbeit. Die Nutzung des vorhandenen Arbeitsvermögens und die wissenschaftliche Durchdringung des gesamten Reproduktionsprozesses erhalten einen wesentlich größeren Stellenwert. Gründlich gilt es zu prüfen, wo und wie Arbeitszeit eingespart werden kann beziehungsweise eine Kostensenkung möglich ist. Bei alledem kommt dem sozialistischen Leistungsprinzip großes Gewicht zu. Verstärkend auf das Leistungsstreben in den Genossenschaften wirken die zentralen Regelungen für die Bemessung ihres Vergütungszuwachses. Jedoch wird das noch nicht in allen

LPG bis hin zu jedem Kollektiv und jedem einzelnen spürbar. Gerade in dieser Hinsicht gilt es, entsprechend den jeweiligen Bedingungen und Möglichkeiten, die Stimulierung zu vervollkommen.

Entscheidend bleibt die weitere quantitative und qualitative Entwicklung des eigenen Rationalisierungsmittelbaus der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft. Durch straffe Leitung, enge Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und gezielte Einbeziehung der Neuerer und Rationalisatoren läßt sich seine Leistungsfähigkeit noch wesentlich steigern, um in noch größerem Umfang maßgeschneiderte Rationalisierungslösungen bereitzustellen. Voraussetzung dafür ist, daß die Landmaschinen- und Zulieferindustrie ihre Leistungen auf hohem wissenschaftlich-technischem Niveau planmäßig realisiert.

Für die planmäßige Reproduktion der Grundfonds erweist sich die Einheit von Modernisierung, Instandhaltung und Neuzuführung beziehungsweise Neubau als wichtiger Schlüssel. Es ist ein Erfordernis der Ökonomie, in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft eine höhere Effektivität der Investitionen zu sichern. Eine bessere Einsatzfähigkeit der Technik erreichen die Genossenschaften und Betriebe mit geringen Mitteln, die zusammen mit den Kreisbetrieben für Landtechnik eine wirksame Pflege, Wartung und Instandsetzung organisieren.

Die sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande geben der Entwicklung der Produktivkräfte breiten Raum. Unter unseren Bedingungen erweisen sich die Genossenschaften als gut geeignet, die Übereinstimmung persönlicher, kollektiver und gesellschaftlicher Interessen zu sichern. In der Kooperation wirken sie eng mit dem Volkseigentum zusammen. Die weitere Ausprägung der genossenschaftlichen Demokratie ist dabei ein wichtiger Schwerpunkt unserer politisch-ideologischen Arbeit. Wir sehen in der Vertiefung der Kooperation den entscheidenden Weg, Produktion und Effektivität zu steigern, die Kräfte aller Partner zu vereinen und ihre proportionale Entwicklung zu sichern.

In der wirtschaftsleitenden Tätigkeit der Kooperationsräte Pflanzen- und Tierproduktion kommt es jetzt darauf an, durchgehend zu einer höheren Qualität zu gelangen. Sie muß sich in größerer Wissenschaftlichkeit und Langfristigkeit widerspiegeln. Über eine gute Grundlage dafür verfügen die Kooperationen der LPG und VEG bereits mit den Entwicklungskonzeptionen. Bessere Voraussetzungen bestehen auch für die Koordinierung der Intensivierungsmaßnahmen und die komplexe Durchsetzung der sozialistischen Betriebswirtschaft. Der Kooperationsrat kann also auf eine stabile Leistungsentwicklung in allen LPG und VEG der Kooperation zielstrebig Einfluß nehmen. Der Arbeit der Kooperationsräte

muß dabei der Plan der Kooperation zugrunde liegen, dessen Erfüllung ständig zu analysieren und abzurechnen ist. Die Qualität der kooperativen Arbeit weist sich letzten Endes in mehr und besseren Produkten aus.

Unerläßlich für eine effektive Produktion und Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist die Aktivität der Kooperationsverbände. Im Mittelpunkt stehen die beschleunigte Anwendung des zweigspezifischen wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die proportionale Gestaltung der einzelnen Stufen der Produktion, die durchgängige Qualitätssicherung bei höherer Effektivität. Von der Leistungsfähigkeit und Qualität der Arbeit der agrochemischen Zentren, zwischenbetrieblichen Bauorganisationen und Meliorationsgenossenschaften wird zunehmend der Fortschritt der Primärproduktion bestimmt. Sie sind zu stärken, und ihre Tätigkeit sollte noch mehr auf die Erfordernisse der LPG und VEG ausgerichtet werden. Darin besteht auch das Anliegen des neuen Musterstatuts für kooperative Einrichtungen, welches zur Diskussion steht.

Wir halten an unserem Grundsatz fest, jedem Dorf eine sichere Perspektive zu geben. Dynamische und effektive Agrarproduktion widerspiegelt sich in besseren sozialen und geistig-kulturellen Bedingungen auf dem Lande. Das trägt dazu bei, die Arbeit der Bauern zu erleichtern, das Leben aller Dorfbewohner attraktiver zu gestalten und die soziale Reproduktion der Klasse der Genossenschaftsbauern zu sichern. Auch künftig wird es nicht in jedem Dorf alle Einrichtungen der Infrastruktur geben können. Zu jeder Gemeinde gehören aber die täglich notwendigen Handels-, Dienstleistungs- und Sozialeinrichtungen von der Verkaufsstelle über die Kindereinrichtung bis zur niveauvollen Gaststätte. Durch gemeinsame Arbeit aller Betriebe, Einrichtungen und gesellschaftlichen Organisationen im Territorium können unter Leitung der örtlichen Volksvertretungen Schritt für Schritt die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Schon vielerorts haben LPG und VdgB Bäckereien, Fleischereien und Mostereien errichtet, und wir unterstützen das auch künftig. Durch weitere Gewerbe genehmigungen sind die Bedingungen für die Versorgung auf dem Lande zu verbessern.

Eine wichtige Aufgabe der Führungstätigkeit der Partei besteht darin, die gesellschaftlichen Organisationen auf dem Lande zu unterstützen. Das betrifft besonders die VdgB. Ihre vielfältigen Initiativen sind noch stärker darauf zu lenken, die ökonomischen Potenzen des Dorfes zu erschließen und ein reges geistig-kulturelles Leben zu entwickeln.

Die individuelle Produktion als gewichtige Ergänzung zur gesellschaftlichen Großproduktion hat sich zu einem festen Bestandteil der sozialistischen Agrarverhältnisse entwickelt. Auch künftig werden wir sie allseitig

fördern. Es ist ein reibungsloser Aufkauf zu sichern. Intensiv wird an der Realisierung der Aufgabenstellung des XI. Parteitages gearbeitet, bis 1990 150 000 Kleingärten, davon 20 000 für Berlin, neu zu schaffen. Bisher wurden 41 000 Kleingärten, vorwiegend an Arbeiter und Familien mit mehreren Kindern, übergeben. Dieser Stand zeigt, daß ein höheres Schrittmaß notwendig ist. Dazu sollte der VKSK gemeinsam mit den örtlichen Organen sowie Betrieben und Einrichtungen die territorialen Voraussetzungen schaffen, um geeignete Flächen bereitzustellen und zu erschließen.

Die Erfolge bei der weiteren Realisierung unserer Agrarpolitik werden entscheidend davon bestimmt, wie es gelingt, die staatliche Leitung eng mit den schöpferischen Aktivitäten der Genossenschaftsbauern und Arbeiter zu verbinden. Staatliche Entscheidungen werden dann zielstrebig umgesetzt, wenn sich die Räte der Kreise gründlich mit den Genossenschaftsbauern und Arbeitern beraten. Schneller ist Neues bei der Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Durchsetzung der sozialistischen Betriebswirtschaft für die LPG und VEG zu verallgemeinern. Das stellt natürlich auch höhere Ansprüche an die Qualifizierung aller Mitarbeiter im Staatsapparat. Die Räte für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft nehmen ihre organisierende und inspirierende Rolle bei der ökonomischen und sozialen Entwicklung im Territorium zunehmend besser wahr. Die Rahmenarbeitsordnung gibt ihnen einen großen Handlungsraum. Alles sollte getan werden, um ihn für ein hohes Leistungswachstum zu nutzen.

Enge Verflechtung von Wissenschaft und Produktion – Bestandteil unserer Strategie

Liebe Genossinnen und Genossen!

An der Akademie der Wissenschaften und den anderen zentralen wissenschaftlichen Instituten, an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen unseres Landes wurden Veränderungen in Angriff genommen, welche die gesamte wissenschaftliche Arbeit, Forschung und höhere Bildung erfassen. Sie sind verbunden mit der komplexen Umsetzung der Beschlüsse des XI. Parteitages und des Politbüros zur weiteren Vervollkommnung der Aus- und Weiterbildung der Hoch- und Fachschulkader, zur Entwicklung der theoretischen Arbeit und der Grundlagenforschung, zur Entwicklung und Anwendung der Schlüsseltechnologien sowie zur Gestal-

tung produktiver Beziehungen zwischen Wissenschaft und Praxis, insbesondere mit den Kombinat.

Hier handelt es sich um Aufgaben, die eine höhere Qualität konzeptioneller wissenschaftsstrategischer Arbeit der Akademie und des Hochschulwesens in Kooperation mit ihren Praxispartnern erfordern. Vor allem der Akademie der Wissenschaften kommt bei der Herausarbeitung weitgesteckter Entwicklungsrichtungen der Grundlagenforschung, der Schwerpunkte und Ziele wissenschaftlicher Arbeit, die für die Zukunft der DDR bedeutsam sind, erhöhte Verantwortung zu.

Insbesondere gilt es, jene Hauptlinien und Aufgaben für die Grundlagenforschung sowie die Aus- und Weiterbildung zu bestimmen, die entsprechend unserer ökonomischen Strategie einen schnellen Vorstoß bei Spitzentechnologien bis zum weltmarktfähigen Produkt sichern. Jeder versteht, daß wir nicht auf allen Gebieten der Grundlagenforschung Weltspitzenleistungen erreichen können. Um so notwendiger ist es, für eine effektive Kombination der Wissenschaftsdisziplinen und wissenschaftlichen Institutionen zu sorgen, die fähigsten Kader und die zur Verfügung stehende modernste Labor- und Gerätetechnik auf ausgewählte Schwerpunkte der Forschung und der Lehre zu konzentrieren.

In dieser Richtung wurden auch die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Produktion zum gegenseitigen Nutzen ausgebaut. Wir messen diesen Beziehungen eine weitreichende Bedeutung bei. Sie sind fester Bestandteil unserer ökonomischen und Wissenschaftsstrategie. Doch entspricht ihr qualitatives Niveau noch nicht überall unseren Möglichkeiten und den objektiven Erfordernissen.

Große Reserven sehen wir in der gemeinschaftlich oder eng aufeinander abgestimmten Herausarbeitung der Strategien für die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts durch die Kombinate und ihre Partner in der Wissenschaft. Nur so kann eine langfristig angelegte Verflechtung von Wissenschaft und Produktion wachsen, die neben der Forschung auch die gemeinsame Verantwortung für die Schaffung des Bildungsvorlaufes und für die materiell-technische Basis der wissenschaftlichen Arbeit einschließt.

Es liegt im Interesse der Volkswirtschaft, daß nicht nur Themen der angewandten Forschung vereinbart werden, sondern verstärkt auch Themen der mathematisch-naturwissenschaftlichen und technikwissenschaftlichen Grundlagenforschung. Die spezifischen Möglichkeiten der wissenschaftlichen Einrichtungen ergeben sich aus der Komplexität von Grundlagenforschung und angewandter Forschung, aus dem ständigen Fluß zwischen beiden, aus der Vielfalt der Wissenschaftsgebiete und ihrem Zu-

sammenwirken. Gerade diese Möglichkeiten müssen in der Kooperation voll zur Wirksamkeit gebracht werden. Erfahrungsgemäß gelingt das dort am besten, wo Kombinate eine eigene, ihrem Profil entsprechende Grundlagenforschung entwickeln.

Mit Nachdruck betone ich die Verantwortung der Akademie und der Universitäten und Hochschulen für Spitzenleistungen auf ausgewählten Gebieten der Grundlagenforschung, die uns den Zugang zu weiteren Hochtechnologien erschließen und uns in der Perspektive hohen ökonomischen Nutzen bringen. Es wäre kurzsichtig und würde, auf die Dauer gesehen, den Nutzen der Kooperation mit der Akademie und den Hochschulen schmälern, wenn die Grundlagenforschung vernachlässigt würde. In der Zusammenarbeit zwischen den Parteiorganisationen der wissenschaftlichen Institutionen und der Kombinate sollte noch stärker auf die weitere Gestaltung eines schöpferischen Arbeitsklimas orientiert werden, in dem Aufgeschlossenheit und Mut zum Neuen das Leistungsverhalten der Kollektive bestimmen.

Natürlich erschöpft sich die Verflechtung von Wissenschaft und Produktion nicht in der Forschungsk Kooperation. Sie schließt die Zusammenarbeit bei der Ausbildung und beim Einsatz der Studenten, bei der Weiterbildung der Hoch- und Fachschulkader ebenso ein wie die Unterstützung der wissenschaftlichen Einrichtungen durch die Kombinate bei der Sicherung der materiell-technischen Basis der Lehre und Forschung.

Die Hauptaufgabe der Hochschulen ist und bleibt, neueste wissenschaftliche Ergebnisse in erster Linie über die Ausbildung und Erziehung parteiverbundener, fachlich ausgewiesener Kader, die mit der Strategie und Taktik der Partei auf das engste vertraut sind, in die Praxis zu überführen. Mit einem weit über den jetzigen Zeithorizont hinausreichenden Blick gilt es, die Frage produktiv zu beantworten, wie moderne Wissenschaft heute, unter Beachtung ihrer stürmischen Entwicklung, ihrer hohen Dynamik und ihres Innovationsdranges, gelehrt und studiert werden muß.

Bei der Bestimmung modernster Ausbildungsinhalte und der Methoden ihrer anspruchsvollen Vermittlung und schöpferischen Aneignung, bei der Gestaltung einer Studienorganisation, die diesen Anforderungen entspricht, wurden erste Schritte vollzogen. Jetzt müssen wir auf diesem Weg zielstrebig und in höherem Tempo voranschreiten, damit das Hoch- und Fachschulwesen unseres Landes den Erfordernissen der Zukunft gerecht wird.

Auf der Tagesordnung steht eine differenzierte und flexible Gestaltung

der Hochschulbildung, um das Neue in Gesellschaft, Wissenschaft und Technik ständig aufzugreifen, fördern und vermitteln zu können. Typische Profile der einzelnen Hochschulen in Lehre und Forschung sollten weiter ausgeprägt, an ausgewählten Hochschulen und Sektionen wohlüberlegt und schwerpunktmäßig besonders leistungsfähige Potentiale entwickelt werden. Der Heranbildung von Spitzenkräften gebührt die Aufmerksamkeit der Parteileitungen.

Das stellt vor allem an den Lehrkörper und die staatlichen Leiter, aber auch an die Studenten und ihre FDJ-Kollektive höchste Ansprüche. Es verlangt neues Herangehen, die Bereitschaft, Altes zu überwinden, den Mut, unkonventionelle Wege zu beschreiten, also kämpferische Positionen und Haltungen.

Das wichtigste Anliegen aller gesellschaftlichen Kräfte und insbesondere der Hochschullehrer sehen wir darin, einen klaren Klassenstandpunkt und die Bereitschaft der Studenten weiter auszubilden, mit ihren Leistungen im Studium und als Absolventen aktiv zur Stärkung und zum Schutz unseres sozialistischen Vaterlandes beizutragen, sich als Kämpfer für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu bewähren. Dabei ist einer überzeugenden ideologischen Arbeit, der Entwicklung der Fähigkeit, dialektisch zu denken und den Marxismus-Leninismus auf neu herangereifte Fragen anzuwenden, große Beachtung zu schenken. Deshalb sollten der Ideengehalt und die Überzeugungskraft der Vorlesungen und Seminare im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium, die politisch-moralische und weltanschauliche Wirksamkeit der Lehre in den Fachdisziplinen im Blickpunkt der Parteiorganisationen stehen.

Die Studenten müssen eine theoretisch fundierte und praxisorientierte Ausbildung durchlaufen und sie selbst immer aktiver mitgestalten. Sie sollen lernen, Probleme zu erkennen und zu lösen, flexibel auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu reagieren und daraus Konsequenzen abzuleiten und durchzusetzen. Einsatzwille, Disziplin, Kollektivegeist, Kooperationsfähigkeit, Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung, Einfühlungsvermögen, Achtung vor der Arbeit anderer und eine kritische Einstellung zur eigenen Leistung sind wesentliche Eigenschaften, die in viel stärkerem Maße in Bewährungssituationen herausgebildet und auf die Probe gestellt werden sollten.

Es kann wohl keinen Zweifel geben, daß das Beispiel, das der Hochschullehrer gibt, von ausschlaggebender Bedeutung ist. Wenn er seine Studenten mit aktiven Beiträgen in das wissenschaftliche Leben der Sektion, in die Zusammenarbeit mit der Praxis, in die Lösung von Forschungsaufgaben bis zur Verteidigung und Überleitung ihrer Ergebnisse

einbezieht, dann wird sein Ringen um neue wissenschaftliche Lösungen und Erkenntnisse für den weiteren gesellschaftlichen Fortschritt, für die Sicherung eines stabilen volkswirtschaftlichen Leistungswachstums bei den Studenten bleibende persönlichkeitsbildende Spuren hinterlassen. Dieser unverwechselbaren und schönsten Aufgabe eines Hochschullehrers, die ihm mit seiner Berufung anvertraut wird, kommt der überwiegende Teil der Hochschullehrer mit großem Engagement nach.

Den Problemen, Fragen und Haltungen der Studenten im Studienalltag sollten die Parteileitungen und die Leitungen des Jugendverbandes die gebührende Aufmerksamkeit entgegenbringen. Das betrifft sowohl die Haltung zum Studium als auch die gesellschaftliche Tätigkeit, die Lebensweise im Wohnheim und die geistig-kulturellen Interessen.

Genossen!

Eng verbunden mit der Politik der Partei, leisten die Gesellschaftswissenschaftler der DDR eine initiativreiche Arbeit. Auf der bewährten Grundlage des Zentralen Forschungsplanes und in zunehmend produktiver Verbindung mit der Praxis sind wertvolle wissenschaftlich-theoretische Beiträge zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, zu Fragen des Friedens und der internationalen Entwicklung entstanden.

Um die Leistungen der Gesellschaftswissenschaften zu steigern und ihr Potential effektiv zu nutzen, ist es erforderlich, in jedem Kollektiv in einer parteilichen, kritischen, vorwärtsdrängenden Atmosphäre ein hohes Niveau der theoretischen Arbeit zu sichern, den Ideengehalt, die Beweiskraft und die Massenwirksamkeit der Arbeitsergebnisse zu erhöhen und einen spürbaren Nutzen für die Praxis zu erzielen. Damit der reiche Erfahrungsschatz unserer Partei und der Bruderparteien voll erschlossen wird, kommt es darauf an, die geschichtliche Entwicklung noch gründlicher als Wechselwirkung objektiver und subjektiver Faktoren in den einzelnen Entwicklungsstapen des Sozialismus konkret zu untersuchen und darzustellen. Die Partei erwartet von den Gesellschaftswissenschaftlern Schöpferfertigkeit beim Aufwerfen und Lösen neuer Fragen, Beiträge, welche die Praxis nicht nur interpretieren, sondern sie im Sinne der Stärkung des Sozialismus in der DDR weiterentwickeln. Von besonderer Bedeutung sind dabei solche Fragen wie die Einheit von politischer Macht, sozialistischem Eigentum und Vervollkommnung der Demokratie, das zutiefst humanistische Wesen des Sozialismus, das Wechselverhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, die Lösung der vielfältigen Probleme im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution. Das vom Dietz Verlag herausgegebene Buch »Sozialismus in

der DDR – Gesellschaftsstrategie mit dem Blick auf das Jahr 2000« ist eine reiche Fundgrube für das Denken und Handeln aller Genossinnen und Genossen. Noch tiefgründiger muß das Thema, wie, unter welchen Bedingungen sich sozialistische Persönlichkeiten entwickeln, ausgelotet werden. Dabei sollte man problemreiche Seiten des gesellschaftlichen Lebens nicht übersehen.

Die Gesellschaftswissenschaftler sollten den Sinn des Sozialismus noch überzeugender herausarbeiten. Bekanntlich besteht er darin, alles zu tun für das Wohl des Volkes, Vollbeschäftigung, soziale Gerechtigkeit und Geborgenheit für alle Werktätigen und ihre Familien zu gewährleisten, Bedingungen für die Entfaltung der schöpferischen Kräfte aller Klassen und Schichten zu schaffen, überall hohe politisch-moralische Ansprüche durchzusetzen, ein kulturvolles Leben zu gestalten, die Bürgerrechte, die Freiheit und Würde des Menschen zu verwirklichen. Das neue Herangehen an internationale Sicherheit und Abrüstung, die neuen Möglichkeiten, zu weiteren tiefgreifenden Abrüstungsschritten zu kommen, aber auch die Kompliziertheit und Härte dieses Ringens wissenschaftlich zu untersuchen, ist Auftrag der marxistisch-leninistischen Friedensforschung. Hier wirken Natur- und Technikwissenschaftler, Militär- und Gesellschaftswissenschaftler zusammen.

Das tiefere Eindringen in den Prozeß der revolutionären Erneuerung der Welt unter den Bedingungen friedlicher Koexistenz, der weltweiten Auswirkung der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Zuspitzung anderer globaler Fragen und der immer engeren, wechselseitigen Verbindung von nationaler und internationaler Entwicklung stellt den Gesellschaftswissenschaften neue Aufgaben. Erforderlich ist eine genaue Analyse des sozialen Gehalts dieses Prozesses und der in ihm tätigen Klassen und Bewegungen, ihrer objektiven Lage und ihrer Interessen. Wir erwarten grundsätzliche und faktenreiche theoretische Beiträge zu den Antworten des Sozialismus auf die Fragen, welche die Menschheit bewegen, und ein in Inhalt und Form überzeugendes Eingreifen in die geistigen Kämpfe unserer Zeit. So wird die Überzeugung gefestigt, daß die Klasseninteressen des Sozialismus als Gesellschaftsordnung mit den allgemein menschlichen Interessen voll übereinstimmen.

Gesellschaftswissenschaftliche Forschung heißt immer, die in der Gesellschaft und in der Welt wirkenden allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung noch tiefgründiger aufzudecken, und es heißt zugleich, neue Keime, Elemente und Trends aufzuspüren, neue Fragestellungen rechtzeitig zu erkennen und schöpferisch zu bearbeiten, aktuelle Lösungsvorschläge und perspektivische Vorstellungen darzulegen. Dazu

müssen die politischen, ökonomischen, sozialen und geistig-kulturellen Prozesse, die sich real vollziehen, konkret und allseitig analysiert werden. Hier gilt es, die Dialektik von allgemeinen Gesetzmäßigkeiten und nationalen Besonderheiten und Bedingungen noch gründlicher zu beachten.

Der Wert gesellschaftswissenschaftlicher Arbeit wird mehr denn je daran gemessen, wie sie dazu beiträgt, die entwickelte sozialistische Gesellschaft in der DDR weiter zu gestalten und die internationale Ausstrahlung des Sozialismus, seinen Einfluß auf die Weltpolitik zu verstärken. Dazu braucht der Gesellschaftswissenschaftler feste marxistisch-leninistische Positionen und einen ungetrübten Blick für die Realitäten.

Ganze Gesellschaft fühlt sich für hohe Bildung und gute Erziehung der jungen Generation verantwortlich

Liebe Genossinnen und Genossen!

Unsere schulpolitische Strategie bewährt sich und zeitigt ihre Früchte. Bei der Erziehung unserer Kinder zeigt sich einmal mehr der humanistische Charakter der sozialistischen Gesellschaft, wird die Fürsorge von Partei und Staat für das Wohl der Menschen besonders eindrucksvoll sichtbar. Die Arbeit in der Schule und den anderen Volksbildungseinrichtungen vollzieht sich unter wachsenden Erfordernissen, die sich aus der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ergeben und nicht zuletzt aus dem Anwachsen der Zahl der Kinder, die in den letzten Jahren in die Kindergärten und Schulen aufgenommen wurden. Die Pädagogen stellen sich diesen Anforderungen. Zu beachten ist, daß über 80 Prozent der Pädagogen Frauen sind, übrigens auch 67 Prozent der Parteisekretäre in den Pädagogenkollektiven.

Auf der Grundlage der Beschlüsse des XI. Parteitages vollziehen sich im Volksbildungswesen umfassende, tiefgreifende Entwicklungen. Mit den neuen Lehrplänen und Lehrbüchern wurde das Konzept der Allgemeinbildung weiterentwickelt. An der Erarbeitung der Lehrpläne und anderer Unterrichtsmaterialien sind Lehrer, pädagogische Wissenschaftler und Wissenschaftler anderer Disziplinen aktiv beteiligt. In der Diskussion über die Lehrpläne, die im Entwurf in den pädagogischen Fachzeitschriften veröffentlicht werden, nehmen Tausende Praktiker und Wissenschaftler das Wort.

Ein überzeugender Ausdruck für das demokratische Mitwirken an der Bildung und Erziehung der Kinder waren auch die Elternvertreterwahlen

im Schuljahr 1987/88. Mehr als 2,5 Millionen Väter und Mütter wählten aus ihrer Mitte 670 000 Mitglieder in Elternbeiräte und Elternaktive.

Wie sich die Jugend eine solide Bildung aneignet, wie die Schüler zu guten sozialistischen Staatsbürgern erzogen werden, wie sie lernen, durch eigene Arbeit und Anstrengung angestrebte Ziele zu verwirklichen, Probleme zu lösen, das hängt in entscheidendem Maße vom Wissen und Können, der politischen Haltung, der Vorbildwirkung der Lehrer ab. Durch die zielstrebige Arbeit der Kreisleitungen, der Schulparteiorganisationen und der staatlichen und gewerkschaftlichen Leitungen haben sich Lehrer und Erzieher ein tieferes Verständnis für die Politik der Partei, für die inneren und äußeren Bedingungen bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft angeeignet und die Konsequenzen, die sich daraus für die Bildung und Erziehung der Jugend, für die Schule ergeben, gezogen.

Die Kreisleitungen sollten den Schulparteiorganisationen, den Lehrern und Erziehern auch weiterhin helfen, die sich in der Schule und in den Familien widerspiegelnden Probleme des politischen, ökonomischen und geistig-kulturellen Lebens unserer Gesellschaft in ihren Zusammenhängen zu verstehen, damit sie den Schülern überzeugende Antworten auf ihre Fragen geben können. Deshalb sollten die Kreisleitungen und Schulparteiorganisationen die Aussprache über die Grundfragen unserer Zeit, die Befähigung zu überzeugender politischer Argumentation, die Unterstützung der Weiterbildung der Pädagogen, vor allem die qualifizierte Durchführung des Parteilehrjahres, ständig im Blick haben.

Zur Verantwortung der Kreisleitungen und Schulparteiorganisationen gehört, sich gemeinsam mit den Pädagogen und dem Jugendverband an den Schulen darum zu bemühen, daß für den Lehrerberuf geeignete aktive FDJ-Mitglieder für das Lehrstudium ausgewählt und vorbereitet werden. Wir halten es dabei mit dem Leninschen Ratschlag, eine Armee von Lehrern heranzubilden, die mit der Partei, mit ihren Ideen eng verbunden, von ihrem Geist durchdrungen ist. Das ist und bleibt eine Grundaufgabe unserer Partei.

Die Tätigkeit des Lehrers verlangt, sich gründlich mit den neuen Erkenntnissen auf seinem Fachgebiet und der Pädagogik zu beschäftigen, die Anforderungen, welche die neuen Lehrpläne stellen, zu kennen und den Unterricht in guter Qualität, fachlich, pädagogisch, ideologisch fundiert zu erteilen. Der erste und wichtigste Auftrag unserer Oberschule und unserer Lehrer besteht darin, mit hoher Qualität zu unterrichten. Durch die Kreisleitungen und die Parteiorganisationen ist eine solche öffentliche Meinung zu fördern, in der die Schule und die Lehrer an der

Qualität des Unterrichts, der pädagogischen Arbeit, der Erziehung der Jugend gemessen werden. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß in den Elternvertreterwahlen Fragen des erfolgreichen Lernens der Mädchen und Jungen, ihrer Erziehung zur Wahrnehmung von Verantwortung für die Arbeit zur Stärkung ihres sozialistischen Vaterlandes eine große Rolle spielten.

Aufgabe der Schulparteiorganisationen und der Leitungen unserer Partei ist es, in allen Bildungseinrichtungen für ein Klima der Offenheit und Ehrlichkeit, der gewissenhaften Arbeit, der kameradschaftlichen Hilfe zu sorgen. Es gilt, Lehrer und Erzieher noch besser zu befähigen, pädagogisch überlegt und politisch prinzipienfest mit den Schülern zu arbeiten. Überall brauchen wir ein gutes Arbeitsklima, in dem hohe Anforderungen an alle und das Verständnis für die Probleme und Sorgen des einzelnen bestimmend sind.

Das verlangt das ständige Gespräch mit den Lehrern über ihre Erfahrungen, über Erreichtes und noch nicht Erreichtes, über Probleme, die gelöst, Mängel, die überwunden werden müssen. Mit der Gestaltung eines inhaltsreichen innerparteilichen Lebens, durch vorbildliches Wirken der Genossen tragen die Schulparteiorganisationen maßgeblich zur Entwicklung einer kämpferischen Atmosphäre in den Pädagogenkollektiven bei.

Hohe Anforderungen sind an das Zusammenwirken der Schulparteiorganisationen mit dem Direktor, der Gewerkschaftsorganisation, dem sozialistischen Jugendverband und den gewählten Elternvertretungen gestellt. Dieses Zusammenwirken ist vor allem auf die Förderung der Ideen, Initiativen, Erfahrungen der Lehrer und Erzieher und die Sicherung aller Bedingungen für eine effektive und rationelle Arbeitsorganisation in den Volksbildungseinrichtungen gerichtet.

Dabei sollten die Kreisleitungen beachten, daß noch vorhandene Geschäftigkeit überwunden wird. Es geht nicht um eine Vielzahl von Veranstaltungen und Maßnahmen, sondern um eine höhere Qualität. Die Arbeit der Schule ist nicht an »äußerlichen« Aktivitäten zu messen, sondern an ihrer »Hauptproduktion«, nämlich einer soliden Unterrichtsarbeit jedes Lehrers, seiner politischen und pädagogischen Hinwendung zu den ihm anvertrauten Schülern. Die Lehrer und Erzieher brauchen Zeit für die sorgfältige Vorbereitung des Unterrichts nach den neuen Programmen, Zeit für ihre Weiterbildung, für die Erweiterung ihres geistig-kulturellen Horizonts, Zeit für eine gedeihliche Zusammenarbeit mit dem Jugendverband und mit den Eltern.

1986 und 1987 wurden insgesamt 4101 Unterrichtsräume, 284 Schulsporthallen und 43 662 Kindergartenplätze geschaffen. Diszipliniert müs-

sen die Planaufgaben 1988 erfüllt werden. Von ständig wachsender Bedeutung ist die Instandhaltung aller Volksbildungseinrichtungen, auch der in den vergangenen Jahren geschaffenen Einrichtungen. Werterhaltungsmaßnahmen sind keine zweitrangigen Aufgaben.

Damit sich Mütter und Väter voll ihren Aufgaben im Beruf widmen können, sollten die örtlichen Räte ihre Anstrengungen auch darauf richten, daß die Kindergartenkinder sich gut entwickeln. Alle örtlichen Staatsorgane haben zu gewährleisten, daß für alle Kinder und Schüler die Schulspeisung verbessert bzw. in Ordnung gebracht wird. Hier gibt es Versäumnisse, die im Interesse der gesunden Entwicklung der Kinder beseitigt werden müssen.

Es ist eine beeindruckende Errungenschaft des Sozialismus, daß sich die ganze Gesellschaft für eine hohe Bildung und gute Erziehung der heranwachsenden Generation zutiefst verantwortlich fühlt. Mit der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bildeten sich dafür neue Bedingungen heraus, und die Bereitschaft breiter gesellschaftlicher Kräfte ist spürbar gewachsen. In fester Gemeinschaft mit der sozialistischen Schule, der FDJ und der Pionierorganisation »Ernst Thälmann« vermitteln heute Eltern, Werktätige der Betriebe und Einrichtungen, Kunst- und Kulturschaffende, Angehörige bewaffneter Organe, Mitglieder befreundeter Parteien und gesellschaftlicher Organisationen ihre Kampf-, Arbeits- und Lebenserfahrungen an die Jugend.

Besonders hervorheben möchte ich die Nutzung der vielfältigen Möglichkeiten der sozialistischen Betriebe als Bildungs- und Erziehungsstätten der Schuljugend. Einer soliden polytechnischen Ausbildung in allen Kombinat, Betrieben und Genossenschaften gilt es weiterhin große Aufmerksamkeit zu schenken. Das Vertrautmachen der jungen Menschen mit den Anforderungen, wie sie sich aus Wissenschaft, Technik und Produktion ergeben, gewinnt weiter an Bedeutung. Die Betriebe sollten dafür sorgen, die Schüler auch an Informatik und Rechentechnik heranzuführen, sie im Rahmen der Messe der Meister von morgen in noch stärkerem Maße einzubeziehen. Schließlich wollen wir die vielseitigen Patenschaftsbeziehungen zwischen Schulen und Betrieben, Brigaden und Schulklassen nicht mehr missen. Auch ist es von großer sozialpolitischer Bedeutung, daß die Werktätigen ihre Kinder in den Ferienlagern in guter Obhut wissen.

Aufgabe der Kreisleitungen und der Parteiorganisationen aller Bereiche bleibt es, dem Wirken aller gesellschaftlichen Kräfte Ziel und Richtung zu geben und für die Sicherung aller Bedingungen für eine qualifizierte Arbeit der Volksbildungseinrichtungen zu sorgen.

Das Politbüro und der Ministerrat haben beschlossen, den IX. Pädagogischen Kongreß für den 12. bis 15. Juni 1989 nach Berlin einzuberufen. Der Kongreß wird die Bilanz der Verwirklichung des Bildungskonzepts des XI. Parteitages der SED ziehen und über die Aufgaben bei der weiteren Profilierung der Schule der entwickelten sozialistischen Gesellschaft beraten.

Die Einberufung des IX. Pädagogischen Kongresses hat große Zustimmung unter den Lehrern und Erziehern wie in der ganzen Gesellschaft gefunden und neue Initiativen in den Einrichtungen der Volksbildung ausgelöst. Die beste Vorbereitung ist gute tägliche Arbeit durch alle Pädagogen und die gesellschaftlichen Partner unserer Schule. Von den Leitungen der Partei und Gewerkschaft erwarten wir, daß sie die Initiativen der Pädagogen fördern, für die Verallgemeinerung bester Erfahrungen sorgen und im lebendigen Dialog mit den Lehrern und Erziehern sind.

Überall ein interessantes, vielgestaltiges, anregendes Kulturleben fördern

Liebe Genossinnen und Genossen!

Es entspricht dem humanistischen Wesen der sozialistischen Gesellschaft, alles für die volle Entfaltung der Individualität ihrer Mitglieder zu tun. Dazu vermögen Kunst und Kultur sehr viel beizutragen. Deshalb liegt uns daran, überall ein interessantes, vielgestaltiges und anregendes Kulturleben zu fördern, das von den Werten und Idealen des Sozialismus geprägt ist. Das stellt selbstverständlich hohe Anforderungen an die politisch-ideologische Arbeit der Kreisleitungen, die Hebung des Niveaus der politisch-ideologischen Arbeit mit den Kultur- und Kunstschaaffenden, die Führung des persönlichen Gesprächs sowie die Lösung der Aufgaben auf dem jeweiligen Gebiet, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen dort, wo sie nötig ist.

In wenigen Monaten werden im Bezirk Frankfurt (Oder) die 22. Arbeiterfestspiele der DDR und die 11. Kulturfesttage der sozialistischen Landwirtschaft stattfinden. Von ihrer Vorbereitung und Durchführung gehen wichtige Impulse für die weitere Erhöhung des Kulturniveaus der Arbeiterklasse und ihres Einflusses auf die sozialistische Kultur und Kunst aus. Die Kreisleitungen sollten ihre Aufmerksamkeit weiterhin auf die Gestaltung eines reichen Kulturlebens der Arbeitskollektive auf der Grundlage von Kultur- und Bildungsplänen, auf ein noch höheres Niveau der Betriebsfestspiele, die Förderung des kulturellen und künstlerischen Volks-

schaffens und die Vertiefung der Beziehungen zwischen Arbeitern und Künstlern richten. Besondere Beachtung sollte dabei die Befriedigung der kulturellen Interessen der Schichtarbeiter finden.

Zum sozialistischen Dorf gehört eine hohe landwirtschaftliche Produktion ebenso wie ein reges geistig-kulturelles Leben. In diesem Sinne sollte überall dafür gesorgt werden, daß sich die Gemeinschaftsarbeit zwischen den Gemeindevertretungen und ihren Räten, den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Betrieben und Einrichtungen, den gesellschaftlichen Organisationen, den Ausschüssen der Nationalen Front, den Dorf- und Jugendklubs auf der Grundlage einheitlicher Jahreskulturpläne noch effektiver gestaltet.

Die IV. Zentrale Konferenz der Klub- und Kulturhausleiter hat erneut deutlich gemacht, wie diese Einrichtungen für eine sinnerfüllte Freizeitgestaltung anregend wirken und immer besser zur Ausprägung sozialistischer Persönlichkeiten und deren Lebensweise beitragen. Die Kreisleitungen sollten auf Inhalt, Qualität und Wirksamkeit der Veranstaltungen in den Kulturhäusern und Klubs stärker Einfluß nehmen und die örtlichen Organe unterstützen, daß alle für die Klubarbeit geeigneten Möglichkeiten und Räumlichkeiten, unabhängig von ihrer Unterstellung, genutzt werden. Das trifft besonders für ein vielfältiges Kulturleben der jungen Generation zu.

Zur Verwirklichung der Beschlüsse unseres XI. Parteitages haben die Mitglieder des Kulturbundes der DDR in Aktionsprogrammen der Kreisorganisationen vielfältige neue Aktivitäten ihres breiten, demokratischen Mitwirkens an der Gestaltung eines inhaltsreichen geistig-kulturellen Lebens beschlossen. Wir begrüßen diese Initiative. Der Kulturbund sollte noch nachhaltiger Unterstützung erhalten, damit der schöpferische Meinungsaustausch zu aktuellen Fragen unserer Zeit in den Ortsgruppen, Klubs der Intelligenz und Klubgemeinschaften sowie in den Gesellschaften und Verbänden wirkungsvoller geführt werden kann. Für diese Begegnungen und Gespräche sollten vor allem noch mehr Angehörige der jungen Intelligenz aus Wissenschaft, Industrie und Landwirtschaft interessiert werden.

Nach dem Beispiel der »Tage der Wissenschaft und Kultur«, die bereits in vielen Kreisen stattfinden, gilt es, die Bürger zu vielfältiger geistig-kultureller Betätigung anzuregen. Durch die weitere Bildung von Freundeskreisen und Interessengemeinschaften lassen sich neue Möglichkeiten schöpferischer Beteiligung am kulturellen Volksschaffen erschließen.

Die Volkskunstschaffenden der DDR erfüllen ehrenvoll ihre Verpflichtungen im Volkskunaufgebot »Unsere Tat und unser Schöpfungertum für

ein sinnerfülltes Leben im Sozialismus und Frieden«. Über 8900 neue Programme und Werke sind entstanden, 2309 neue Volkskunstkollektive wurden gebildet. Orientiert an den gesellschaftlichen Höhepunkten und an den wachsenden Anforderungen des kulturellen Alltags, hat das künstlerische Volksschaffen bei der Vermittlung der Werte und Ideale des Sozialismus und der Pflege des humanistischen und revolutionären Erbes einen weiteren Aufschwung genommen. Auf diesem Fundament gilt es jetzt, das Volkskunstaufgebot bis zum 40. Jahrestag der Gründung unserer Republik zielstrebig weiterzuführen.

Kunst und Literatur erfreuen sich in unserem Lande hoher Wertschätzung. Das gesellschaftliche Interesse an künstlerischen Leistungen wächst in dem Maße, wie alle für die Bildung des Volkes verantwortlichen Organe und Leitungen die Inbesitznahme der Künste als unverzichtbaren Bestandteil unseres Leben begreifen und den alltäglichen Umgang mit ihnen vorleben und verwirklichen.

Auf dem X. Schriftstellerkongreß konnten die Meister des Wortes die gesellschaftliche Verantwortung und Wirkung der Literatur überzeugend zur Sprache bringen. Die X. Kunstausstellung der DDR in Dresden findet eine nach Hunderttausenden zählende Besucherschar und Kunstwerke, die zum streitbaren Gespräch über Fragen des Lebens und der Kunst anregen. Kunst und Literatur beeinflussen immer nachhaltiger das Denken, Fühlen und Handeln der Menschen. Ihre Wirkung auf kulturvolle Umgangsformen und ästhetisches Empfinden, Ausprägung von Schöpfertum, Lebensfreude und Phantasie ist unbestritten.

Mit Anerkennung und wachsendem Interesse nimmt ein immer größer werdender Teil der Bürger unseres Landes das Angebot zeitgenössischer Literatur und bildender Kunst, der Musik und des Theaters, des Films und der Unterhaltungskunst auf, gleichermaßen die Interpretation der Werke der Weltkunst und des reichen Kunsterbes. Den Erfahrungen im Umgang der Werktätigen mit den Künstlern in Bezirken und Kreisen, die auf unserer vorjährigen Beratung genannt wurden, haben sich neue hinzugesellt. Wir sind davon überzeugt, daß die Erfahrungen, die dabei gesammelt wurden, überall gründlich ausgewertet und auch bei der Vorbereitung des Kongresses der Unterhaltungskunst im Jahr 1989, dem 40. Jahr der DDR, stimulierend wirken werden.

Wir sollten davon ausgehen, daß in allen Territorien vielfältige und interessante Begegnungen mit den Künsten und Künstlern möglich sind. Dabei können die örtlichen Einrichtungen noch effektiver und wirkungsvoller genutzt werden. Alle schöpferischen und materiellen Potenzen der Kreise und Bezirke sollten noch gezielter zur Wirkung kommen.

Zum Zusammenleben mit der im Kreis ansässigen künstlerischen Intelligenz, zu ihrer Einbeziehung in das gesellschaftliche Leben, insbesondere auch der jungen Künstler, möchte ich erneut bekräftigen, daß wir uns stets von der Achtung und der Fürsorge für jedes künstlerische Talent leiten lassen. Wir werden auch weiterhin die vertrauensvollen Beziehungen zwischen unserer Partei und den Kunst- und Kulturschaffenden festigen und eine schöpferische Atmosphäre fördern, die dem Entstehen bedeutender Kunstleistungen günstig ist.

Zielstrebig sollten die kulturpolitischen Höhepunkte der Erbpflege und -verbreitung in unserem Land genutzt werden, um die wertvollen Traditionen noch stärker im kulturellen Alltag zu verankern und daraus Impulse für das Denken, Fühlen und Handeln sozialistischer Persönlichkeiten zu gewinnen. Wichtige kulturelle Gedenktage, unter anderem für Bertolt Brecht, Hanns Eisler und Friedrich Wolf sowie der 500. Geburtstag Thomas Müntzers im kommenden Jahr, bieten vielfältige Möglichkeiten, um das revolutionäre Kunst- und Kulturerbe vor allem auch der jungen Generation auf bewegende Weise nahezubringen.

Von großer Bedeutung sind die im Territorium unmittelbar gegenwärtigen Werte des Kulturerbes für die weitere Vertiefung des sozialistischen Heimat- und Geschichtsbewußtseins, für das Wohlbefinden der Bürger und für das charakteristische Bild und kulturelle Profil der Städte und Gemeinden, Kreise und Regionen. Das gilt für die Schätze der Künste und der Wissenschaften ebenso wie für die Werte des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen, die gegenständlichen Zeugnisse der Geschichte, die Traditionen in den Sitten und Bräuchen und der Gestaltung von Volksfesten.

In diesem Jahr geht es darum, die Kulturtage der DDR mit der Volksrepublik Bulgarien, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik zu kulturpolitischen Höhepunkten in unseren Beziehungen mit diesen Ländern zu gestalten. Eigene Beiträge zur Darstellung kultureller Leistungen des Gastlandes, aber auch kulturelle und künstlerische Gemeinschaftsvorhaben mit Partnern des Bruderlandes unter breiter Einbeziehung des künstlerischen Nachwuchses sollen das Gesicht der Kulturtage prägen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Für unsere Partei ist die weitere Vervollkommnung des Gesundheitsschutzes und der sozialen Betreuung der Bürger ein sozialpolitisches Grundanliegen, ein untrennbarer Bestandteil unserer gesellschaftlichen Strategie, in deren Mittelpunkt der Mensch steht. Davon ausgehend hat sich das Politbüro auch im vergangenen Jahr mehrfach mit der Lage im

Gesundheits- und Sozialwesen befaßt und Maßnahmen zu seiner Vervollkommnung festgelegt. Sie gewährleisten die zunehmenden gesellschaftlichen Aufwendungen, die erforderlich sind, um die wissenschaftlich begründeten größeren Möglichkeiten zur Vorbeugung und Bekämpfung von Krankheiten erfolgreich zu nutzen. Ein geflügeltes Wort besagt, daß die Gesundheit unser höchstes Gut ist. Viele bewerten daher in nicht wenigen Fällen einen wesentlichen Teil der Qualität ihres Lebens im Sozialismus danach, wie leistungsfähig sich ihnen das Gesundheitswesen und seine Mitarbeiter darstellen.

Auf dem vom XI. Parteitag der SED vorgezeichneten Weg wurden auch bei der medizinischen und sozialen Betreuung der Bürger Fortschritte erreicht. Wir schätzen sehr die verantwortungsbewußte und wirkungsvolle Tätigkeit vieler Tausender Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, der Schwestern, Gemeindeschwestern, der Krippenerzieherinnen, der Mitarbeiter in den Feierabend- und Pflegeheimen und aller anderen Mitarbeiter des Gesundheits- und Sozialwesens, die insbesondere die materielle und technische Sicherstellung der medizinischen und sozialen Betreuung gewährleisten. Ihnen ist es in hohem Maße zu danken, daß sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung weiterhin verbessert. Das zeigt sich u. a. in der Senkung der Säuglingssterblichkeit auf nunmehr 8,5 pro 1000 Lebendgeborene und in der Senkung des Krankenstandes. Dazu trug die weitere Steigerung der Zahl von komplizierten Operationen und vielen anderen Leistungen bei. Möglich war dies, weil das Wissen und Können der medizinischen Kräfte angewachsen ist und es gelang, materiell-technische Bedingungen ihrer Arbeit zu verbessern. Auch im Gesundheitswesen besteht eine große Reserve darin, ungerechtfertigte Unterschiede in den Leistungen zu überwinden und die vorhandenen personellen und materiellen Ressourcen überall noch effektiver zu nutzen.

Weiterhin kommt es darauf an, jene gesundheitspolitischen Aufgaben vorrangig zu lösen, die im Alltag für die große Mehrheit der Bürger besonders wichtig sind. Dazu gehört eine stabile hausärztliche Betreuung als Kernstück der Grundbetreuung, die in jedem Kreis der DDR auf höchstmöglichem Niveau gewährleistet werden muß. Der hierzu vom Politbüro im November 1987 gefaßte Beschluß hat strategische Bedeutung für die weitere Leistungserhöhung im Gesundheitswesen als Ganzes. Für die Kreisleitungen der Partei besteht die Aufgabe jetzt darin, für konkrete Maßnahmen zu seiner konsequenten Verwirklichung Sorge zu tragen. Vor allem in Großstädten und industriellen Ballungsgebieten muß es auf seiner Grundlage gelingen, eine größere Zahl von Fachärzten für Allgemeinmedizin für die hausärztliche Betreuung einzusetzen, sie in die-

sen Territorien dauerhaft anzusiedeln und feste vertrauensvolle Beziehungen zwischen den betreuten Bürgern und dem Gesundheitswesen herzustellen. Das erfordert eine höhere Qualität der politisch-ideologischen Arbeit der Kreisleitungen, der Grundorganisationen, eine höhere Qualität der staatlichen Leitungstätigkeit im Kreis und im Bezirk und setzt neue Maßstäbe für die qualifizierte und koordinierte Leitung durch das Ministerium für Gesundheitswesen.

Ein zweiter Schwerpunkt besteht in der weiteren Ausprägung des vorbeugenden Gesundheitsschutzes als gesamtgesellschaftliches Anliegen. Das entspricht dem bekannten Satz »Vorbeugen ist besser als heilen« und geht nicht allein das Gesundheits- und Sozialwesen an. Selbstverständlich erwarten wir in erster Linie von den Medizinern, daß sie zweckmäßige Vorschläge für eine gesundheitsfördernde Gestaltung des Lebens unterbreiten, daß sie den Menschen erklären, wie man sich gesund und leistungsfähig erhalten kann und dadurch eine höhere Lebensqualität erreicht.

Andererseits ist vorbeugender Gesundheitsschutz zugleich mit der weiteren Entwicklung der sozialistischen Lebensweise überhaupt verbunden. In dem Maße, wie sich die Persönlichkeit des Menschen im Sozialismus ausprägt, sollte auch die Erhaltung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit zu einem festen Bestandteil der eigenen Lebensgestaltung und der Lebenskultur werden. Vorbeugender Gesundheitsschutz bedeutet also stets auch, die Bürger für eine entsprechende Lebensführung zu gewinnen. Das Fernsehen, der Rundfunk, die Presse, die FDJ, die Gewerkschaften, weitere gesellschaftliche Organisationen, Volksvertretungen, Gesundheits- und Hygieneaktive in den Betrieben, die URANIA, medizinische Hochschuleinrichtungen, Krankenhäuser und viele andere bemühen sich durch eine zunehmend wirksamere Öffentlichkeitsarbeit, Wissen und Motivation dafür zu vermitteln. Daß dabei Fragen der Ernährung, der Bewegung, das Vermeiden schädigender Gewohnheiten in den Mittelpunkt gestellt werden, entspricht den Bedingungen, wie sie in der DDR und anderen entwickelten Industrieländern bestehen. Das wichtigste ist das Verantwortungsbewußtsein der Bürger für die eigene Gesundheit.

Um vor allem die medizinische Grundbetreuung weiter zu verbessern, gilt es, das Medizin- und Stomatologiestudium neu zu gestalten. Das wird einen Schwerpunkt der Arbeit an den medizinischen Hochschuleinrichtungen bilden. Besonderes Augenmerk ist der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Stärkung der biomedizinischen Grundlagenforschung sowie deren Verbindung zur klinischen Forschung zu widmen. Vor der medizinischen Forschung insgesamt steht die Auf-

gabe, das inzwischen weiter gewachsene Potential noch besser zur Entfaltung zu bringen. Es gilt, alle Reserven zu nutzen, um medizinische Forschungsleistungen unter günstigen materiell-technischen Bedingungen zu ermöglichen und das Leistungspotential durch bessere Kooperation und wirksamere Auslastung der Grundfonds zu erhöhen.

In den letzten Wochen erhielten wir nicht wenige kritische Hinweise und Vorschläge von Bürgern und Mitarbeitern des Gesundheits- und Sozialwesens zur besseren Versorgung mit vielen kleinen Dingen, die nun einmal für die tägliche Arbeit in der medizinischen und sozialen Betreuung unerlässlich sind. Das Politbüro hat deshalb die staatlichen Organe beauftragt, mit dem Plan 1988 eine stabile Versorgung der Bürger und der Gesundheitseinrichtungen mit hochwertigen Arzneimitteln, Medizintechnik, medizinischem Verbrauchsmaterial und weiteren Materialien zu gewährleisten, die für die Funktion der Gesundheitseinrichtungen benötigt werden.

Die Leistungsfähigkeit der medizinischen Industrie der DDR ist langfristig so zu entwickeln, daß der Bedarf an Verbrauchsmaterial und hochwertiger Medizintechnik zunehmend besser aus der eigenen Produktion gedeckt wird. Natürlich erwarten wir auch einen rationellen Umgang mit den bereitgestellten Fonds. Durch eine noch engere und frühzeitige Zusammenarbeit von medizinischen Forschungseinrichtungen und leistungsfähigen Industriepartnern sind Forschungsergebnisse rascher in die Produktion zu überführen. Beispielhaft hierfür sind die Erfahrungen bei der Zusammenarbeit des VEB Kombinat Carl Zeiss mit medizinischen Institutionen der Friedrich-Schiller-Universität und anderen, die es zu verallgemeinern gilt.

Die Kreisleitungen sollten ihre Parteikontrolle weiter verstärken, damit alle im Plan gesetzlich festgelegten Aufgaben für die Entwicklung des Gesundheits- und Sozialwesens abstrichlos erfüllt werden. Besonders wichtig ist es, in den neuen und rekonstruierten Wohngebieten günstige Bedingungen für die medizinische Betreuung der Bürger zu schaffen. Neben Polikliniken und großen Ambulatorien sollten dabei auch kleinere Ambulatorien, insbesondere für die hausärztliche Betreuung der Bürger, eingerichtet werden. Wir unterstützen alle Initiativen zur Werterhaltung und Modernisierung von medizinischen Einrichtungen. Gute Ergebnisse werden dort erreicht, wo die örtlichen Räte diese planmäßigen Arbeiten mit der Erschließung zusätzlicher Reserven durch Kommunalverträge oder durch territoriale Rationalisierung verbinden, wie das zum Beispiel in Auerbach, Bernburg, Gotha oder in Zwickau geschieht.

Durch die Entwicklung von Initiativen und Kampfpositionen in den

Gesundheitseinrichtungen, die Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte, besonders auch des Deutschen Roten Kreuzes der DDR, sind die Qualität und Effektivität der Arbeit weiter zu erhöhen. Das Ziel bleibt, einen wesentlichen medizinischen Beitrag zur Leistungsfähigkeit und zum Wohlergehen der Bürger zu erbringen.

Jeder Bürger hat alle Möglichkeiten für gute Arbeit und weiten Raum für demokratische Mitwirkung

Liebe Genossinnen und Genossen!

Gestützt auf das »Manifest der Kommunistischen Partei« von Marx und Engels, auf die Erkenntnis, daß »die ausgebeutete und unterdrückte Klasse (das Proletariat) sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse (der Bourgeoisie) befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien«¹, hat unsere Partei den Aufbau des Sozialismus von Anfang an mit der Aufgabe verbunden, ein festes Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und allen anderen werktätigen Klassen und Schichten zu schaffen. Das stand im Einklang mit den Lebensinteressen aller, entsprach entscheidenden Lehren aus der deutschen Geschichte und erwies sich als grundlegendes Erfordernis der sozialistischen Revolution unter den Bedingungen unseres Landes. Es galt, an die im Kampf gegen Faschismus und Krieg lebendigen revolutionären und humanistischen Traditionen, an die Motivationen der Besten unseres Volkes anzuknüpfen und ihnen eine neue gesellschaftliche Perspektive zu eröffnen.

Je wirksamer wir durch stabile Macht- und Eigentumsverhältnisse die Ideale der Arbeiterklasse, die Ideale von Frieden und Freiheit, von Demokratie und Menschenwürde praktisch zur Geltung brachten, desto mehr wurden sie für alle sozialen Kräfte zum Ziel der eigenen Mitarbeit, ihres Handelns bei der Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik als des gemeinsamen Vaterlandes. In ihrem gesellschaftlichen Engagement für den Sozialismus sind von der ersten Stunde des antifaschistisch-demokratischen Neubeginns bis heute die Erfahrungen des revolutionären Kampfes der deutschen Bauern, Anliegen liberaler und bürgerlich-demokratischer Gesinnung ebenso bewahrt wie die Konsequenzen aus christlicher Ethik.

1 Friedrich Engels: Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1883. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 4, S. 577.

Die ständige Vervollkommnung der kameradschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse, der Klasse der Genossenschaftsbauern, den Angehörigen der Intelligenz und den anderen Werktätigen ist und bleibt ein Grundpfeiler der Gesellschaftsstrategie der SED. Jeder Bürger, gleich welcher sozialen Herkunft, unabhängig von Weltanschauung und Religion, hat alle Möglichkeiten für gute Arbeit und weiten Raum für demokratische Mitwirkung an unserer gemeinsamen Sache. So wird es auch in Zukunft sein.

Ausgehend davon widmet die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands dem Zusammenwirken mit den befreundeten Parteien, mit allen im Demokratischen Block und in der Nationalen Front der DDR vereinten gesellschaftlichen Kräften ihre besondere Aufmerksamkeit. Unser Miteinander ist enger denn je, und in allen Fragen der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung herrscht volle Übereinstimmung. In ihren Aktivitäten lassen sich unsere Weg- und Kampfgefährten von der Erkenntnis leiten, daß der dem Wohle aller Bürger dienende Kurs, den wir gemeinsam seit mehr als 16 Jahren steuern, auch an die gesellschaftliche Mitverantwortung ihrer Parteien ständig höhere Ansprüche stellt.

Ganz in diesem Sinne haben die Demokratische Bauernpartei Deutschlands, die Christlich-Demokratische Union Deutschlands, die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands und die National-Demokratische Partei Deutschlands auf ihren Parteitag im vergangenen Jahr die nächsten Aufgaben für die eigenen Bündnisbeiträge beschlossen. Von großem Gewicht ist, daß sie ihren spezifischen Möglichkeiten entsprechend Fragen der wissenschaftlich-technischen Revolution wie die Entwicklung und Anwendung von Schlüsseltechnologien in Industrie und Landwirtschaft mehr denn je in das Blickfeld der Parteiarbeit stellen und sich gleichzeitig verstärkt der Entwicklung ihrer traditionellen Initiativen zuwenden. Das betrifft vor allem die Anstrengungen zur weiteren Verbesserung der Reparatur-, Dienst- und Versorgungsleistungen in Stadt und Land, einschließlich der Förderung von privaten Handwerkern und Geschäftsleuten. Wir freuen uns über diese Aktivitäten und unterstützen sie, liegen sie doch ganz im Interesse aller Bürger.

Auch auf vielen anderen Gebieten leisten die DBD, die CDU, die LDPD und die NDPD mit ihren insgesamt 466 000 Mitgliedern eine verantwortungsvolle Arbeit. Über 60 000 Angehörige der befreundeten Parteien sind Abgeordnete der Volksvertretungen, nahezu 50 000 üben leitende Funktionen in Industrie und Landwirtschaft, im Gesundheitswesen, in Wissenschaft, Bildung, Kultur und anderen gesellschaftlichen Bereichen aus, 88 000 wirken in den Ausschüssen und Arbeitsgruppen

der Nationalen Front mit. Überall sind ihr Wort und ihre Tat hochgeschätzt.

Wir sind mit den befreundeten Parteien einer Meinung, daß sich die gemeinsame Arbeit zum Nutzen des gesellschaftlichen Ganzen wie jedes einzelnen Bürgers stets gut entwickeln wird, wenn sie von dem in Jahrzehnten erprobten Grundsatz geleitet wird: Vertrauen gegen Vertrauen. Das bestimmt die regelmäßigen Gespräche mit den Vorsitzenden der befreundeten Parteien und dem Präsidenten des Nationalrates der Nationalen Front. Jede Kreisleitung der Partei ist aufgefordert, ebenso mit den Leitungen der befreundeten Parteien stets alle politischen und ideologischen Grundfragen wie die Aufgaben der Kommunalpolitik gründlich zu beraten und sie gemeinsam im Territorium umzusetzen.

Einen geachteten Platz nimmt in unserer Gesellschaft die Nationale Front der DDR ein. Sie wurde unter Führung der Arbeiterklasse und unserer Partei zur breitesten antifaschistisch-demokratischen und schließlich sozialistischen Volksbewegung, die zum Werden und Wachsen unseres Staates einen beachtlichen Beitrag geleistet hat. Wesentlichen Anteil hat die Nationale Front daran, daß sie der Zusammenarbeit der Parteien und Massenorganisationen, dem Anliegen der Bürger, mitzuarbeiten, mitzuplanen und mitzuregieren, ein vielfältiges Betätigungsfeld bietet.

Unsere Anerkennung gilt der ehrenamtlichen Arbeit von Kommunisten, Mitgliedern der befreundeten Parteien und parteilosen Bürgern in den Ausschüssen der Nationalen Front der DDR, ihren zahlreichen Arbeitsgruppen, Kommissionen und Aktivs sowie in den Haus- und Straßengemeinschaften. Es ist ihr wichtigstes Anliegen, als Vertrauensleute der Bürger zu wirken, das kameradschaftliche Miteinander in den Wohngebieten zu fördern und auch Gesprächspartner für Handwerker und Gewerbetreibende, für kirchliche Amtsträger und christliche Kreise zu sein.

Die ausgezeichneten Ergebnisse bei der Verwirklichung des vom Nationalrat der Nationalen Front vor einem Jahr beschlossenen Aktionsprogramms »Ziele der Bürgerinitiative bis 1990 – Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!« sind eindrucksvoller Beleg für die Verbundenheit und Liebe der Bürger zu ihrem sozialistischen Vaterland. So wurden 1987 Eigenleistungen zur Erhaltung von Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen sowie zur Verschönerung der Wohnumwelt im Umfang von 11,5 Milliarden Mark erbracht, über 177 000 Wohnungen für Veteranen der Arbeit und hilfsbedürftige Bürger renoviert, 400 000 Tonnen Schrott und 290 000 Tonnen Altpapier aus den Haushalten gesammelt sowie weitere Materialreserven erschlossen.

Mit den Erfahrungen der besten Städte und Gemeinden kommt es dar-

auf an, die Initiativen der Nationalen Front, insbesondere zur Erfüllung des Wohnungsbauprogramms, überall wirkungsvoll zu unterstützen. Von unseren Genossen in den Ausschüssen und Hausgemeinschaften erwarten wir, daß sie dabei mit gutem Beispiel vorangehen.

Die weitere Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie und die Aufgaben der Kommunalpolitik

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Ergebnisse unserer Kommunalpolitik belegen, wie sich die sachkundige Mitarbeit der Bürger aller Klassen und Schichten an den gesellschaftlichen Angelegenheiten entwickelt. Indem sie ihre umfassenden Rechte wahrnehmen, beeinflussen die 206 000 Abgeordneten und 60 000 Nachfolgekandidaten der örtlichen Volksvertretungen zusammen mit den 186 000 Bürgern, die in ständigen Kommissionen der Volksvertretungen tätig sind, die Entscheidungsfindung, Durchführung und Kontrolle der staatlichen Arbeit. 7500 hauptamtliche Bürgermeister der Städte und Gemeinden und über 3800 ehrenamtliche stellvertretende Bürgermeister in Dörfern und Ortsteilen erfüllen ihr Amt als Vertrauenspersonen der Bürger. Die örtlichen Staatsorgane nutzen den größeren Entscheidungsspielraum, der sich aus dem Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen ergibt, für die Leistungssteigerung und die kontinuierliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in ihrem Territorium. Durch all das wird bestätigt, daß die Hauptrichtung der Entwicklung der Staatsmacht die weitere Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie ist.

Dabei hilft die Kommunalpolitik, territoriale Ressourcen noch besser zu erschließen. Immer mehr wird die Gemeinschaftsarbeit zwischen den örtlichen Staatsorganen und den Betrieben, Genossenschaften und Einrichtungen im Territorium zur Schlüsselfrage einer hohen Qualität unserer Kommunalpolitik. Interessengemeinschaften und Kommunalverträge gewinnen in allen Kreisen an Gewicht. Im Kern geht es um ein schnelleres Wachstumstempo in den Bereichen, die den örtlichen Organen direkt unterstellt sind, um spürbare Verbesserungen der Lebens- und Wohnbedingungen der Bürger und zugleich um günstigere territoriale Voraussetzungen für die Leistungssteigerung der zentralgeleiteten Kombinate und ihrer Betriebe. Die territoriale Rationalisierung sollte mehr als bisher auch dem kreisgeleiteten Bauwesen und der Gebäudewirtschaft, den kom-

munalen Dienstleistungsbetrieben sowie den Betrieben der Stadtwirtschaft und des Nahverkehrs zugute kommen.

Eine hohe Verantwortung tragen die örtlichen Staatsorgane in bezug auf die Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem. Dafür sind alle Möglichkeiten der Territorien, einschließlich der Initiativen der Bürger und der Potenzen der Betriebe, Genossenschaften und Einrichtungen, zu nutzen. Besonders in den großen und mittleren Städten sind Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft konsequenter miteinander zu verbinden. Die Untersuchung der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion, wie die Wohnraumlenkungsverordnung in über 1000 örtlichen Räten realisiert wird, und ihre Auswertung im Politbüro haben wesentliche Anregungen für die Arbeit in den Kreisen vermittelt. Hier zeigte sich erneut der große Nutzen der Volkskontrolle und wie notwendig es ist, die ABI als wichtiges Feld sozialistischer Demokratie zu fördern.

Die ersten Resultate seit der Kontrolle reichen jedoch nicht aus. Wichtig ist, Wohnungsanträge an Ort und Stelle zu überprüfen, persönliche Aussprachen zu führen und die gesetzlichen Fristen zur positiven oder auch negativen Entscheidung über die Anträge strikt einzuhalten. Verantwortungsbewußter ist die soziale Dringlichkeit einzuschätzen. Die von den Volksvertretungen bestätigten Vergabepläne sind bindend und dementsprechend zu erfüllen. Arbeiterfamilien und jungen Eheleuten sollte noch schneller geholfen werden. Für die weitere Verbesserung der Wohnbedingungen durch freiwilligen Wohnungstausch kommt den Wohnungstauschzentralen, jeweils mit einem Umzugsservice gekoppelt, große Bedeutung zu.

Unsere Kreisleitungen sollten darauf drängen, die Qualifikation der Mitarbeiter in den wohnungspolitischen Abteilungen zu erhöhen und den Parteieinfluß zu stärken. Es bewährt sich, in jedem Kreis über die Lage und die Aufgaben zur Lösung der Wohnungsfrage gründlich zu informieren und die gewerkschaftlichen und örtlichen Wohnungskommissionen aktiver einzubeziehen. Angesichts der komplizierten Situation bei der materiell-technischen Sicherung stadtwirtschaftlicher Leistungen sollten im Territorium verstärkt alle Möglichkeiten der ansässigen Betriebe zur Pflege, Instandhaltung und Instandsetzung der Technik sowie zur Herstellung von Rationalisierungsmitteln ausgeschöpft werden.

Welches Gebiet der Kommunalpolitik man auch immer nimmt, schneller geht es dort voran, wo die Bürger über die Politik unserer Partei und des Staates Bescheid wissen und unmittelbar spüren, daß sie den Gang der Dinge beeinflussen. Gestützt auf die Parteigruppen in den Volksvertretungen, sollten die Kreisleitungen das enge Miteinander von Volksver-

betreuung, örtlichem Rat und Bürgern fördern. Keine Entscheidung von Belang sollte im kommunalen Bereich getroffen werden, ohne daß sie gründlich mit Bürgern und Abgeordneten beraten und in der Volksvertretung nach eingehender Debatte beschlossen worden ist. Auch brauchen wir eine größere Aufmerksamkeit für die Einhaltung der Stadt- und Gemeindeordnungen. Auf ihrer Grundlage kann noch viel für Ordnung, Sauberkeit und Hygiene getan werden.

Hervorheben möchte ich die sachkundige, unbürokratische Bearbeitung der Eingaben. Bei aller Belastung darf niemals vergessen werden, daß es zur Pflicht jedes verantwortlichen Leiters gehört, mit den Bürgern über ihre Anliegen persönlich zu sprechen und ihnen auf ihre Fragen oder Hinweise eindeutige, den Gesetzen entsprechende Antworten zu geben.

Die nächsten Kommunalwahlen werden turnusmäßig im Mai 1989 stattfinden. Langfristig sollten die Kreisleitungen die Vorbereitung erfahrener, politisch und fachlich gut ausgebildeter Kader, insbesondere für die Bürgermeisterfunktion, unterstützen. Wir gehen davon aus, daß die uns befreundeten Parteien ebenso wie wir an der Vorbereitung von Kandidaten arbeiten, die sich dem Urteil der Wähler stellen.

In unserem sozialistischen Staat prägt sich die Rechtssicherheit als Wesensmerkmal des Sozialismus ständig aus. Dafür leisten die Justizorgane der Arbeiter-und-Bauern-Macht eine große Arbeit. Die DDR ist bekanntlich seit langem eines der Länder in der Welt, welche die niedrigsten Kriminalitätsraten zu verzeichnen haben. Im vergangenen Jahr wurden 114 815 Straftaten festgestellt, 690 auf 100 000 Einwohner. Das öffentliche Engagement für Gesetzlichkeit, Ordnung und Disziplin ist gewachsen. Zugenommen hat die Bereitschaft der Bürger, selbst Verantwortung zu übernehmen für eine Atmosphäre, in der jeder in Ruhe und Geborgenheit arbeiten und leben kann.

Das Erreichte auszubauen, Gesetzlichkeit, Ordnung und Sicherheit kontinuierlich zu festigen und Rechtsverletzungen vorzubeugen, bleibt eine ständige Aufgabe. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Rückfallkriminalität und den Straftaten unter Alkoholeinfluß gewidmet werden. Gleichzeitig gilt es, die Bewegung für vorbildliche Ordnung und Sicherheit als Bestandteil des sozialistischen Wettbewerbs sowie die bewußte Achtung der Gesetze der Arbeiter-und-Bauern-Macht durch alle Bürger ohne Ansehen der Person zu fördern.

Die erfolgreiche Durchführung der Amnestie verweist darauf, wie es uns dank der verständnisvollen Zusammenarbeit aller verantwortlichen gesellschaftlichen Kräfte gelingt, Bürger, die mit dem Gesetz in Konflikt

Friedenskräfte nimmt die Gewißheit zu, den Frieden erhalten zu können, und das wiederum bestärkt die Wehrbereitschaft der Bürger. Sie sind sich bewußt, daß die ersten Schritte zur Abrüstung keineswegs die Kapitulation jener bedeuten, die der Welt nach wie vor ihren Willen mit Rüstung und Krieg aufzwingen möchten.

Die Sicherheit der DDR gegenüber militärischen Angriffen wird im Rahmen der Verteidigungskoalition des Warschauer Vertrages durch die Gefechtsbereitschaft der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR, in enger Waffenbrüderschaft mit der Sowjetarmee und den Bruderarmeen der anderen sozialistischen Länder, gewährleistet. Das Verteidigungspotential der Staaten des Warschauer Vertrages bildet das Gegengewicht zu der Bedrohung, die von den aggressionsfähigen Streitkräften der NATO ausgeht. Dabei stellt die Bundeswehr den Hauptteil der an den Grenzen zur DDR präsenten Verbände.

Die Bündnispflichten der DDR im Warschauer Vertrag schließen ein, die Streitkräfte in angemessener Gefechtsbereitschaft zu halten, sie nach modernen Erfordernissen und den ökonomischen Möglichkeiten auszurüsten. Im Plan sind die notwendigen Mittel enthalten. Auch bei der Landesverteidigung kann höhere Effektivität nur durch Intensivierung erreicht werden.

Bei der Bestimmung des Niveaus der Gefechtsbereitschaft und der Anforderungen an die staatliche Sicherheit sind Veränderungen der Klassenkampfsituation, wissenschaftlich-technische Erkenntnisse und politisch-moralische Faktoren jederzeit aktuell zu berücksichtigen. Für die Parteiorganisationen in den Streitkräften, in den Schutz- und Sicherheitsorganen bleibt der Beschluß des Politbüros vom 11. Juni 1985 auch weiterhin langfristige Orientierung für die Erziehung im Geiste des sozialistischen Patriotismus und des proletarischen Internationalismus.

Der Dienst in den Streitkräften ist bekanntlich nicht leicht. Er erfordert hohes politisches Bewußtsein. Zugleich ist er mit nicht geringem materiellem Aufwand verbunden. Doch den Krieg zu verhindern setzt voraus, keine Überlegenheit eines Aggressors, keinen überraschenden Überfall zuzulassen. Deshalb benötigen wir gefechtsbereite Streitkräfte, brauchen wir einsatzbereite Genossen, die wissen, wofür sie ihren Dienst leisten, die mehr tun, als das Gesetz es befiehlt.

Als ein wichtiger Erfolg unserer politischen Arbeit ist zu betrachten, daß bei der Musterung im vergangenen Jahr 38,9 Prozent der Wehrpflichtigen bereit waren, Soldat auf Zeit oder Berufssoldat zu werden. Die leitenden Genossen unserer Armee und der Schutz- und Sicherheitsorgane, die Parteiorganisationen bestärken wir in ihren Bemühungen, in der Ver-

besserung der Dienst-, Arbeits- und Lebensbedingungen, besonders der Berufskader, und bei der Gestaltung des Wehrdienstes raschere Fortschritte herbeizuführen. Die örtlichen Staatsorgane werden das unterstützen.

Die Gesellschaft für Sport und Technik hat nach ihrem VIII. Kongreß ihr Leistungsvermögen bei der vormilitärischen Ausbildung und im Wehrsport erhöht. Ihr ist als sozialistische Wehrorganisation, gemeinsam mit der FDJ und den Reservistenkollektiven, aufgetragen, vor allem die Jugendlichen bis zum 26. Lebensjahr und die Reservisten für den Wehrsport zu gewinnen und ihre Verteidigungsbereitschaft zu erhöhen.

Eine unter allen Bedingungen gesicherte Staatsgrenze wird auch künftig ein entscheidender Faktor des Friedens und der Sicherheit der gesamten sozialistischen Gemeinschaft sein. Im Konzept des Gegners haben die Angriffe gegen unsere Staatsgrenze wachsende Bedeutung erlangt. Allein im Rahmen der NATO-Herbstmanöver 1987 wurden 17 000 Mann des III. Armeekorps der USA, das in die BRD einflog, unmittelbar im Gelände an der Grenze zur DDR speziell eingewiesen. Um die Pläne des Gegners zu durchkreuzen und keinerlei Angriffe auf die Staatsgrenze zuzulassen, sind das aufeinander abgestimmte Zusammenwirken aller dafür zuständigen Organe und die vertrauensvolle Einbeziehung der Grenzbevölkerung unabdingbare Voraussetzung. Die Direktive des Sekretariats des Zentralkomitees zur Arbeit im Grenzgebiet ist komplex zu erfüllen.

Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse begannen das neue Ausbildungsjahr mit der Wettbewerbslosung »Unsere Friedenstat: Hohe Leistungen am Arbeitsplatz und in der Ausbildung«. Die Kreisleitungen richten ihre Aufmerksamkeit auf die politische Stabilität aller Einheiten, die vollständige personelle Auffüllung und die planmäßige Kaderentwicklung bis in die 90er Jahre. Die Vorhaben zum 35jährigen Bestehen der Kampfgruppen sind Bestandteil der massenpolitischen Arbeit und sollen unter Beweis stellen, daß niemand eine Chance hat, die Errungenschaften der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR anzutasten.

In den Parteiorganisationen der Volkspolizeikreisämter kommt es darauf an, die Kommunisten zu befähigen, unter allen Lagebedingungen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu garantieren. Der politisch-ideologischen Erziehung und der weiteren Befähigung unserer Volkspolizisten zu bürgernaher Arbeit gilt dabei die besondere Aufmerksamkeit. Unverzichtbar ist die ehrenamtliche Tätigkeit der freiwilligen Helfer der Volkspolizei, der Ordnungsgruppen der FDJ, der Kameraden der freiwilligen Feu-

erwehr, der Mitglieder der Verkehrssicherheitsaktivs und der anderen gesellschaftlichen Kräfte.

Bei der Realisierung unserer ökonomischen Strategie wächst auch die Verantwortung der Zivilverteidigung, einen noch größeren Beitrag zur Produktionssicherheit, Versorgungszuverlässigkeit und Schadensbegrenzung im Störfall zu leisten.

Die offensive politisch-ideologische Arbeit in den Parteiorganisationen der Organe für Staatssicherheit trägt dazu bei, daß die Mitarbeiter dem politischen Charakter ihrer Tätigkeit, den Erfordernissen der Friedensoffensive, der Dialogpolitik und der heutigen Klassenkampfbedingungen immer besser gerecht werden. Wichtigste Aufgabe bleibt, gegnerische Absichten und Pläne, der erfolgreichen Entwicklung der DDR zu schaden, rechtzeitig aufzudecken, sie zu verhindern und Überraschungen durch den Gegner auszuschließen. Staatsfeindliche Tätigkeit ist im Ansatz zu unterbinden und auf der Grundlage des sozialistischen Rechts zu ahnden.

Die Genossen der Zollverwaltung unternehmen große Anstrengungen, die für den grenzüberschreitenden Reise- und Postverkehr festgelegten Maßnahmen und Erleichterungen durchzusetzen und ihren Mißbrauch zu verhindern. Jeder Genosse unserer Partei muß auch hier bei der Einhaltung der Gesetze Vorbild sein. Schmuggel und Spekulationen offensiv zu bekämpfen, durch vorbeugendes Handeln Schaden von unserem Staat abzuwenden bleibt unter den Bedingungen der Weltoffenheit der DDR ein entscheidender Auftrag der Zöllner.

Im erweiterten Besucherverkehr zwischen der DDR und der BRD reisten allein im Jahr 1987 über 10 Millionen in beiden Richtungen. Die zuständigen Stellen der BRD wollen sich, wie man feststellen konnte, nicht daran erinnern, daß die hohen Reisekosten, die wir gegenüber der Bundesbahn in Mark und Pfennig aufbringen mußten, die DDR wegen der vom Westen vollzogenen Spaltung der Währung besonders teuer zu stehen kamen. Man versucht vielmehr, den Reiseverkehr für ideologische Diversion und andere subversive Handlungen zu mißbrauchen.

Immer mehr Bürger für den Sport gewinnen

Genossinnen und Genossen!

Morgen werden die XV. Olympischen Winterspiele in Calgary feierlich eröffnet. Olympische Spiele sind in unserer Zeit mehr denn je herausragende sportlich-kulturelle Ereignisse. Sie entsprechen dem Streben der

Jugend aller Kontinente nach fairer sportlicher Begegnung, nach Verständigung und Erhaltung des Friedens. Seit seinem Eintritt in die olympische Arena vor mehr als 30 Jahren hat sich der Sport der DDR stets von den olympischen Idealen leiten lassen, haben sich unsere Olympiakämpfer als würdige Vertreter ihres sozialistischen Vaterlandes erwiesen. Auch jetzt ist die Olympiamannschaft der DDR gut vorbereitet nach Kanada gereist. Dabei wissen wir, daß die Anforderungen im Kampf um höchsten sportlichen Lorbeer nicht geringer geworden sind. Heute bereiten sich die Aktiven vieler Länder gründlich wie nie zuvor auf die internationalen sportlichen Höhepunkte, insbesondere auf das olympische Kräfteressen, vor.

Bekanntlich hat das NOK der DDR in Wahrnehmung seiner Verantwortung dem Internationalen Olympischen Komitee auch die Teilnahme einer DDR-Mannschaft zu den Spielen der XXIV. Olympiade gemeldet. Wir begrüßen diese Entscheidung und gehen davon aus, daß die Sportlerinnen und Sportler der DDR unter den komplizierten Bedingungen in Söul hohe sportliche Leistungen vollbringen werden.

Entsprechend der wachsenden Bedeutung des Leistungssports bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR und den Erfordernissen der internationalen Sportentwicklung hat das Politbüro am 27. Oktober 1987 die »Grundlinie für die perspektivische Entwicklung des Leistungssports der DDR bis zum Jahre 2000« bestätigt. Sie orientiert darauf, daß die DDR auch künftig ihren Platz unter den führenden Sportnationen der Welt behaupten kann. Das bewährte Leistungssportssystem ist weiter zu vervollkommen und noch effektiver zu gestalten. Damit wächst die Verantwortung des DTSB der DDR, seiner Sportverbände, der Sportklubs und der Organe der Volksbildung.

Bekanntlich beginnt die Lösung künftiger Aufgaben im Leistungssport bereits mit der Auswahl junger Sportler für die Trainingszentren. Hier ist stets die Einheit von kommunistischer Erziehung und sportlicher Ausbildung auf hohem Niveau zu sichern. Es sind alle Möglichkeiten für die zielstrebige und zugleich behutsame, altersgemäße Leistungsentwicklung der sportlich begabten Mädchen und Jungen zu nutzen.

Gestützt auf die Nachwuchskommissionen, sollten die Kreisleitungen darauf einwirken, daß Niveauunterschiede zwischen den Trainingszentren überwunden werden. Die diesjährigen Spartakiadekämpfe in den Kreisen sind auf breiter Grundlage vorzubereiten, um noch mehr Schüler in den entsprechenden Altersklassen einzubeziehen. In den Sektionen der Sportgemeinschaften sind die Voraussetzungen zu vervoll-

kommen, daß mehr Kinder und Jugendliche das ganze Jahr über am sportlichen Leben teilnehmen können.

Der zunehmende Einfluß von Wissenschaft und Technik auf die Lebensgestaltung und die Lebensgewohnheiten, die auch physisch neue Anforderungen stellende Beherrschung der Spitztechnologien im Produktionsprozeß beeinflussen die Interessen und Bedürfnisse der Bürger nach aktiver körperlicher und sportlicher Betätigung. Dem ist mit einem breiten Sportangebot durch den DTSB der DDR und seine Verbündeten noch besser Rechnung zu tragen. Vor allem sollte auf solche Formen des Sporttreibens orientiert werden, für die in den Territorien gute Möglichkeiten bestehen.

Die Kreisleitungen sollten die Vorstände des DTSB und des FDGB sowie die FDJ und die staatlichen Leitungen darin bestärken, langfristig möglichst alle Betriebe des Territoriums, auch die mittleren und kleinen, in die Vorbereitung der Kreissportfeste der Werktätigen einzubeziehen. Größere Beachtung verdienen die örtlichen Wettkampfsysteme, insbesondere die Kreismeisterschaften in den einzelnen Sportarten.

Kurzum, Genossinnen und Genossen, unterstützt die Kreisvorstände des DTSB dabei, die sozialistische Sportorganisation ständig zu stärken und zu festigen, immer mehr Bürger für eine regelmäßige sportliche Betätigung zu gewinnen und ihrer Verantwortung für die Auswahl sportlicher Talente, ihre Förderung in den Trainingszentren sowie die Delegation an die Kinder- und Jugendsportschulen, in die Sport- und Fußballklubs gerecht zu werden.

Das große kampferprobte Kollektiv unserer Partei ist auf der Höhe der Zeit

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wie die Parteiorganisationen in allen gesellschaftlichen Bereichen den Anforderungen gerecht werden, hängt natürlich ganz wesentlich von ihrer Kampfkraft, von der Atmosphäre in den Parteikollektiven, der Ausstrahlung auf alle Werktätigen ab. Die Partei ist seit unserem XI. Parteitag weiter an ihren Aufgaben gewachsen und gereift. Ihre Entwicklung als lebendiger Organismus wird durch eine Fülle von Tatsachen belegt, so auch im Bericht über die Mitgliederbewegung der SED im Jahre 1987, den »Neues Deutschland« veröffentlicht hat.

Mit Recht kann man sagen, daß das große, kampferprobte und erfahrene Kollektiv unserer Partei auf der Höhe der Zeit ist. Fest geschart um

das Zentralkomitee und einheitlich handelnd, sieht es seine höchste Verpflichtung darin, den Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, dem Wohle des Volkes zu dienen. Dazu leisten die Kreisleitungen einen beträchtlichen Beitrag, und zugleich ergeben sich daraus ständig höhere Maßstäbe für ihre politische Führungstätigkeit. Vor allem ihnen kommt es zu, die Grundorganisationen so anzuleiten und zu unterstützen, daß sie bei der Realisierung der Beschlüsse des XI. Parteitages und des Zentralkomitees die bestmöglichen Resultate erzielen.

Immer wieder zeigt sich, daß ein lebensverbundener, auf die Schwerpunkte konzentrierter, rationeller Arbeitsstil, zu dem gehört, die Politik unserer Partei überzeugend zu erläutern und die Genossinnen und Genossen, alle Werktätigen in die Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben einzubeziehen, optimale Resultate hervorbringt. Von jedem Kommunisten ist zu erwarten, daß er die Politik der Partei mit ihren guten Ergebnissen und Argumenten überzeugend vertritt und sich bemüht, in Wort und Tat Vorbild bei der Durchsetzung unserer Generallinie zu sein. Alle Parteimitglieder tragen Verantwortung dafür, daß die Bürger verstehen, wie die Lage ist, worauf es ankommt und welche Schlußfolgerungen sich für das eigene staatsbürgerliche Handeln ergeben.

Worauf es jetzt in der ideologischen Arbeit ankommt

Von grundsätzlicher Bedeutung ist, das Niveau der politisch-ideologischen Arbeit der Partei ständig weiter zu erhöhen. Ausgehen können wir von einer großen Aufgeschlossenheit der Menschen, von ihrem wachen Interesse für die Innen- und Außenpolitik und ihrer Bereitschaft, sich mit guter Arbeit für die Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages einzusetzen.

Erstens ist es notwendig, den untrennbaren Zusammenhang von Sozialismus und Frieden bewußt zu machen. Nur der Sozialismus besitzt ein Friedensprogramm, dessen Verwirklichung zur Beseitigung aller Kernwaffen führt, reale Schritte zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sowie zur Schaffung eines Systems internationaler Sicherheit bedeutet. Daher sollten wir jede Möglichkeit nutzen, um dieses sozialistische Friedensprogramm allen Bürgern der DDR bekannt zu machen, es im Ausland zu verbreiten und auf seiner Grundlage den Dialog zu führen.

Die Härte des Kampfes um den Frieden erfordert in allen ideologischen Grundpositionen eine solche Prinzipienfestigkeit, die es uns ermöglicht, eine große Flexibilität und einen weiten Handlungsspielraum

im Kampf um den Frieden und sozialen Fortschritt zu gewährleisten. Friedliche Koexistenz ist niemals ideologische Koexistenz.

Zweitens müssen in unserer ideologischen Arbeit die Ergebnisse der politischen, ökonomischen, sozialen und geistig-kulturellen Entwicklung der DDR seit dem VIII. Parteitag konkret, durch Fakten nachgewiesen werden, damit deutlich wird, daß das heute Erreichte in harten Kämpfen, durch bedeutende Initiativen und große Anstrengungen der Arbeiter, Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und der anderen Werktätigen unter Führung der Partei errungen wurde.

Wir haben nicht den geringsten Grund, unsere Erfolge bei der sozialpolitischen Entwicklung der DDR und der Festigung ihrer internationalen Position zu verschweigen. Wir brauchen uns wegen unserer Erfolge auf sozialem, wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technischem Gebiet, auf dem Gebiet der Demokratie vor niemandem zu entschuldigen. Unsere seit 1971 eingeleitete Reformpolitik hat Früchte getragen und trägt sie weiter. Der damals eingeschlagene Kurs der umfassenden Intensivierung der Volkswirtschaft, dessen Kernstück der wissenschaftlich-technische Fortschritt ist, hat sich als richtig erwiesen und bewährt. Jährlich verzeichnen wir ein hohes Wachstum des Nationaleinkommens. Wir kennen keine Arbeitslosigkeit, sondern Vollbeschäftigung. Wir verwirklichen ein Wohnungsbauprogramm sowie viele weitere sozialpolitische Maßnahmen, die Millionen Bürgern bessere Lebensbedingungen ermöglichen. Im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen, auf den Gebieten von Kultur, Körperkultur und Sport und in anderen gesellschaftlichen Bereichen wurden Leistungen erzielt, die auch international Beachtung finden.

Daher brauchen wir unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen, sondern können in der ideologischen Arbeit mit Stolz auf das dank unserer marxistisch-leninistischen Politik Erreichte, auf die sozialistischen Errungenschaften verweisen, ohne zu verschweigen, daß noch große Aufgaben zu bewältigen sind und vieles im täglichen Leben, in den gesellschaftlichen Beziehungen noch in Ordnung gebracht werden muß.

Drittens gehört es zu den Aufgaben der ideologischen und theoretischen Arbeit, die ökonomische Strategie, insbesondere die Notwendigkeit der Entwicklung und Anwendung von Schlüsseltechnologien, umfassend und gründlich zu erklären. Nur so kann das Gesetz der »Ökonomie der Zeit« beherrscht und ökonomisches Denken gefördert, kann die technologische Schlacht gewonnen werden. Im Parteiprogramm heißt es: »Wo immer ein Kommunist arbeitet und lebt – er wird konsequent für die Verwirklichung der Hauptaufgabe eintreten, er wird die schöpferische Initiative, eine hohe Einstellung zur Arbeit und zum gesellschaftlichen

Eigentum, alle sozialistischen Denk- und Verhaltensweisen aktiv und beispielgebend fördern!«

Noch enger sollten wir die Art und Weise der Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution mit der Menschenrechtsfrage verbinden. Die Tatsache, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt im Sozialismus dem Wohlstand, der Gesundheit und den geistigen Bedürfnissen dient, ist doch ein Ausdruck gesicherter Menschenrechte. Umgekehrt sind die schlimmen sozialen Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Kapitalismus Arbeitslosigkeit, neue Armut, massenhafte und systematisch betriebene Menschenrechtsverletzung.

Viertens sollten wir noch überzeugender zeigen, wie die sozialen und kulturellen Rechte im Sozialismus verwirklicht werden. Sie mußten nicht im Kampf gegen den Staat und die Unternehmer ertrotzt werden, sondern wurden in einem engen, vertrauensvollen Miteinander aller Klassen, Schichten und sozialen Gruppen geschaffen. Sie sind für alle Bürger verwirklicht, niemand ist davon ausgeschlossen. Es gibt keine soziale Degradation, keine »Randgruppen« und »sozial Geächteten«. Der Sozialismus braucht alle und hat Platz für alle. Die sozialen und kulturellen Rechte sind nicht nur »kollektivistische Prinzipien«, wie der Gegner oft behauptet, sondern reale Möglichkeiten für jeden einzelnen, ein sinnvolles Leben in sozialer Sicherheit und Geborgenheit zu gestalten.

Was die politischen und persönlichen Rechte im Sozialismus betrifft, so haben wir keinerlei Grund zur Zurückhaltung in der politisch-ideologischen Arbeit. Auch hier ist der Sozialismus dem Kapitalismus haushoch überlegen. Wir dürfen auf diesem Gebiet dem Gegner nicht das Feld überlassen. Marx hat bewiesen, daß Freiheit und Menschenrechte keine abstrakten Dinge, sondern konkrete Klassenfragen sind. Es geht immer um die Frage: Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit für eine Minderheit von Ausbeutern und Profitmachern oder für die Mehrheit des Volkes.

Zuweilen entsteht selbst bei wohlmeinenden Diskussionspartnern und Bündnisgenossen die Auffassung, der Sozialismus habe zwar im Bereich der Wirtschaft, der Wissenschaft, des Kosmos, der sozialen und kulturellen Rechte viel zu bieten, im Bereich der politischen, persönlichen Rechte, der Demokratie sei ihm aber der Kapitalismus noch voraus. Das stimmt natürlich nicht. Aber wir müssen es noch besser verstehen, das Funktionieren der sozialistischen Demokratie »vor Ort« zu zeigen, in den Betrieben, Genossenschaften und Schulen, in den Wohngebieten, in der Tätigkeit der Parteien, Massenorganisationen und Verbände. Tatsache ist, daß nur durch die schöpferische Tätigkeit der Volksmassen unter Füh-

rung der Partei eine DDR geschaffen werden konnte, wie sie heute ist und morgen, für alle Zukunft sein wird.

Das bezieht sich auch auf die sogenannten persönlichen Rechte und Freiheiten, die im Sozialismus, entgegen allen imperialistischen Verdrehungen, einen hohen Stellenwert genießen, wie das Recht auf Unantastbarkeit der Persönlichkeit, der Freiheit und Würde sowie der Anspruch auf deren Schutz, das Recht auf Achtung, Schutz und Förderung der Ehe und Familie, die Gewissens-, Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, die Unverletzlichkeit des Post- und Fernmeldegeheimnisses, das Recht auf Freizügigkeit, das Recht auf persönliches Eigentum sowie umfassende Rechtssicherheiten für jeden Bürger. Zum erstenmal in der Geschichte wurden im Sozialismus diese Rechte als Ausdruck übereinstimmender Grundinteressen zwischen Individuum und Gesellschaft gestaltet.

Selbstverständlich sind mit den Menschenrechten im Sozialismus auch staatsbürgerliche Pflichten verbunden. Das brauchen wir ebensowenig zu verschweigen wie die Tatsache, daß es ein »Recht«, die Gesetze zu mißachten, nicht geben wird, so sehr das der Gegner auch wünscht. Ausübung von Menschenrechten heißt bei uns Mitgestaltung des Sozialismus.

Fünftens erfordert ideologische Arbeit ständige Wachsamkeit, um das Eindringen antimarxistischer, antisozialistischer Ideologien zu verhindern. Nach wie vor gilt der Leninsche Grundsatz: Bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht. Die Kommunisten sind verpflichtet, Angriffen auf die Politik der Partei, auf den sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern entschieden entgegenzuwirken, gegen Entstellungen und Verfälschungen der marxistisch-leninistischen Theorie und der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung Stellung zu nehmen, ganz gleich, woher sie kommen.

Sechstens erfordert die ideologische und theoretische Arbeit eine, wie es in unserem Parteiprogramm heißt, »offensive und beweiskräftige Auseinandersetzung mit allen Erscheinungsformen der Ideologie und Politik des Imperialismus«. Es ist unverkennbar, daß die Gegner des Rüstungsabbaus und der Entspannung, die Feinde des Sozialismus äußerste Anstrengungen unternehmen, um die Massen in den kapitalistischen Ländern im antikommunistischen Sinne zu manipulieren und um in die sozialistischen Länder ideologisch einzudringen.

Erschütternde Verletzung der Menschenrechte in den Ländern des Kapitals

Zu diesem Zweck wurde eine breite Kampagne über die angebliche Verletzung der Menschenrechte in den sozialistischen Ländern entfacht, obwohl sich jeder aus den verschiedensten Nachrichtenkanälen davon überzeugen kann, daß die Verletzung der Menschenrechte in geradezu haarsträubender und erschütternder Weise tagtäglich in den Ländern des Kapitals, in der BRD, im Nahen Osten gang und gäbe ist. Wie eine erst kürzlich vom Vatikan veröffentlichte Dokumentation belegt, die sich auf die Angaben von Bischofskonferenzen aus 60 Ländern stützt, haben eine Milliarde Menschen, rund ein Fünftel der Erdbewohner, kein menschenwürdiges Dach über dem Kopf. 100 Millionen sind obdachlos, 600 Millionen vegetieren in Elendsvierteln. Diese Tatsachen sprechen für sich. Von verschiedensten Politikern und Ideologen der BRD werden dennoch wüste Verleumdungen gegen unsere Partei, gegen die DDR in die Welt gesetzt. Alle Register der verlogenen Propaganda werden gezogen, um von den Gebrechen und Verbrechen des Imperialismus abzulenken und die Massen irrezuführen, alle längst von Motten zerfressenen nationalistischen und revanchistischen Fetzen hervorgeholt. Ihre Benutzer haben offensichtlich den Sinn für die geschichtliche Wahrheit und Realität verloren. Das Gefährliche ist nur, daß sie besonders bei Bürgern der BRD ein Geschichtsbild formen, das die Verbrechen des Nazismus bagatellisiert und bewußt antisozialistische Instinkte weckt.

Das dürfen wir in unserer politisch-ideologischen Arbeit nicht übersehen, insbesondere wenn man bedenkt, daß diese Aktivitäten einer defensiven Position entspringen. Während wir mit Recht sagen können, daß die Politik der DDR konsequent auf das Wohl des Volkes gerichtet ist, daß sie das Recht auf Frieden verteidigt, das Recht auf Arbeit durch Vollbeschäftigung garantiert, daß sie allen gleiche Bildungschancen und das Recht auf Mitwirkung an den staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten gewährleistet, lautet die Bilanz des Kapitalismus: Massenarbeitslosigkeit, Ruin von werktätigen Bauern, Gewerbetreibenden, kleinen und mittleren Unternehmern, Sozialabbau, Mietwucher, Obdachlosigkeit, Rassismus, Berufsverbote, Angriffe auf die Gewerkschaften, Verfolgung der Kommunisten, der Anhänger des Friedens.

Die gegenwärtige Situation stellt auch unseren marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaftlern die Aufgabe, ihre theoretische Arbeit zu vertiefen, für den ideologischen Kampf der Partei noch mehr beweiskräftige aktuelle und lebendig geschriebene Beiträge in Wort und Bild zu

erarbeiten. Der Zentrale Plan der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung bis 1990 gibt dafür eine klare Orientierung.

Auch unsere heutige Beratung ist also eine Aufforderung an jeden Kommunisten, an alle Leitungen und Grundorganisationen, an alle Genossen im Staatsapparat und in den Massenorganisationen, an alle Gesellschaftswissenschaftler, die ideologische und theoretische Arbeit auf ein höheres Niveau zu heben und eine Offensive der Ideen des Friedens und des Sozialismus zu entfalten.

Eng verbunden mit dem Volk für die Verwirklichung seiner Interessen

Genossinnen und Genossen!

Jeder Schritt beim Aufbau des Sozialismus bedeutet auch für uns einen Schritt in eine neue Welt, verbunden mit der Suche nach den brauchbarsten Lösungen entsprechend den konkreten nationalen und historischen Bedingungen. Das gilt heute wie gestern, obgleich heute bereits auf einem weitaus höheren gesellschaftlichen Niveau. Lenins Worte, daß eine revolutionäre Partei vor der Aufgabe steht, »die allgemeinen und grundlegenden Prinzipien des Kommunismus auf jene *Eigenart* der Beziehungen zwischen den Klassen und Parteien, auf jene *Eigenart* in der objektiven Entwicklung zum Kommunismus anzuwenden, die jedes einzelne Land aufweist«², sind von bleibender Aktualität.

So wird die theoretische und praktische Tätigkeit unserer Partei auch künftig davon bestimmt sein, rechtzeitig die Wege und Ziele für die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft vorzuzeichnen, die Menschen dafür zu gewinnen und gemeinsam mit ihnen das Beschlossene in die Tat umzusetzen. Mehr noch als bisher werden sich die Beziehungen zwischen den Menschen, wird sich der ganze Reichtum des geistigen und kulturellen Lebens in engem Wechselverhältnis zu hoher Produktivität der Arbeit entfalten. In fast vier Jahrzehnten hat unsere Partei ein System der politischen und ökonomischen Führung entwickelt, das den Gegebenheiten der DDR entspricht, und vervollkommenet es ständig weiter. Indem unsere Partei ihrer Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk gerecht wird, leistet sie zugleich ihren Beitrag zur weiteren Er-

2 W. I. Lenin: Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: Werke, Bd. 31, S. 76.

höhung der Ausstrahlungskraft des Sozialismus in der Welt und zur Sicherung des Friedens.

Aufgeschlossen gegenüber allem Neuen, gegenüber allen Erfahrungen und Lösungen, die dem Wohl des Menschen dienen, setzen wir unseren Weg fort. Ausgehend vom Stand der Dinge, im Wissen um die eigene Verantwortung, gilt es, ebenjene Atmosphäre zu schaffen, in der Initiative gedeiht. Für die Durchsetzung eines solchen schöpferischen Klimas, überall zu wirken schließt den kameradschaftlichen, vertrauensvollen Umgang mit den Menschen genauso ein wie ihre Einbeziehung in unsere Vorhaben und Pläne von Anfang an, die rechtzeitige und gründliche Information über alles, was ihr Leben betrifft. Dem wird wohl niemand widersprechen. Aber betrachtet das nicht mancher als eine formale, um nicht zu sagen eine lästige Pflicht? Gewiß bereitet es Mühe, alle Bürger genau ins Bild zu setzen und sie zu überzeugen, auch ihre Vorschläge und Einwände zu berücksichtigen. Doch zum einen können die Beschlüsse dadurch nur besser werden, zum anderen gewinnt man schon bei der Vorbereitung Aktivität für ihre Realisierung. Gefördert wird auf diese Weise nicht zuletzt der Wille, gemeinsam die Ursachen für hohe Ergebnisse der Besten wie für das Zurückbleiben anderer aufzudecken und Wertvolles zum Gemeingut aller zu machen. Öffentlich soll Anerkennung finden, was gelobt zu werden verdient, Kritisches muß gesagt werden, wo es am Platze ist.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen heute jene Probleme, die der buchstäblich massenhafte Umgang mit Schlüsseltechnologien hervorbringt. Je schneller die technologischen Veränderungen vonstatten gehen, desto wichtiger ist in der Parteiarbeit die Aufmerksamkeit für die Belange der Menschen. Für ihre Arbeit, ja ihr tägliches Leben wirft der technische Wandel viele Probleme auf. Ich denke zum Beispiel an die Notwendigkeit zu lernen und umzulernen. Der Wert mancher Kenntnisse schwindet, während neue gefordert sind. Oder nehmen wir die Schichtarbeit, die mit ihren Konsequenzen bekanntlich bis weit in das Familienleben hineinwirkt. Computer können die Arbeit interessanter machen, aber wo die Arbeitsbedingungen nicht sorgfältig genug beachtet werden, können neue Monotonien, ja Erschwernisse entstehen.

Daß sich der Sozialismus auf das Schöpfungstum der Massen gründet, ist eine allen geläufige Erkenntnis. Ihre Umsetzung erfolgt nicht im Selbstlauf. Dazu bedarf es der Führung durch die Partei, ihrer Fähigkeit, in enger Verbundenheit mit dem Volk für die Verwirklichung seiner Interessen voranzugehen.

Innere und äußere Bedingungen sind in diesem Kampf nicht voneinan-

der zu trennen. Man muß sich immer vor Augen halten, daß wir bei uns den Sozialismus in einer weltoffenen Situation erbauen. Unsere Politik ist weit über die Grenzen unseres Landes hinaus bekannt, und jeder Bürger kann sich ein sehr genaues Bild von der Lage in der Welt machen. Das hat der ideologischen Arbeit der Partei immer zusätzlich starke Impulse gegeben, niemals beim Erreichten stehenzubleiben, auf die Fragen der Menschen zu antworten und die Auseinandersetzung mit Einmischungsversuchen von westlicher Seite offensiv zu führen.

Andererseits ist nicht zu übersehen, daß mit dem Kampf um den Frieden etliche neue Fragen entstehen, die eine richtige Beurteilung verlangen. Abrüstung, Rüstungsbegrenzung und Politik der friedlichen Koexistenz können den Widerspruch zwischen atomarer Bedrohung und dem Friedenswillen der Menschheit lösen, aber die Klassenausinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus wird dadurch nicht aufgehoben. Diese Auseinandersetzung erfaßt mehr denn je alle Bereiche der Politik, der Ökonomie, der Kultur und insbesondere der Ideologie. Hier kann es niemals einen »Burgfrieden« geben.

Da die Gesellschaftssysteme des Sozialismus und des Kapitalismus offenbar eine längere Zeit nebeneinander existieren werden, ist es notwendig, alles zu tun, damit im atomaren Zeitalter die welthistorische Auseinandersetzung zwischen ihnen unter Ausschaltung militärischer Mittel, auf friedlichem Wege ausgetragen wird. Selbstverständlich bedeutet dieses Streben nach zivilisierten Formen des Kampfes keine Konvergenz der beiden Gesellschaftssysteme, keine Verwischung ihrer grundlegenden gesellschaftlichen Gegensätze. Die Wogen können also auch künftig manchmal hochschlagen. Man braucht immer einen kühlen Kopf und einen festen Standpunkt. Wir können unsere Sache in der Gewißheit vertreten, daß wir damit, bei allen Wechselfällen des Kampfes, auf dem Vormarsch sind und ihr die Zukunft gehört.

Wir richten unseren Blick auf den 40. Jahrestag der Gründung der DDR

Genossinnen und Genossen!

Wie wir alle wissen, ist die Geschichte ein großer Lehrmeister. Mit ihr beschäftigen wir uns aus der Sicht auf das Heute und Morgen. Unsere Partei und unser Volk stehen in einer langen revolutionären und humanistischen Tradition jahrhundertelanger Kämpfe für den gesellschaftlichen

Fortschritt, für Freiheit, für die Rechte und die Würde des Menschen. Wir sind fest in der Geschichte verwurzelt.

Ende dieses Jahres werden sieben Jahrzehnte seit Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands vergangen sein. Unter dem Einfluß des Roten Oktober von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Feuer der Novemberrevolution ins Leben gerufen, unter Führung von Ernst Thälmann als marxistisch-leninistische Massenpartei gestählt, hatte sie sich, getreu ihrer revolutionären Tradition, das Ziel gestellt, Arbeit, Brot und Frieden für das ganze Volk zu erringen. Wofür die Spartakuskämpfer vor 70 Jahren ihr Leben einsetzten, wofür in der Nacht der Hitlertyrannie die antifaschistischen Widerstandskämpfer unermessliche Opfer brachten, erfüllt sich in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat. In der Geschichte unserer Thälmannschen Partei finden wir lebendige Vorbilder von Heldentaten standhafter kommunistischer Revolutionäre. Ihr Mut und ihre Opferbereitschaft, ihr Wille und ihre feste Verbundenheit mit der KPdSU und dem Lande Lenins sowie mit den anderen Bruderparteien legten den Grundstein für den Sozialismus in unserem Land.

Schon richten wir den Blick auf den 40. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat unser Volk einen an Kämpfen und Arbeit, an Erfolgen und Erfahrungen reichen Zeitabschnitt bewältigt. Auf deutschem Boden ist ein aufblühender sozialistischer Staat entstanden, der eine reale Alternative zur kapitalistischen Ausbeuterordnung darstellt. Darauf sind wir zu Recht stolz. Diesen Stolz, das Wissen um diesen historischen Prozeß auch in die nachfolgenden Generationen zu tragen, betrachten wir als eine ständige Aufgabe der ideologischen Arbeit.

Versuche, die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstandenen Realitäten zu leugnen oder zu ignorieren, führen zu nichts. Die Wahrheit der Geschichte ist unbestechlich. Als auf Befehl der Westmächte die Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde, geschah das ausdrücklich gegen die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens. Die damals wieder im Sattel sitzenden Kreise um Adenauer handelten nach der Devise »Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb« und gaben damit jede Möglichkeit auf, daß ein anderer Weg beschritten werden konnte. Sei es, wie es sei. Heute bestehen zwei voneinander unabhängige, souveräne deutsche Staaten, die sich in ihrer Gesellschaftsordnung und Bündniszugehörigkeit unterscheiden wie Feuer und Wasser. Diese Realität ist ein Bestandteil der europäischen Sicherheit und wird von den Völkern als unverrückbar betrachtet.

Es entspricht unserem Herangehen an das revolutionäre, progressive

und humanistische Erbe, wenn wir Ereignisse aus vergangenen Zeiten einbeziehen. Dementsprechend werden wir den 200. Jahrestag der Französischen Revolution, den 175. Jahrestag der Befreiungskriege 1813/14 und andere historische Ereignisse würdigen. Alle diese Traditionen, denen wir zutiefst verpflichtet sind, gilt es zu nutzen, um das Geschichtsbeußtsein weiter auszuprägen.

Zur Propagierung unserer Ideologie und Politik leisten Presse, Rundfunk und Fernsehen einen verantwortungsvollen Beitrag. Den hohen Anforderungen werden sie gerecht, wenn sie eine umfassende innen- und außenpolitische Information sichern, die fortgeschrittensten Erfahrungen in allen gesellschaftlichen Bereichen vermitteln helfen und überzeugend argumentieren, was die aktive Auseinandersetzung mit uns fremden oder feindlichen Auffassungen einschließt.

Indem sie die ganze Breite des gesellschaftlichen Lebens im Sozialismus widerspiegeln und Bürger aller Klassen und Schichten zu Wort kommen lassen, sind die Massenmedien selbst wichtiger Bestandteil unserer sozialistischen Demokratie. Ideenreich und engagiert sollen sie zeigen, wie die Werktätigen um hohe Leistungen ringen, mit welcher kämpferischen Haltung sie Probleme lösen und Hemmnisse überwinden. Dazu bedarf es einer ständigen engen Zusammenarbeit zwischen den Massenmedien und den gesellschaftlichen Partnern. Das ist auch für die umfassende und schnelle öffentliche Information über Fragen erforderlich, welche die Bürger bewegen.

Die eigenen Erfahrungen von »Neues Deutschland«, von Fernsehen und Rundfunk, der Nachrichtenagentur ADN sowie aller anderen Medien besagen, je besser sie ihre jeweils spezifischen Mittel und Möglichkeiten nutzen, desto wirksamer können sie die Bedürfnisse aller Schichten unseres Volkes nach Information, Bildung und Unterhaltung befriedigen. Das gilt im besonderen Maße für Rundfunk und Fernsehen, die täglich, ja stündlich die Auseinandersetzung im Äther zu bestehen haben.

Die Aufgaben unserer Zeit verlangen jederzeit ein hohes theoretisches Niveau der marxistisch-leninistischen Bildungsarbeit und ihre enge Lebensverbundenheit. Stets hat unsere Partei hervorgehoben, wie wichtig es ist, die Theorie und Methode von Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir Iljitsch Lenin zu beherrschen. Denn, wie Lenin schrieb: »Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist.«³

3 W. I. Lenin: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus. In: Werke, Bd. 19, S. 3.

Unsere Weltanschauung, die Politik, die Erfahrungen und die Geschichte unserer Partei sind der Inhalt der Bildungs- und Erziehungsarbeit. Sie sollte noch stärker darauf gerichtet sein, alle Kommunisten für die konsequente Durchführung der Parteibeschlüsse im Leben zu rüsten, die Kampfkraft der Grundorganisationen weiter zu festigen und eine wirksame politisch-ideologische Massenarbeit zu leisten. Daß die Genossen lernen, die grundlegenden Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus selbständig auf die Gegenwart anzuwenden, ist ein großer Anspruch an alle Bildungseinrichtungen der Partei und an das Parteilehrjahr.

Das Zentralkomitee schätzt das Engagement der Sekretariate der Kreisleitungen für die Schulungsarbeit hoch ein. Allen Propagandisten gilt Dank und hohe Anerkennung. Ihnen ständig mit Informationen über neue Parteibeschlüsse, über die Lage im Territorium und durch die Vermittlung der besten Erfahrungen in der Parteiarbeit zur Seite zu stehen bleibt eine der wichtigsten Aufgaben. Die Teilnehmer an den Vortragszyklen für leitende Kader sollten es als ihre Pflicht ansehen, das dort Gehörte ohne Zeitverzug an ihre Partei- und Arbeitskollektive weiterzugeben.

»FDJ-Aufgebot DDR 40« – eine klare Konzeption für die Arbeit des Jugendverbandes

Genossinnen und Genossen!

Mit dem »FDJ-Aufgebot DDR 40« verfügt die Freie Deutsche Jugend über eine klare Konzeption für ihre weitere Arbeit. Sie kann dabei, wie ich das auf dem Treffen mit den Mitgliedern des Zentralrates und den Kreissekretären der FDJ unterstrichen habe, auf die Hilfe aller Leitungen unserer Partei rechnen.

Die Jugend wächst in einer politisch bewegten Zeit auf und hat dementsprechend viele Fragen, die sich aus der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus, aus dem Kampf für den Frieden herleiten. Zum Beispiel betrifft das unser Zusammengehen in einer Koalition der Vernunft und des Realismus mit Kräften, deren weltanschauliche und politische Position sich von der unseren oftmals wesentlich unterscheidet. Die dialektischen Wechselbeziehungen all dessen müssen wir immer wieder an den konkreten Erscheinungen erläutern. Dabei wird man die richtige Sprache finden, wenn man sich vor Augen hält, unter welchen Bedingungen die junge Generation bei uns aufwächst.

Die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaft begleiten sie von Beginn ihres bewußten Lebens an, und deshalb ist vieles für sie nachgerade selbstverständlich. Charakteristisch für die Jugend sind eine hohe Bildung, politisches Interesse und das Bestreben, alle Möglichkeiten zu nutzen, um sich zu informieren. In der gesellschaftlichen Praxis hat sie schon Erfahrungen gesammelt und bildet sich ihr Urteil. Sie akzeptiert fundierte Argumente, will mit Herz und Verstand angesprochen sein. Gerade in der politischen Jugendarbeit ist sehr wichtig, daß vorgelebt wird, was man in der Diskussion vertritt, daß Wort und Tat übereinstimmen.

Ein entscheidendes Anliegen bleibt, den Jugendlichen überzeugend die Ideale und Ziele der Kommunisten, die Grundwahrheiten des Marxismus-Leninismus, die Errungenschaften unserer sozialistischen Gesellschaft nahezubringen. Wir wollen ihnen helfen zu verstehen, welchen Kampf und welche Anstrengungen es erfordert hat, die heutige Lebensqualität zu schaffen und unsere revolutionären Errungenschaften zu verteidigen. Dieses Wissen um den Werdegang unserer Republik wird bei der Jugend die Achtung vor dem, was frühere Generationen, ihre Eltern und Großeltern geleistet haben, vertiefen und ihre persönliche Bereitschaft fördern, unsere revolutionäre Sache fortzusetzen. Für alle Mitglieder und Kandidaten unserer Partei ist es ein ständiger Auftrag, das vertrauensvolle politische Gespräch mit der Jugend zu führen.

Alle Erfahrungen geben dem Grundsatz unserer Partei recht, der Jugend voll zu vertrauen und ihr hohe Verantwortung zu übertragen. Wir unterstützen es, daß die FDJ sich das Ziel gestellt hat, mit ihren ökonomischen Initiativen immer mehr Jugendliche in die Verwirklichung der Wirtschaftsstrategie unserer Partei einzubeziehen. Im Mittelpunkt steht die umfassende Teilnahme der Jugend an der Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution. Deshalb sollten sich die Parteiorganisationen dafür einsetzen, daß die Bewegung »Messe der Meister von morgen« in den Betrieben, Genossenschaften, Einrichtungen, Hoch- und Fachschulen qualitativ weiterentwickelt wird. Vor allem geht es darum, dem Leistungswillen der jungen Werktätigen und Studenten durch herausfordernde Aufgabenstellungen aus den Plänen Wissenschaft und Technik besser zu entsprechen.

Zu unentbehrlichen Aktivposten der wissenschaftlich-technischen Revolution haben sich die nun schon über 5400 Jugendforscherkollektive der FDJ entwickelt. Ihr Drang, Spitzenleistungen in Spitzenzeiten zu erreichen, sollte wirksamer unterstützt werden. Wie alle MMM-Teilnehmer betrachten es die Mitglieder der Jugendforscherkollektive der FDJ als höchste Anerkennung ihrer Arbeit, wenn die Lösungen und Forschungs-

ergebnisse rasch genutzt und umfangreich nachgenutzt werden. Hier sind von vornherein die Voraussetzungen verantwortungsbewußter zu prüfen und zu schaffen.

Mit dem »Treffen der Jugendbrigadiere« im April dieses Jahres in Zeitz knüpft die FDJ an die großen Traditionen der Jungaktivistenbewegung an. Sie wird damit den heute über 45 000 Jugendbrigaden einen wichtigen Impuls für ihre Leistungen im sozialistischen Wettbewerb und als Kaderschmieden der Arbeiterjugend geben. Dem können die Jugendkollektive nur dann gerecht werden, wenn sie aufgeschlüsselte Planvorgaben erhalten, ihr Ringen um die Erfüllung der Wettbewerbsverpflichtungen allseitige Unterstützung erfährt und im Leistungsvergleich alle an die Maßstäbe der Besten herangeführt werden.

Mit alledem erhöhen sich die geistig-kulturellen und sportlich-touristischen Ansprüche, denen insbesondere die über 10 000 Jugendklubeinrichtungen der FDJ Rechnung zu tragen haben. Zu Recht setzt sich die FDJ dafür ein, daß in allen Klubs eine der sozialistischen Lebensweise entsprechende Atmosphäre herrscht, die vielfältigen Freizeitinteressen der Jugendlichen berücksichtigt werden und dem großen Bedürfnis nach niveauvoller Geselligkeit und Unterhaltung entsprochen wird.

Überhaupt verlangt die Freizeitgestaltung der Jugend große Aufmerksamkeit. Neue Bedürfnisse entwickeln sich, mitunter treten auch unliebsame Erscheinungen auf. All das will sorgfältig beachtet sein. Unter breiter Einbeziehung der Jugend selbst sollten die Möglichkeiten für eine niveauvolle Freizeitgestaltung, nicht zuletzt für den Tanz, ausgebaut werden. Hervorzuheben ist die termin- und qualitätsgerechte Übergabe der geplanten Jugendeinrichtungen. Es findet unsere Zustimmung, wenn die FDJ sich als Interessenvertreter der Jugend überall dafür einsetzt, daß entsprechend dem Jugendgesetz die Vorschläge und Anliegen von Jugendlichen Gehör und Berücksichtigung finden.

Die Vorbereitung des VIII. Pioniertreffens im August dieses Jahres in Karl-Marx-Stadt soll dazu beitragen, daß die FDJ ihre Verantwortung für die Führung der Pionierorganisation »Ernst Thälmann« noch ideenreicher wahrnimmt. Immer wieder zeigt sich, daß ein politisch anregendes, vielseitiges Gruppenleben Eigenverantwortung und Selbständigkeit der Pioniere herausfordert. Auf diesem Wege gelingt es, das Niveau der politischen Erziehung in der Pionierorganisation zu erhöhen, die Thälmannpioniere auf ihren Eintritt in die FDJ vorzubereiten und das Verantwortungsbewußtsein jedes einzelnen zu stärken. In diesem Sinne ist die Vorbereitung des Pioniertreffens aktiv zu unterstützen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Sicherlich verrate ich kein Geheimnis, daß entsprechend dem Parteistatut im Herbst dieses Jahres die Rechenschaftslegung und die Neuwahl der Leitungen in den Grundorganisationen beginnen. Damit wird ein Arbeitsabschnitt eingeleitet, der Ende dieses Jahres auf den Kreisdelegiertenkonferenzen mit der Wahl der Kreisleitungen seinen Höhepunkt findet. Rund 510 000 Mitglieder der Kreisleitungen und der Leitungen in den Grundorganisationen werden gewählt. Von ihrer politischen Qualität, ihrem Ansehen bei den Genossen und allen Werktätigen hängt für die Ergebnisse der Parteiarbeit, für den Einfluß der Parteiorganisationen auf das gesellschaftliche Leben im Bereich sehr viel ab.

Eine hohe Kampfkraft entwickeln Grundorganisationen, die sich auf Grund der Beschlüsse unseres Parteitages und des Zentralkomitees anspruchsvolle Ziele stellen, alles Vorwärtsführende aufgreifen und beharrlich dafür sorgen, daß an der Lösung der Aufgaben gearbeitet wird, bis die erforderlichen Resultate erreicht sind. Dort gibt es keinen Raum für Formalismus, kein Zurückweichen vor Schwierigem, kein Abschieben der eigenen Verantwortung, sondern kämpferische Positionen, gerade auch bei der Bewältigung komplizierter Probleme. Voraussetzung ist, daß in der Mitgliederversammlung sachlich und freimütig über die besten Lösungswege beraten wird. Dazu gehört, daß die Genossen ihre Meinung sagen, Vorschläge unterbreiten und ihre Erfahrungen einbringen. Am Ende wird man gemeinsam zu guten Beschlüssen kommen, die gemeinsam vertreten und realisiert werden. Jeder wird wissen, was er persönlich dazu beizutragen hat. Auf solche Weise werden auch die überzeugendsten Argumente erarbeitet, ob zu den aktuellen internationalen Ereignissen oder zu Aufgaben und Fragen im eigenen Bereich. Das ist lebendige innerparteiliche Demokratie, die wir als einen unverzichtbaren Kraftquell betrachten.

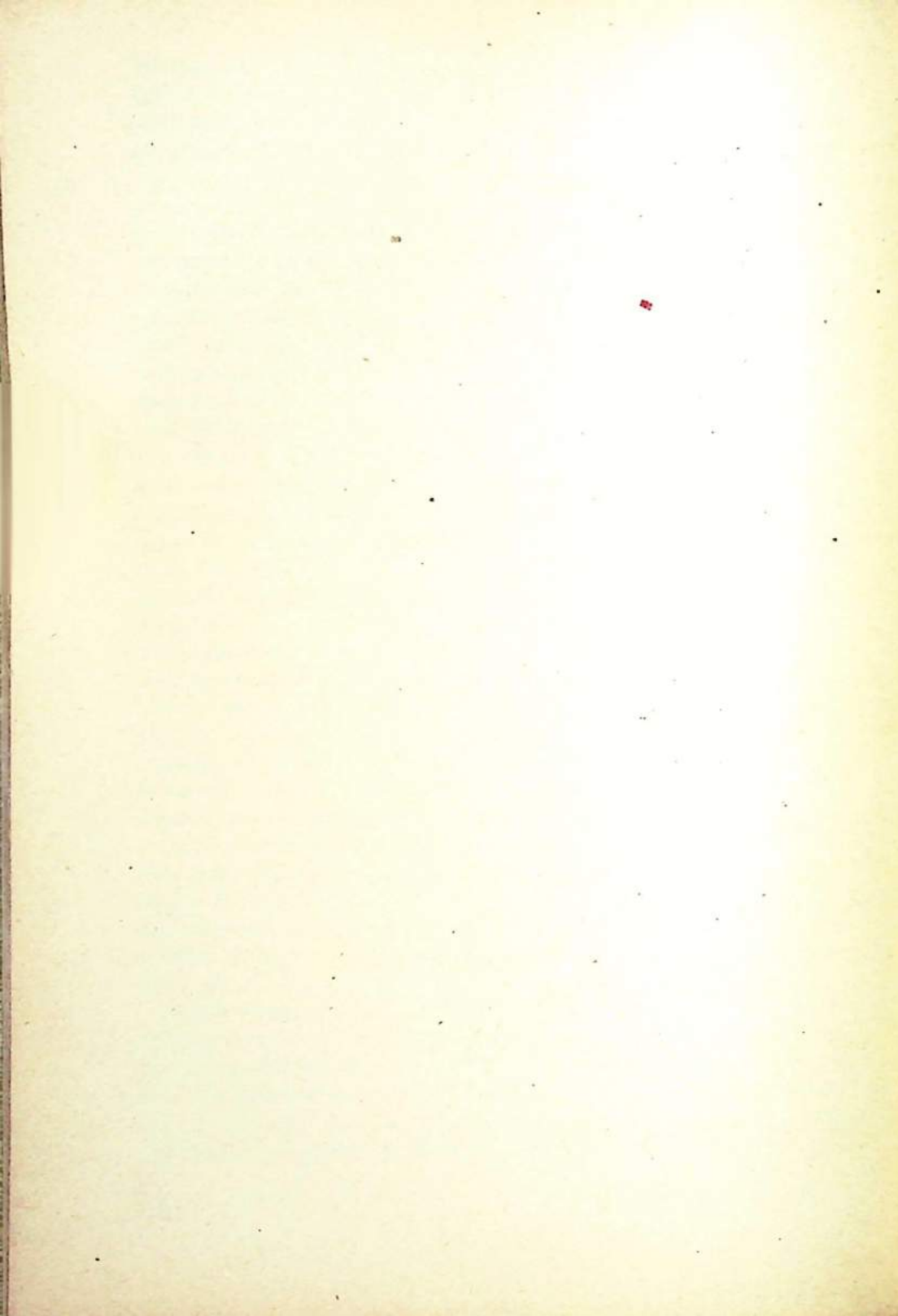
Jedem Kommunisten wird es ein Bedürfnis sein, aktiv am innerparteilichen Leben teilzunehmen, ein enges Vertrauensverhältnis zu den Kollegen am Arbeitsplatz, zu den Bürgern im Wohngebiet zu pflegen, mit seinen Leistungen und seiner Haltung ein Beispiel zu geben. So trägt er wirksam dazu bei, neue Mitstreiter zu gewinnen und unsere Politik zum Wohle des Volkes mit dem Volke zu realisieren.

Gerade zu einer Zeit, da wir Parteiwahlen entgegengehen, sollte unterstrichen werden, wieviel von den Kadern, ihrer Auswahl, Vorbereitung und ihrem richtigen Einsatz abhängt. Im Zusammenhang mit dem Bericht der Bezirksleitung Gera über ihre Erfahrungen hat das Politbüro dazu bekanntlich einen grundsätzlichen Beschluß gefaßt. Es bestätigt sich immer wieder, daß Kontinuität und Stabilität in der Kaderarbeit die

Voraussetzung für Kontinuität und Stabilität der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR sind. Was die Kaderreserve, die Nachwuchskader angeht, so bleibt das wichtigste, ihnen konkrete Aufgaben zu übertragen, an denen sie sich bewähren und ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen können.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Unsere Kreisleitungen, unsere Kreisparteiorganisationen leisten täglich eine umfangreiche, vielseitige und wertvolle Arbeit. Was unsere Partei bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR erreicht hat, dazu haben sie einen großen Beitrag erbracht, der Dank und Anerkennung verdient. Mit dem klaren Kurs des XI. Parteitages, auf festen Kampfpositionen für Frieden und Sozialismus, werden sie, dessen sind wir gewiß, auch in diesem entscheidenden Jahr 1988 ihrer Verantwortung in Ehren gerecht werden. Ich wünsche Euch, liebe Genossinnen und Genossen, dabei Erfolg, Gesundheit und Schaffenskraft.



Inhalt

Die Bedingungen für den Kampf um den Frieden gestalten sich günstiger	6
Nukleare Abrüstung in Europa ohne Verzug auf weitere Bereiche ausdehnen	9
Die krisenhafte Entwicklung in den Ländern des Kapitals und ihre Hintergründe	11
Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft – ein Prozeß tiefgreifender politischer, sozialer und geistig-kultureller Wandlungen	14
Wirtschafts- und Sozialpolitik ist und bleibt das entscheidende Feld	17
Mit der Meisterung der Hochtechnologien bestimmen wir das Wachstum der Arbeitsproduktivität	21
Wir haben keinen Grund, das Wort Erfolg aus unserem Sprachschatz zu streichen	24
Beziehungen zwischen DDR und Sowjetunion erreichen ein qualitativ neues Niveau	31
Leistungsvergleich – Methode, um die Ergebnisse der Besten schneller zu verallgemeinern	35
	109

Seit 1971 Wohnbedingungen jedes zweiten Bürgers in der Republik spürbar verbessert	39
Schlüsseltechnologien in größerem Umfang für Konsumgüterfertigung nutzen	42
Industriekombinate sind auf die Zukunft gut vorbereitet	47
Die ökonomische und soziale Stabilität unseres Landes ist mit der sozialistischen Planwirtschaft gewachsen	52
Umfassende Intensivierung – Hauptweg der Entwicklung von Leistung und Effektivität in der Landwirtschaft	54
Enge Verflechtung von Wissenschaft und Produktion – Bestandteil unserer Strategie	63
Ganze Gesellschaft fühlt sich für hohe Bildung und gute Erziehung der jungen Generation verantwortlich	69
Überall ein interessantes, vielgestaltiges, anregendes Kulturleben fördern	73
Jeder Bürger hat alle Möglichkeiten für gute Arbeit und weiten Raum für demokratische Mitwirkung	80
Die weitere Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie und die Aufgaben der Kommunalpolitik	83
Oberster Grundsatz unserer Militärdoktrin: Frieden erhalten und verhindern, daß die Waffen sprechen	87
Immer mehr Bürger für den Sport gewinnen	90
Das große kampferprobte Kollektiv unserer Partei ist auf der Höhe der Zeit	92
Worauf es jetzt in der ideologischen Arbeit ankommt	93

Erschütternde Verletzung der Menschenrechte in den Ländern des Kapitals	97
Eng verbunden mit dem Volk für die Verwirklichung seiner Interessen	98
Wir richten unseren Blick auf den 40. Jahrestag der Gründung der DDR	100
»FDJ-Aufgebot DDR 40« – eine klare Konzeption für die Arbeit des Jugendverbandes	103

DDR 1,10 M

ISBN 3-320-01237-1